



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT


07 | 2020

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Rheinland-Pfalz regional: Mayen-Koblenz
Konjunktur im 1. Quartal 2020
Studienverlaufsstatistik



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Dominik Ketz Fotografie / Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH

Motiv: Geysir Andernach

In der Reihe „Rheinland-Pfalz regional“ wird in dieser Ausgabe der Landkreis Mayen-Koblenz vorgestellt. Neben Flusslandschaften, steilen Weinbergen, Burgen und Schlössern prägt vor allem der Vulkanismus das Landschaftsbild des Kreises. Ein besonderes Naturerlebnis bietet Andernach am Rhein, hier können Besucherinnen und Besucher den höchsten Kaltwassergeysir der Welt erleben.

07 | 2020

STATISTISCHE MONATSHEFTE

73. Jahrgang

kurz + aktuell	385
Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel ■ Erwerbstätigkeit Gewerbeanzeigen ■ Insolvenzen ■ Handel ■ Gastgewerbe Tourismus ■ Handwerk ■ Landwirtschaft ■ Bevölkerung Soziales ■ Bildung ■ Gesundheitswesen ■ Umwelt ■ Ver- kehr ■ Finanzen	
Aus der amtlichen Statistik	411
Konjunktur aktuell – 1. Quartal 2020	412
Verbraucherpreise	414
Rheinland-Pfalz in Karten: Ausländische Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2019/20	415
Rheinland-Pfalz regional: Landkreis Mayen-Koblenz	416
Einführung einer Studienverlaufsstatistik – Studienfort- führungs- und Hochschulwechselquote im Bildungsverlauf	436
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	453
Neuerscheinungen	469

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Mainzer Straße 14-16

56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0

Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2020

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



kurz + aktuell

Industrieproduktion schrumpft im April um mehr als ein Zehntel

Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der wirtschaftlichen Aktivitäten haben im April 2020 zu einem massiven Einbruch der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion geführt. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex lag mit –12 Prozent um mehr als ein Zehntel unter dem Niveau des Vormonats.

Allerdings waren nicht alle drei industriellen Hauptgruppen gleichermaßen von den Produktionseinbußen betroffen. Mit Abstand am stärksten fiel der Rückgang mit –42 Prozent in der Investitionsgüterindustrie aus, die besonders unter der nachlassenden Weltkonjunktur und der krisenbedingten Kaufzurückhaltung bei langlebigen Wirtschaftsgütern zu leiden hat. Die Vorleistungsgüterhersteller mussten ihre Produktion wesentlich schwächer drosseln (–5,4 Prozent). Währenddessen konnten die Konsumgüterproduzenten ihre Ausbringung sogar um 2,5 Prozent steigern.

Die kräftigen Einbußen in der Investitionsgüterindustrie sind insbesondere auf den Einbruch in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie zurückzuführen, die gemessen am Umsatz die zweitgrößte Industriebranche ist und deren Output im April um 78 Prozent schrumpfte.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	April 2020		Jan. bis April 2020			
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu					
	März 2020	April 2019	Jan. bis April 2019			
Entwicklung der Produktion						
Industrie	-11,8 %	↓	-24,6 %	↓	-15,2 %	↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-5,4 %	↓	-11,1 %	↓	-7,5 %	↓
Investitionsgüterproduzenten	-41,6 %	↓	-59,7 %	↓	-33,1 %	↓
Konsumgüterproduzenten	2,5 %	↑	-11,1 %	↓	-10,6 %	↓
Chemie	-3,7 %	↓	-5,3 %	↓	-3,9 %	↓
Fahrzeugbau	-78,2 %	↓	-90,6 %	↓	-57,3 %	↓
Maschinenbau	-35,6 %	↓	-46,9 %	↓	-19,9 %	↓
Entwicklung der Auftragseingänge						
Industrie	-19,9 %	↓	-28,9 %	↓	-12,2 %	↓
Inland	-30,0 %	↓	-32,7 %	↓	-14,5 %	↓
Ausland	-12,9 %	↓	-26,6 %	↓	-10,8 %	↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-10,5 %	↓	-17,7 %	↓	-9,2 %	↓
Investitionsgüterproduzenten	-36,9 %	↓	-46,5 %	↓	-17,5 %	↓
Konsumgüterproduzenten	-4,8 %	↓	-14,4 %	↓	-7,1 %	↓
Chemie	-11,0 %	↓	-16,0 %	↓	-6,9 %	↓
Fahrzeugbau	-66,0 %	↓	-68,8 %	↓	-25,1 %	↓
Maschinenbau	-18,0 %	↓	-33,8 %	↓	-10,5 %	↓

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – ² Einschließlich Energie.

Aber auch im Maschinenbau, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie gehört und unter den Industriebranchen an dritter Stelle steht, gab es massive Produktionseinbußen (–36 Prozent). In der Chemieindustrie, der umsatzstärksten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, war der Rückgang hingegen vergleichsweise moderat (–3,7 Prozent).

Die Industrieproduktion lag im April 2020 mit –25 Prozent um ein Viertel unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Dazu leistete die Investitionsgüterindustrie einen entscheidenden Beitrag, da sich ihre Ausbringung um fast 60 Prozent reduzierte. Die Kraftwagen- und Kraftwagenteileproduktion schrumpfte um mehr als 90 Prozent. Aber auch der Maschinenbau

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





produzierte nur etwa halb so viel wie im Vorjahresmonat. In der Vorleistungsgüter- und in der Konsumgüterproduktion sank der Output jeweils um elf Prozent.

Massiver Einbruch der Auftrags-eingänge in der Industrie im April infolge der Corona-Pandemie

Im April 2020, der durch eine starke Einschränkung des öffentlichen Lebens und der wirtschaftlichen Aktivitäten geprägt war, gab es deutlich sichtbare Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die rheinland-pfälzische Industrie. Die Nachfrage nach Industrieprodukten brach massiv ein. Nach Berechnungen lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 20 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Besonders stark waren die Einbußen im Inlandsgeschäft, das um 30 Prozent schrumpfte. Aber auch aus dem Ausland gingen wesentlich weniger Bestellungen ein als im März (-13 Prozent).

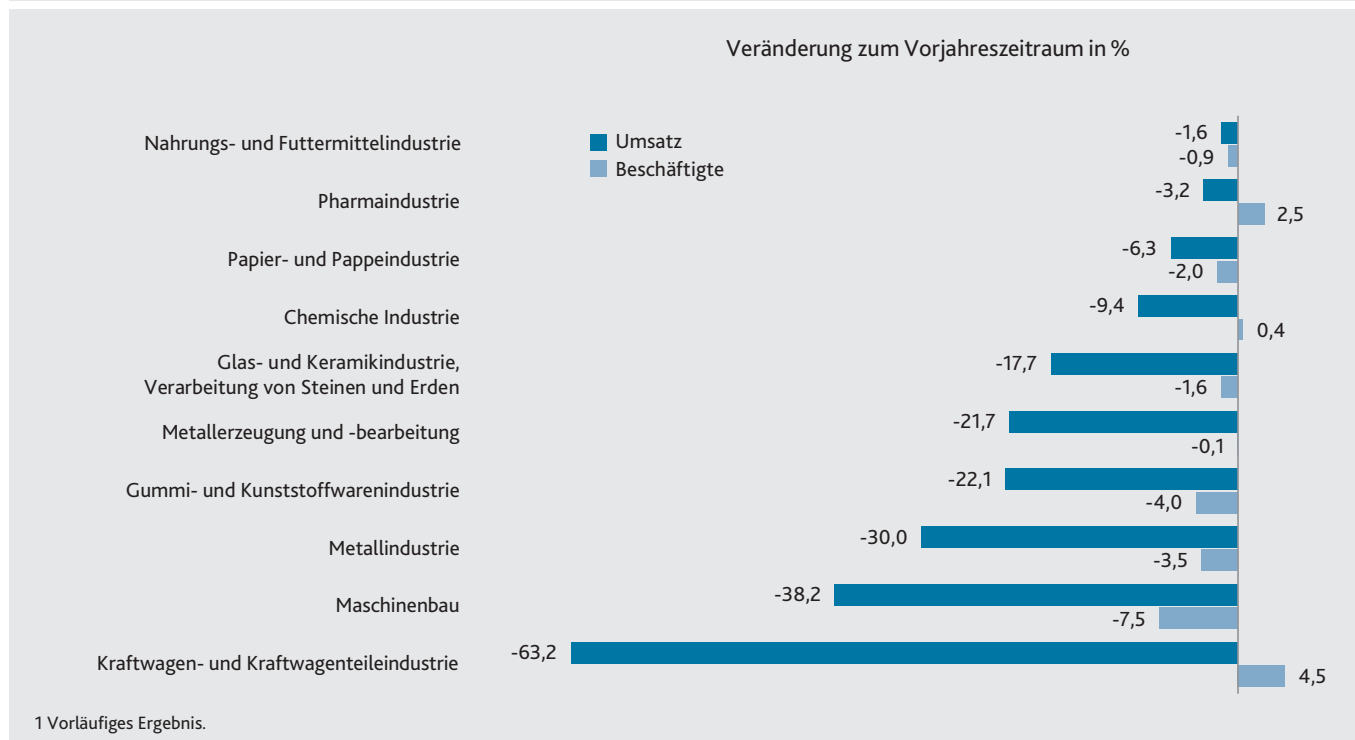
Die Folgen der Corona-Pandemie waren nicht in allen Industriebereichen gleichermaßen spürbar. Besonders betroffen waren die Hersteller von Investitionsgütern, die unter der krisenbedingten Kaufzurückhaltung bei langlebigen Wirtschaftsgütern litten. Ihr Ordervolumen sank im April um 37 Prozent. Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern schrumpfte um 10,5 Prozent. Vergleichsweise moderat verlief die Entwicklung in der Konsumgüterindustrie, zu der u. a. die Nahrungs- und Futtermittel-

industrie sowie die Pharmaindustrie zählen. Dort gingen im April 4,8 Prozent weniger Aufträge ein als im Monat zuvor.

Unter den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes musste die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie die stärksten Nachfrageeinbußen verkraften: Das Ordervolumen der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verringerte sich im April um 66 Prozent, also um zwei Drittel. Im Maschinenbau gingen 18 Prozent weniger Bestellungen ein als im März. Auch in der Chemieindustrie war der Rückgang zweistellig (-11 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fallen die Nachfrageeinbußen noch gravierender aus. Die bereinigten

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im April 2020¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen





Auftragseingänge lagen um 29 Prozent unter dem Niveau von April 2019. Dazu trugen das Inlands- und Auslandsgeschäft fast gleichermaßen bei (–33 bzw. –27 Prozent). In allen drei industriellen Hauptgruppen war das Ordervolumen rückläufig, besonders stark schrumpfte es in der Investitionsgüterindustrie (–47 Prozent). Dazu leistete die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie mit einem Nachfragerückgang um mehr als zwei Drittel den stärksten Beitrag, aber auch im Maschinenbau blieben die Bestellungen um ein Drittel hinter dem Vorjahreswert zurück.

Industrieumsätze sinken im April um knapp ein Viertel

Die Talfahrt der rheinland-pfälzischen Industrieumsätze setzte sich im April 2020 weiter fort. Die Umsätze lagen um 24 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor (Deutschland: –31 Prozent). Der Rückgang bei der Zahl der Industriebeschäftigten fiel auch aufgrund arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wie Kurzarbeitergeld mit –1,5 Prozent deutlich geringer aus (Deutschland: –1,9 Prozent).

Die Umsatzerlöse lagen im April 2020 bei 6,2 Milliarden Euro. Nach dem schwachen Auslandsgeschäft im März sind im April 2020 auch die Entwicklungen der Inlandsumsätze von einem deutlichen Minus geprägt: Im Vergleich zum Vorjahresmonat gingen die Inlandsumsätze um 22 und die Auslandsgeschäfte um 25 Prozent zurück. (Deutschland: –26 bzw. –37 Prozent). Die Exportquote lag im April 2020 bei 55,6 Prozent

(–0,9 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahresmonat).

Von den Auswirkungen der Coronapandemie waren alle Branchen betroffen: Mit einem Minus von 63 Prozent zum Vorjahresmonat mussten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen noch höhere Umsatzeinbrüche hinnehmen als im Vormonat. Gravierende Umsatzeinbußen gab es auch im Maschinenbau sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung (–38 bzw. –30 Prozent).

Im April 2020 gab es in der Industrie rund 258 600 Beschäftigte; das waren 4 000 bzw. 1,5 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die größten Rückgänge bei der Belegschaft gab es im Maschinenbau (–7,5 Prozent) gefolgt von der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (–4 Prozent) sowie der Herstellung von Metallerzeugnissen (–3,5 Prozent). In drei der zehn bedeutendsten Industriezweige – gemessen am Umsatz – war die Entwicklung positiv: Mehr Beschäftigte als im Vorjahresmonat gab es in der Herstellung von Kraftwagen- und Kraftwagenteilen (+4,5 Prozent), der Pharmaindustrie (+2,5 Prozent) sowie der Chemischen Industrie (+0,4 Prozent).

In den ersten vier Monaten 2020 gingen die Erlöse im Verarbeitenden Gewerbe um 9,5 Prozent zurück. Die Inlandsumsätze sanken mit –7,4 Prozent weniger stark als die Auslandsumsätze (–11 Prozent). Der Beschäftigungsrückgang lag von Januar bis April bei 0,8 Prozent.

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im April niedriger als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im April 2020 weniger Aufträge und niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge gingen im Vergleich zum März 2020 – kalender- und saisonbereinigt – um 3,3 Prozent zurück. Der baugewerbliche Umsatz lag um 4,2 Prozent niedriger als im Vormonat. Gegenüber den ersten vier Monaten 2019 verringerte sich das Ordervolumen um 9,1 Prozent. Der Umsatz stieg dagegen um 9,2 Prozent.

Im Vergleich zum März 2020 blieben die bereinigten Auftragseingänge im Tiefbau deutlich hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–11 Prozent). Im Hochbau erhöhte sich die Nachfrage um 5,2 Prozent. Den stärksten Auftragseinbruch verzeichnete der sonstige öffentliche Tiefbau (–26 Prozent). Für den Straßenbau errechnen sich ebenfalls kräftige Rückgänge (–14 Prozent). Vor allem der öffentliche Hochbau sowie der gewerbliche Tiefbau übertrafen dagegen das Vormonatsergebnis deutlich (+14 bzw. +9,9 Prozent). Gegenüber den ersten vier Monaten 2019 wurden sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau Nachfragerückgänge registriert (–13 bzw. –4 Prozent).

Im Vergleich zum März 2020 verringerten sich die bereinigten Erlöse sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau (–5,3 bzw. –3,2 Prozent). Kräftige Umsatzeinbußen errechnen sich für

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

Indikator	April 2020		Jan. bis April 2020
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	März 2020	April 2019	Jan. bis April 2019
Auftragseingang	-3,3 % ↓	-24,6 % ↓	-9,1 % ↓
Hochbau insgesamt	5,2 % ↑	-11,5 % ↓	-4,0 % ↓
Wohnungsbau	6,5 % ↑	7,8 % ↑	9,0 % ↑
gewerblicher Hochbau	0,7 % ↑	-29,2 % ↓	-16,1 % ↓
öffentlicher Hochbau	13,6 % ↑	9,8 % ↑	7,8 % ↑
Tiefbau insgesamt	-10,9 % ↓	-34,6 % ↓	-13,4 % ↓
gewerblicher Tiefbau	9,9 % ↑	-0,2 % ↓	-12,0 % ↓
Straßenbau	-13,8 % ↓	-39,6 % ↓	-11,7 % ↓
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-26,0 % ↓	-50,6 % ↓	-18,0 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	-4,2 % ↓	7,0 % ↑	9,2 % ↑
Hochbau insgesamt	-5,3 % ↓	6,4 % ↑	8,1 % ↑
Wohnungsbau	-14,1 % ↓	0,8 % ↑	5,8 % ↑
gewerblicher Hochbau	7,5 % ↑	12,1 % ↑	7,0 % ↑
öffentlicher Hochbau	-17,7 % ↓	3,1 % ↑	16,5 % ↑
Tiefbau insgesamt	-3,2 % ↓	7,6 % ↑	10,3 % ↑
gewerblicher Tiefbau	2,0 % ↑	13,0 % ↑	18,1 % ↑
Straßenbau	-3,9 % ↓	4,5 % ↑	6,2 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-6,1 % ↓	8,2 % ↑	11,1 % ↑

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

den öffentlichen Hochbau sowie den Wohnungsbau (-18 bzw. -14 Prozent). Im gewerblichen Hochbau sowie im gewerblichen Tiefbau konnten die Erlöse im Vormonatsvergleich gesteigert werden (+7,5 bzw. +2 Prozent). Gegenüber den ersten vier Monaten 2019 zogen die baugewerblichen Umsätze sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutlich an (+10 bzw. +8,1 Prozent).

Baufertigstellungen 2019: Wärmepumpen gewinnen weiter an Bedeutung

Im Jahr 2019 wurden den Meldungen der Bauaufsichtsbehörden zufolge weniger Bauvorhaben fertiggestellt als im Jahr zuvor. In 5 893 neuen Wohngebäuden entstanden

11 849 Wohnungen. Die Anzahl der Wohnungen lag rund elf Prozent unter dem Wert des Vorjahres und fiel damit wieder auf das Niveau des Jahres 2017 zurück. Etwa die Hälfte der Wohnungen entstanden in Mehrfamilienhäusern und Wohnheimen, rund 38 Prozent in Ein- sowie gut elf Prozent in Zweifamilienhäusern.

Landesweit wurden im Neubau durchschnittlich 29 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner fertiggestellt. Den höchsten Wert wies der Landkreis Mainz-Bingen mit 88 Wohnungen auf, den zweithöchsten Wert die kreisfreie Stadt Landau in der Pfalz mit 52 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die niedrigsten Werte ver-

zeichneten die Landkreise Germersheim und Birkenfeld mit jeweils 9,5 Wohnungen. Der drittniedrigste Wert errechnete sich für die kreisfreie Stadt Kaiserslautern mit 10,2 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Im Jahr 2019 hat sich die Dominanz der neuen Wohngebäude mit Wärmepumpenheizung weiter verstärkt. Über 55 Prozent der fertiggestellten Neubauten hatten eine Wärmepumpe als primäre Heizquelle, mit Gas werden noch gut 33 Prozent der neuen Wohnungen beheizt. Im Jahr 2009 lag der Anteil der Wärmepumpenheizungen noch bei 30 Prozent und der Anteil der Gasheizungen bei 52 Prozent. Ölheizungen sind bei Neubauten mittlerweile nahezu bedeutungslos. Im Jahr 2019 lag ihr Anteil in Neubauten bei weniger als ein Prozent.

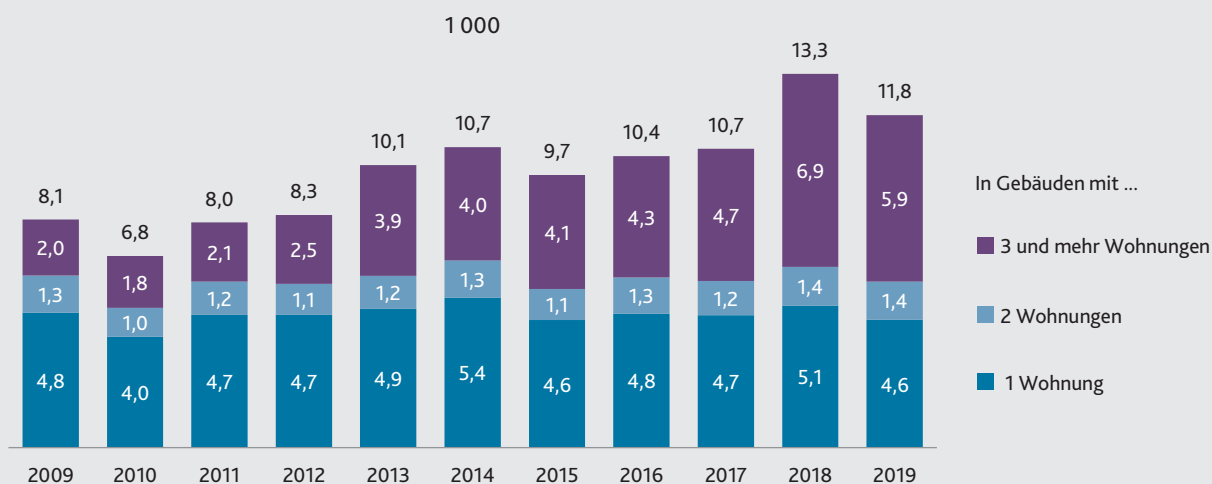
Mehr Baugenehmigungen für neue Wohngebäude im ersten Quartal

Im ersten Quartal 2020 wurden in Rheinland-Pfalz mehr Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Wohngebäude erteilt als im ersten Quartal 2019. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Bau von 1 611 Wohngebäuden mit 3 417 Wohnungen. Dies entspricht einem Anstieg um 4,8 Prozent bei der Anzahl der Wohngebäude und um 9,7 Prozent bei der Anzahl der Wohnungen.

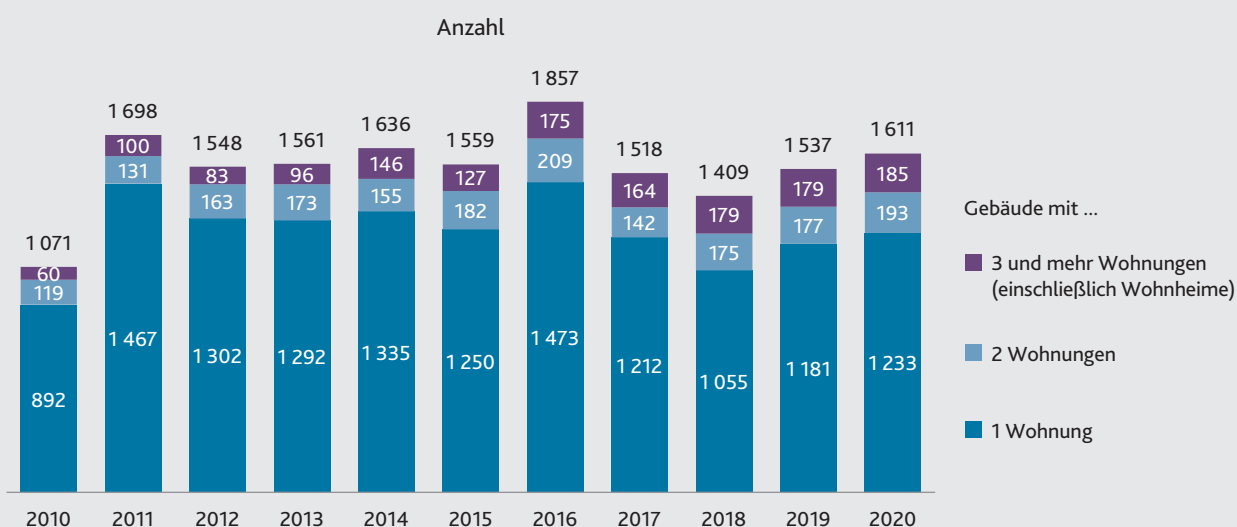
Ein Anstieg der erteilten Genehmigungen war bei allen Gebäudearten zu verzeichnen. Genehmigt wurden 1 233 Ein-, 193 Zwei- und 185



Errichtung neuer Wohnungen im Wohnbau 2009–2019 nach Zahl der Wohnungen im Gebäude



Genehmigte Wohngebäude (Neubau) im 1. Quartal 2010–2020 nach Zahl der Wohnungen im Gebäude



Mehrfamilienhäuser, d. h. Gebäude mit drei und mehr Wohnungen. Die Zunahmen betrugen damit 4,4 Prozent bei den Einfamilienhäusern, neun Prozent bei den Zweifamilienhäusern und 3,4 Prozent bei den Mehrfamilienhäusern. Für die geplanten Baumaßnahmen wur-

den Kosten von rund 726 Millionen Euro veranschlagt – eine Zunahme um 8,7 Prozent.

Landesweit kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner rechnerisch gut acht genehmigte neue Wohnungen in Wohngebäuden. Die

höchsten Werte gab es in den kreisfreien Städten Landau in der Pfalz und Koblenz mit 26 bzw. 17 genehmigten neuen Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die niedrigsten Werte sind den kreisfreien Städten Zweibrücken und Frankenthal (Pfalz)



mit weniger als einer genehmigten neuen Wohnung je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner zuzurechnen.

Zahl der Baugenehmigungen im Nichtwohnbau sinkt

Die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen im Nichtwohnbau ging in Rheinland-Pfalz im ersten Quartal 2020 leicht zurück. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Bau von 310 neuen Nichtwohngebäuden. Dies entspricht einem Rückgang um vier Prozent gegenüber dem ersten Quartal 2019.

Die veranschlagten Baukosten je Bauvorhaben stiegen hingegen um 44 Prozent auf rund 1,3 Millionen Euro und die Summe der Baukosten aller Bauvorhaben um 38 Prozent auf gut 407 Millionen Euro. Der umbaute Raum und die Nutzfläche stiegen um 23 bzw. zehn Prozent.

Weit mehr als die Hälfte der genehmigten neuen Gebäude, nämlich

64 Prozent, waren nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude. Hierunter fallen zum größten Teil Handels- und Lagergebäude, aber auch Fabrik- und Werkstattgebäude sowie Hotels und Gaststätten. Die Anzahl der Genehmigungen für nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,6 Prozent auf 198. Bei den Baugenehmigungen für landwirtschaftliche Betriebsgebäude sowie bei den Genehmigungen für Büro- und Verwaltungsgebäude waren Rückgänge um 23 Prozent auf 37 bzw. um 32 Prozent auf 25 festzustellen.

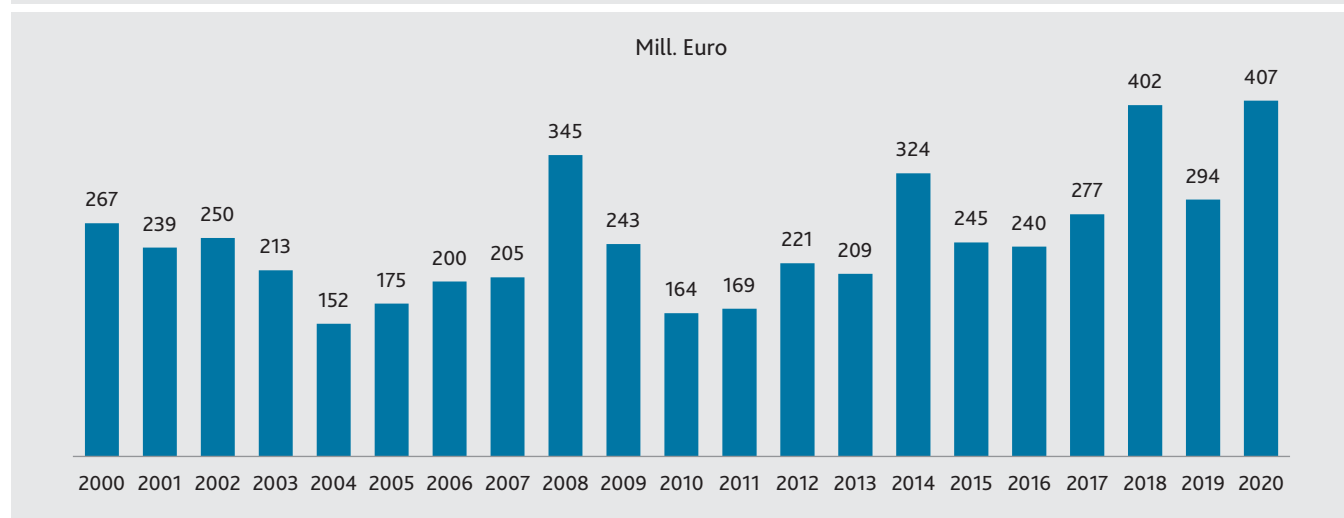
Knapp 72 Prozent der Bauherren waren Unternehmen. Die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen dieser Gruppe von Bauherren ging um 1,3 Prozent auf 222 zurück. Die zweitstärkste Gruppe der Bauherren bildeten mit 17 Prozent die privaten Haushalte. Die Anzahl der Genehmigungen verminderte sich hier um 13 Prozent auf 48.

Corona-Pandemie lässt Außenhandel um ein Viertel einbrechen

Der rheinland-pfälzische Außenhandel verzeichnete im April 2020 tiefe Einbrüche. Nach vorläufigen Angaben belief sich der Wert der Ausfuhren auf 3,37 Milliarden Euro; das waren 25 Prozent weniger als im Vergleich zum Vorjahresmonat (Deutschland: –31 Prozent). Der Wert der Einfuhren brach um 23 Prozent ein und lag im April 2020 bei 2,51 Milliarden Euro (Deutschland: –22 Prozent).

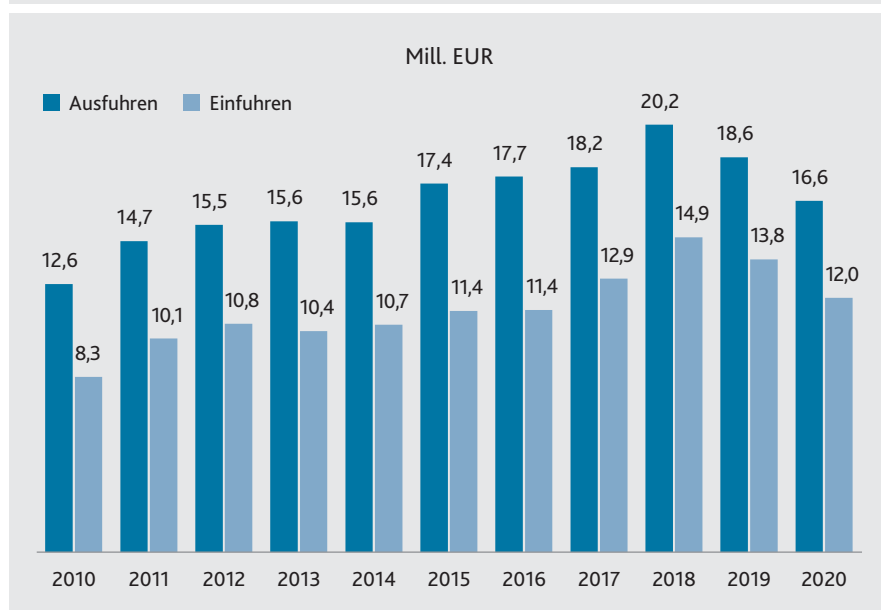
Deutliche Exportrückgänge waren bei allen großen Außenhandelspartnern zu verzeichnen. Mit einem Minus von 33 Prozent im April 2020 musste der Warenaustausch mit den EU-Ländern starke Einbrüche hinnehmen. Der Handel mit den Ländern der Eurozone schrumpfte um 32 Prozent und betrug im April 1,26 Milliarden Euro. Ausgeprägte Rückgänge zeigten sich bei den Ländern, die außerordentlich von der Corona-Pandemie betrof-

Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude (Neubau) im 1. Quartal 2000–2020





Ausfuhren und Einfuhren von Januar bis April 2010–2020



fen waren: Die Exporte nach Frankreich, dem größten europäischen Außenhandelspartner, halbierten sich mit –46 Prozent nahezu. Deutlich weniger Ausfuhren gab es auch nach Spanien (–42 Prozent) und dem Vereinigten Königreich (–40 Prozent). Das Handelsvolumen mit den EU-Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, reduzierte sich um 35 Prozent auf 380 Millionen Euro.

Rückgänge prägten mit Ausnahme der Ausfuhren nach Asien auch die Exporte in die anderen Kontinente: Die Ausfuhren nach Asien stiegen um elf Prozent auf 677 Millionen Euro. Der Wert der auf den amerikanischen Kontinent exportierten Waren verringerte sich dagegen deutlich um 22 Prozent auf 520 Millionen Euro. Die Lieferungen nach den am Handelsvolumen gemessenen weniger bedeutenden Kontinenten Australien und Ozeanien

sowie Afrika sanken noch deutlicher (–36 bzw. –42 Prozent).

In fünf der sechs Güterabteilungen, die für den Export eine große Bedeutung haben, waren Rückgänge zu verzeichnen. Mit über drei Viertel des Außenhandelsvolumens reduzierten sich die Ausfuhren von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–76 Prozent). Die pharmazeutischen Erzeugnisse verzeichneten ein Plus, hier stiegen die Ausfuhren um 3,3 Prozent.

Der größte Teil der Importrückgänge betraf die Einfuhren aus den EU-Mitgliedsstaaten. Im Vergleich zum April 2019 wurden mit 1,41 Milliarden Euro 31 Prozent weniger Waren eingeführt. Die Importe aus den Ländern der Eurozone brachen um 31 Prozent ein. Auch hier war der Handel mit Frankreich besonders betroffen (–41 Prozent). Deutliche Rückgänge gab es mit –40 bzw. –36 Prozent auch bei den

Einfuhren aus den Niederlanden und Polen. Das Importvolumen aus den Ländern, die nicht der Eurozone angehören, verringerte sich um 28 Prozent auf 314 Millionen Euro. Die Einfuhren aus dem übrigen Europa sanken um 29 Prozent auf 275 Millionen Euro.

Die Warenimporte aus Amerika entwickelten sich ebenfalls negativ (–10 Prozent). Ein Plus gab es bei den Einfuhren aus Asien (+4 Prozent). Hauptgrund hierfür waren die Einfuhren aus China, die im April 2020 wieder deutlich zugelegt haben (+16 Prozent). Importzuwächse zeigten sich auch mit Australien und Ozeanien sowie Afrika (+17 bzw. +6,7 Prozent).

Von Januar bis April 2020 gingen die Exporte um elf Prozent und die Importe um 13 Prozent zurück. Mit einem Rückgang von 14 bzw. 16 Prozent reduzierten sich die Ex- bzw. Importe in die bzw. aus den Mitgliedsstaaten der EU noch deutlicher.

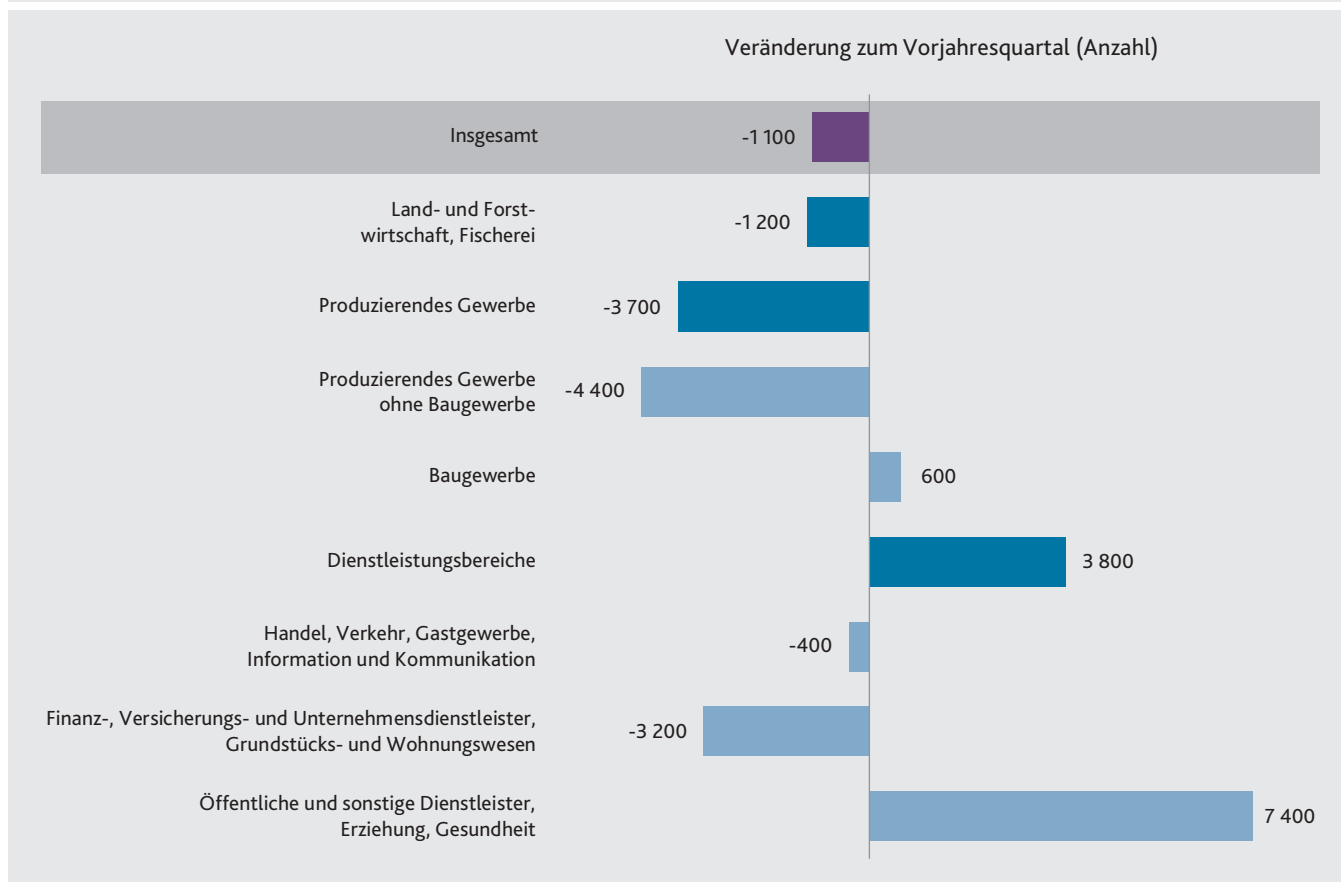
Erwerbstätigkeit sinkt im ersten Quartal 2020 um 0,1 Prozent

In Rheinland-Pfalz arbeiteten im ersten Quartal 2020 knapp 2,03 Millionen Erwerbstätige. Gegenüber dem Vorjahresquartal war dies ein Rückgang um 1 100 Personen bzw. 0,1 Prozent (Deutschland: +0,3 Prozent). Das ergaben vorläufige Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz ging erstmals seit dem Beschäftigungseinbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 und 2010 zurück. Dies dürften bereits



Erwerbstätige am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz im 1. Quartal 2020 nach Wirtschaftsbereichen



Auswirkungen der globalen Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt sein. Im dritten und im vierten Quartal 2019 stieg die Erwerbstätigkeit im Vergleich zum Vorjahresquartal noch um 0,5 bzw. 0,3 Prozent. Zu beachten ist, dass die Kurzarbeitenden nach der Methodik der Erwerbstätigenrechnung zu den Erwerbstätigen und nicht als Erwerbslose zählen. Die Kurzarbeit wirkte somit einem stärkeren Rückgang der Erwerbstätigkeit entgegen.

Entgegen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor. Im ersten Vierteljahr

2020 arbeiteten dort 3 800 Personen mehr als im Vorjahreszeitraum. Das entspricht einem Anstieg um 0,3 Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent). Insgesamt waren 1,48 Millionen Menschen im tertiären Sektor tätig (73 Prozent aller Erwerbstätigen). Maßgeblich beeinflusst wurde das Wachstum durch den Teilbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“. Dort stieg die Erwerbstätigenzahl um 7 400 bzw. 1,1 Prozent (Deutschland: +1,6 Prozent). Dagegen fiel die Erwerbstätigkeit im Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks-

und Wohnungswesen“ um 3 200 Personen bzw. 1,2 Prozent (Deutschland: –0,6 Prozent). Im Teilbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ ging die Zahl der Erwerbstätigen um 400 Personen bzw. 0,1 Prozent zurück (Deutschland: +0,5 Prozent).

Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) war die Zahl der Erwerbstätigen Personen gegenüber dem Vorjahresquartal zum zweiten Mal in Folge rückläufig. Der Rückgang belief sich auf 4 400 Personen bzw. –1,1 Prozent (Deutschland: –1 Prozent). Im ersten Quartal 2020 arbeiteten rund 389 200 Personen bzw.



Betriebsgründungen¹ im 1. Quartal 2019 und 2020 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



¹ Kapital- bzw. Personengesellschaft oder Einzelunternehmen mit Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder mindestens einem/einer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

19 Prozent aller Erwerbstätigen in diesem Bereich. Die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe stieg dagegen um 600 Personen bzw. 0,5 Prozent (Deutschland: +0,8 Prozent).

Der Sektor Land- und Forstwirtschaft verzeichnete prozentual den stärksten Rückgang der Erwerbstätigkeit. Die Zahl der Erwerbstätigen fiel im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um 3,3 Prozent bzw. 1 200 Personen (Deutschland: -3 Prozent).

Deutlicher Rückgang der Gewerbeanmeldungen im März

Die Anzahl der im Statistischen Landesamt eingegangenen Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen ist im März 2020, dem Monat des Beginns der Einschränkungen aufgrund des Ausbruchs der Corona-Pandemie in Deutschland, deutlich zurückgegangen. Den aktuellen Ergebnissen der Gewerbeanzeigenstatistik zufolge sank die Anzahl der Gewerbeanmeldungen gegenüber dem März 2019

um fast ein Viertel auf 2 146. Die Anzahl der Gewerbeabmeldungen ging um mehr als 15 Prozent auf 2 218 zurück. Das sind jeweils die niedrigsten Werte des Monats März in den vergangenen zehn Jahren.

Im ersten Quartal 2020 ergaben sich in der Summe ein Rückgang der Gewerbeanmeldungen um 7,6 Prozent auf 8 262 und ein Rückgang der Gewerbeabmeldungen um 8,8 Prozent auf 7 922.

Auch die Entwicklung der Betriebsgründungen ging zurück. Im ersten Quartal 2020 waren insgesamt 1 469 Gewerbeanmeldungen sogenannte Betriebsgründungen. Dies sind 3,9 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Bei den Betriebsgründungen kann eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden. Zu ihnen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie alle Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 20 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Den zweithöchsten Anteil stellte mit 16 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe“.

Die Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichten den höchsten Wert mit 6,1 in der kreisfreien Stadt Ludwigs-



hafen am Rhein. Der niedrigste Wert war im Landkreis Cochem-Zell mit 1,6 zu verzeichnen. Zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen ist ein deutlicher Niveauunterschied festzustellen. So wurde der höchste Wert unter den Landkreisen, der mit 4,1 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Landkreis Bad Dürkheim zu beobachten war, von acht der zwölf Landkreise übertroffen.

Über die Betriebsgründungen hinaus gab es im ersten Quartal 2020 insgesamt 5 338 sogenannte sonstige Neugründungen. Gegenüber dem ersten Quartal 2019 ging deren Anzahl um 9,4 Prozent zurück. Zu den sonstigen Neugründungen gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben. Von den sonstigen Neugründungen erfolgten 3 376 im Nebenerwerb. Dies entsprach praktisch dem Vorjahresniveau (–0,1 Prozent).

Neben den Betriebsgründungen und sonstigen Neugründungen waren im ersten Quartal 2020 noch 1 455 weitere Gewerbeanmeldungen zu verzeichnen. Hierunter fallen Umwandlungen sowie Zuzüge und Übernahmen.

Im ersten Quartal 2020 wurden 7 922 Gewerbe abgemeldet. Die Zahl der Betriebsaufgaben – sie sind das Pendant zu den Betriebsgründungen –

stieg leicht um 0,7 Prozent auf 1 391. Die sonstigen Stilllegungen, d. h. die Aufgaben von Kleinunternehmen, lagen mit 5 045 um elf Prozent unter dem Wert des Vorjahresquartals.

Weniger Insolvenzanträge im ersten Quartal

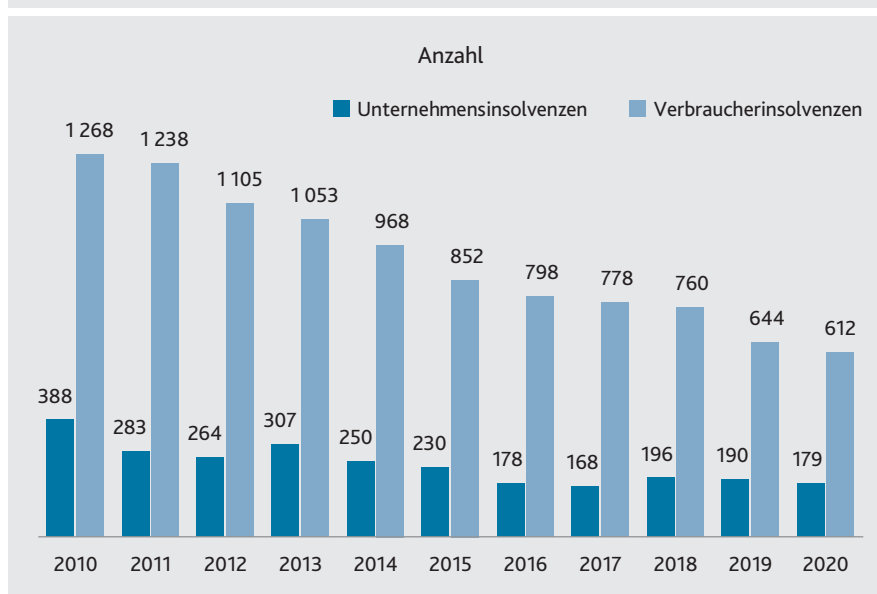
Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz ist im ersten Quartal 2020 gesunken. Bei den Verbraucherinsolvenzen setzte sich der seit Jahren zu beobachtende Rückgang weiter fort. 179 Unternehmen stellten einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, das waren fast sechs Prozent weniger als im ersten Quartal des vorigen Jahres. Die Zahl der Anträge von Verbrauchern lag mit 612 um fünf Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Für den Monat März 2020 wurden 61 neu angemeldete Unternehmensinsolvenzen registriert, im März 2019

waren es 60. Die Folgen der Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die Mitte März begannen, schlagen sich in den Insolvenzzahlen noch nicht nieder.

Bedingt durch wenige Einzelfälle größerer Unternehmen, die Insolvenz anmelden mussten, vergrößerte sich die Anzahl der in Gefahr geratenen Arbeitsplätze. Die betreffenden Fälle standen nicht im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Insgesamt waren die Arbeitsplätze von 1 865 Beschäftigten betroffen. Dies waren 24 Prozent mehr als im ersten Quartal 2019. Ebenfalls erhöhte sich das Volumen der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger auf insgesamt fast 140 Millionen Euro. Die damit verbundene Steigerung um 41 Prozent führte zu einem Höchstwert für das erste Quartal seit 2014. Durchschnittlich hatte damit jedes im ersten Quartal 2020 insolvent gewor-

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Quartal 2010–2020





dene Unternehmen zum Zeitpunkt der Stellung des Insolvenzantrags gut 780 600 Euro Schulden. Im ersten Quartal 2019 hatte dieser Wert bei 522 900 Euro gelegen.

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt den Wirtschaftsabschnitten „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (33 Anträge) und Baugewerbe (30) zuzurechnen ist. Es folgen Unternehmen mit Schwerpunkt im „Verarbeitenden Gewerbe“ (24) und „Gastgewerbe“ (20).

Die Insolvenzhäufigkeit der Unternehmen, definiert als die Anzahl der insolvent gegangenen Unternehmen je 1 000 wirtschaftlich aktive Unternehmen, war in den kreisfreien Städ-

ten Landau in der Pfalz, Pirmasens und im Landkreis Vulkaneifel mit Werten von 2,9 und 2,5 bzw. 2,4 am höchsten. Aus der kreisfreien Stadt Frankenthal (Pfalz) sowie den Landkreisen Cochem-Zell und Kusel lagen keine Meldungen vor.

Bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ergab sich entsprechend dem Rückgang der Anzahl der Fälle auch ein Rückgang der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger; sie sank um zwölf Prozent auf gut 25 Millionen Euro. Die durchschnittliche Verschuldung lag mit rund 41 200 Euro gleichfalls niedriger als im ersten Quartal 2019, wo sie 44 340 Euro betrug.

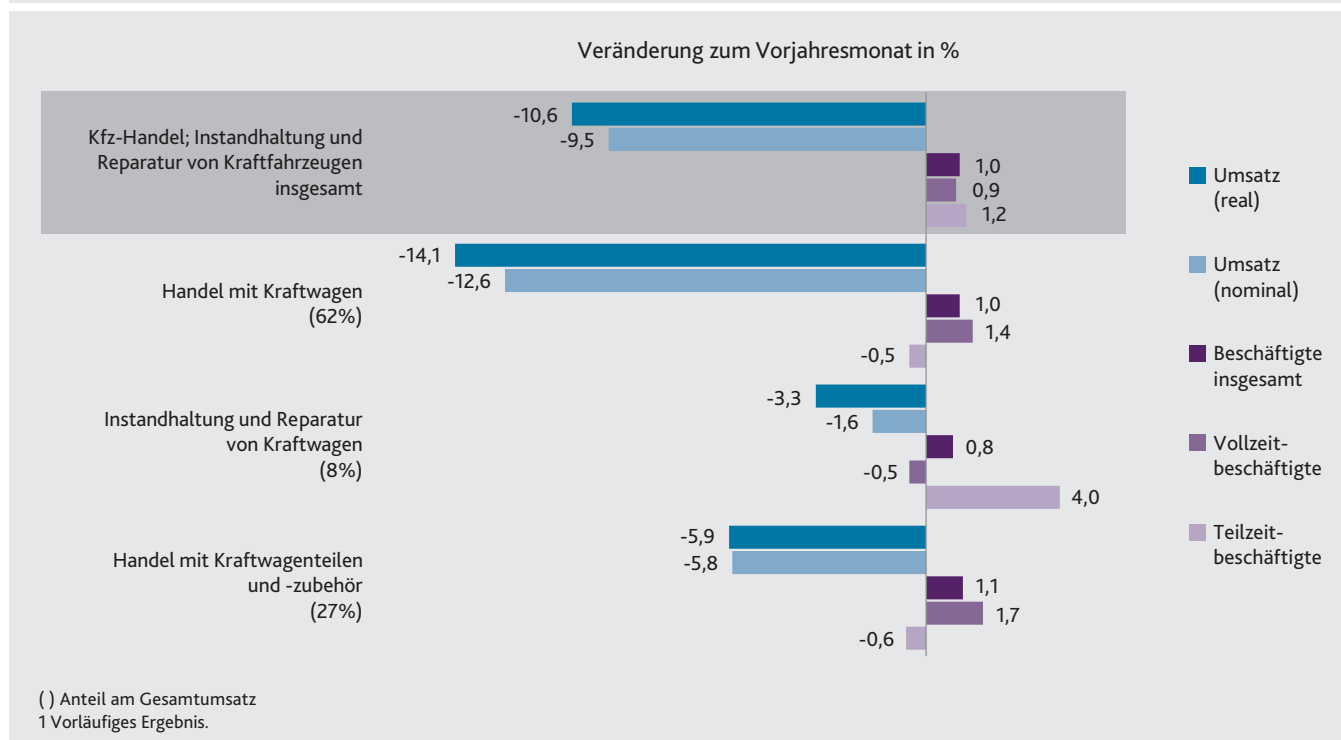
Die Insolvenzhäufigkeit bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern,

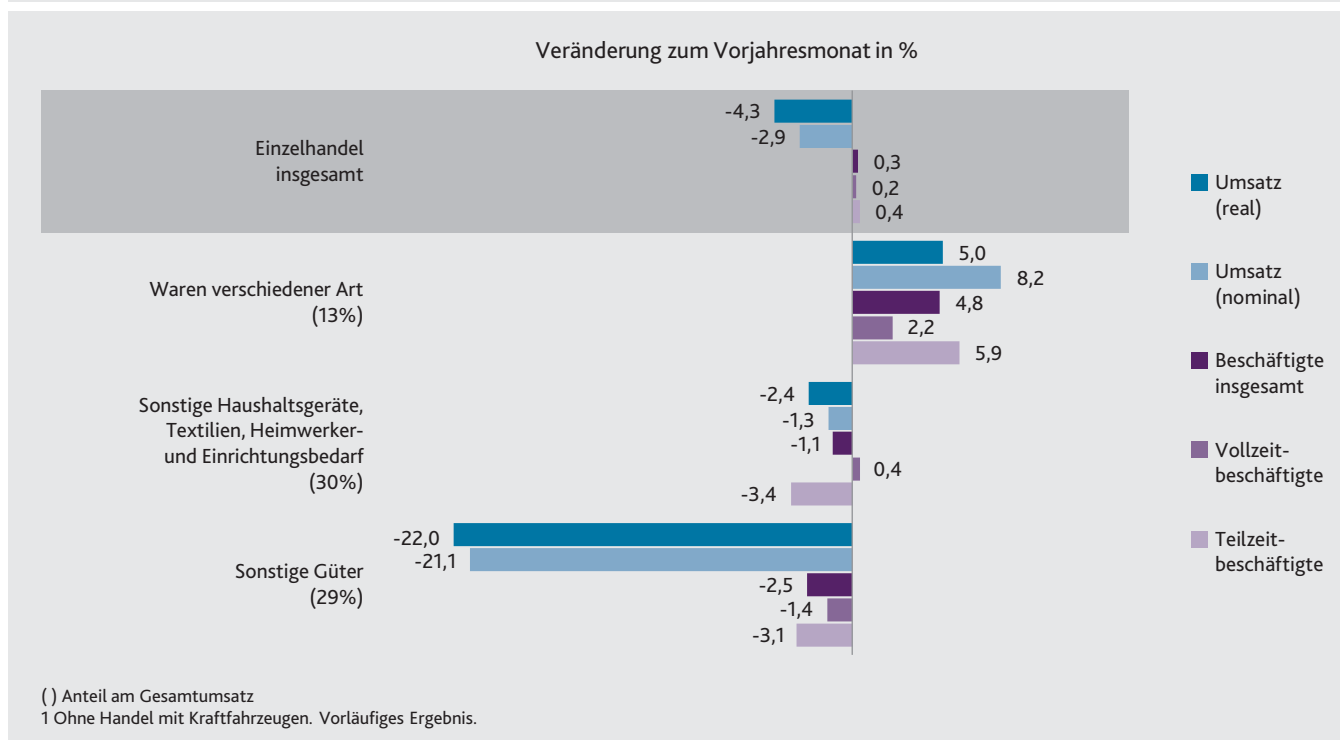
also die Anzahl der Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner, war in der kreisfreien Stadt Pirmasens mit 5,7 mit Abstand am höchsten und im Landkreis Südliche Weinstraße mit 0,4 am niedrigsten.

Umsatzeinbrüche im Kfz-Handel

Die Corona-Pandemie führte im März 2020 zu deutlichen Umsatzrückgängen bei den rheinland-pfälzischen Kfz-Händlern- und Werkstätten. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Umsätze im März 2020 real, also um Preisveränderungen bereinigt, um elf Prozent niedriger als im März 2019. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, betrug der Rückgang 9,5 Prozent. Ein Übergreifen auf

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels¹ im März 2020



Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels¹ im April 2020

die Beschäftigungslage wurde u. a. durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verhindert.

Am stärksten war der Handel mit Kraftwagen von den Rückgängen betroffen (real –14 Prozent). Der Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör büßte real 5,9 und der Wirtschaftszweig „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ein.

Die Zahl der Beschäftigten im Kfz-Handel lag um ein Prozent höher als im März 2019, wobei die Zahl der Vollzeitstellen um 0,9 und die der Teilzeitbeschäftigten um 1,2 Prozent stieg.

In den drei ersten Monaten sanken die realen Umsätze des rheinland-pfäl-

zischen Kfz-Handels um 4,4 Prozent (nominal –3 Prozent). Die Beschäftigtenzahl stieg im ersten Quartal um 1,2 Prozent. Sowohl die Zahl der Vollzeitkräfte als auch die der Teilzeitkräfte entwickelte sich mit +1,2 bzw. +1,3 Prozent positiv.

Plus bei Lebensmitteln gleicht Rückgang im Non-Food-Bereich nicht aus

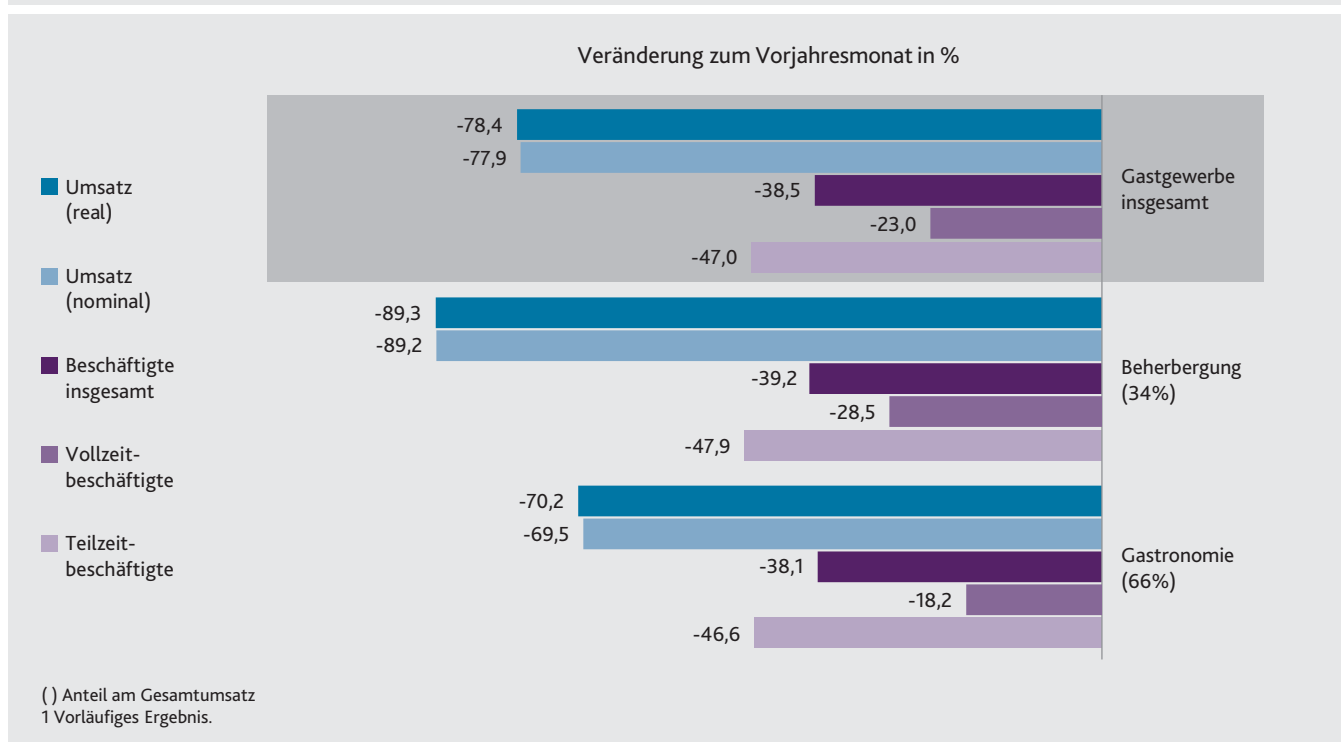
Die Einflüsse der Corona-Krise führten im April zu unterschiedlichen Entwicklungen im rheinland-pfälzischen Einzelhandel: Der Lebensmitteleinzelhandel legte deutlich zu, die Erlöse im Non-Food-Bereich sanken. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Einzelhandelsumsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, insgesamt um 4,3 Prozent unter denen im

April 2019. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, sanken die Erlöse um 2,9 Prozent. Der Einzelhandel mit Lebensmitteln setzte gegenüber dem Vorjahresmonat real 6,3 Prozent mehr um; der Handel mit Nicht-Lebensmitteln verzeichnete Umsatzrückgänge um zwölf Prozent.

Im umsatzstarken „Einzelhandel mit sonstigen Gütern“, zu denen Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, gab es gegenüber April 2019 deutliche Einbußen bei der preisbereinigten Umsatzentwicklung (–22 Prozent). Wesentlich moderater fiel das Minus mit 2,4 Prozent im umsatzstärksten Bereich, dem „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ aus. Die Umsätze im



Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe¹ im April 2020



Handel mit Waren verschiedener Art, (Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte) haben sich durch die anhaltend hohe Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs positiv entwickelt (+5 Prozent). Umsatzeinbrüche gab es im Handel mit den am Umsatzanteil gemessen weniger bedeutenden Bereichen „Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik“ sowie „Verlagsprodukte, Sportausrüstungen und Spielwaren“ (-38 bzw. -14 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag mit +0,3 Prozent gegenüber dem April 2019 leicht im Plus. Sowohl die Zahlen der Vollzeitstellen als auch die der Teilzeitbeschäftigten erhöhten sich (+0,2 bzw. +0,4 Prozent).

In den vier ersten Monaten verbuchten die realen Umsätze des rheinland-pfälzischen Einzelhandels ein Plus von 1,2 Prozent (nominal +2,7 Prozent). Die Beschäftigtenzahl stieg in diesem Zeitraum um 0,9 Prozent. Sowohl die Zahl der Vollzeitkräfte als auch die der Teilzeitkräfte entwickelte sich mit +0,6 bzw. +1 Prozent positiv.

Tiefe Einschnitte bei Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe

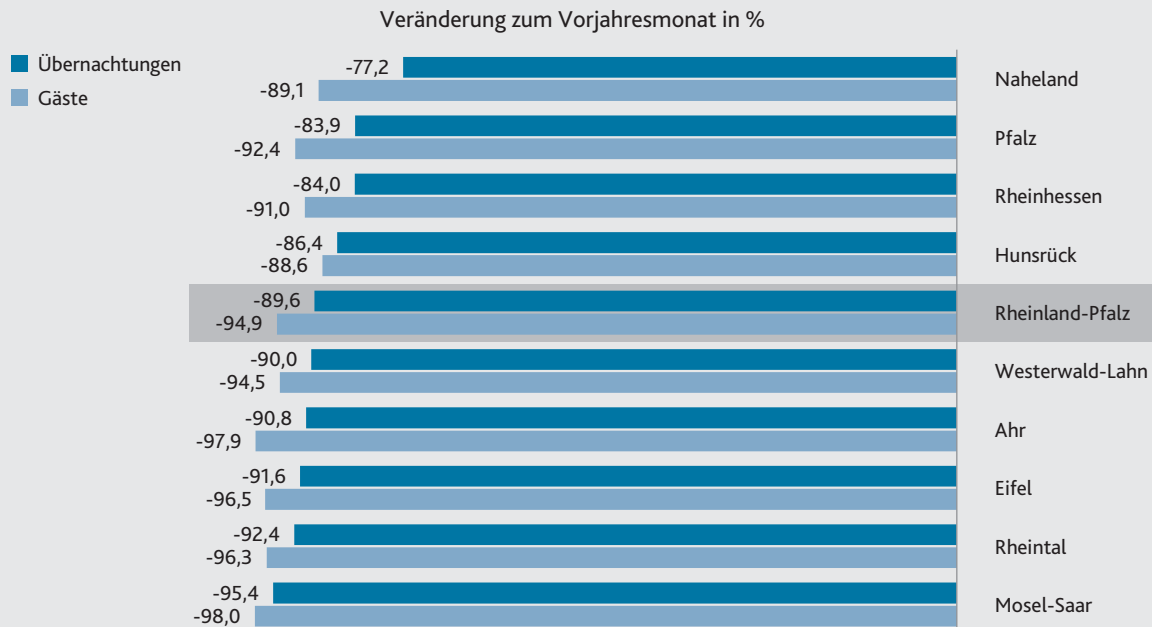
Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe musste im April 2020 aufgrund der anhaltenden Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie massive Umsatz- und Beschäftigungsverluste hinnehmen. Nach vorläufigen Berechnungen brachen im April 2020 die Umsätze real, also um Preisver-

änderungen bereinigt, um 79 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ein. Nominal bzw. in jeweiligen Preisen betrug der Rückgang 78 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich um 39 Prozent.

Gravierende Umsatzeinbußen zeigten sich ausnahmslos in allen Wirtschaftszweigen. In der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeerlöse entfallen, reduzierten sich die Erlöse im April 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat real um 70 Prozent. In der speisengeprägten Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, verlief der Rückgang mit einem Minus von 69 Prozent in einer ähnlichen Größenordnung. Die Umsätze der Caterer und Erbringer sonstiger Ver-



Übernachtungen und Gäste im April 2020¹ nach Tourismusregionen



1 Vorläufiges Ergebnis.

pflegungsdienstleistungen brachen um 62 Prozent ein. Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe, das ein Drittel der Umsätze des Gastgewerbes erwirtschaftet, waren die Abnahmen gegenüber April 2019 mit 89 Prozent noch höher.

Der Beschäftigungsabbau weitete sich im April 2020 gegenüber März weiter aus: Während die Beschäftigtenzahl im März im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7,3 Prozent gesunken war, lag der Rückgang im April mit -39 Prozent deutlich höher. Die Zahl der Vollzeitkräfte ging im April gegenüber dem Vorjahresmonat um 23 Prozent zurück und die der Teilzeitkräfte halbierte sich mit einem Rückgang von 47 Prozent nahezu.

In den ersten vier Monaten sanken die Umsätze im rheinland-pfälzi-

schen Gastgewerbe real um 33 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum (nominal: -32 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich um elf Prozent. Der Rückgang bei den Teilzeitkräften fiel mit 14 Prozent in etwa doppelt so hoch aus wie der bei den Vollzeitkräften (-6,4 Prozent).

Lockdown bringt Tourismus im April nahezu zum Erliegen

Die Schließungen der Betriebe und Einrichtungen im Beherbergungsgewerbe für touristische Zwecke prägten den Tourismus im April 2020 und führten zu einem historischen Einbruch der Gäste- und Übernachtungszahlen. Das Gästeaufkommen in Rheinland-Pfalz hat sich im April 2020 um 95 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat reduziert. Die Übernachtungszahlen erreichten

noch zehn Prozent der Werte vom April 2019 (-90 Prozent). Gegenüber den schon schlechten Ergebnissen im März 2020 bedeutet dies einen erneuten Rückgang der Gäste- und Übernachtungszahlen um 82 bzw. 69 Prozent. Insgesamt buchten im April 2020 knapp 42 200 Gäste rund 222 500 Übernachtungen.

Wie schon im März waren von den Einbrüchen beim Gäste- und Übernachtungsaufkommen im April 2020 alle Tourismusregionen betroffen. Mit einer Spannweite der Rückgänge bei den Gästezahlen von 89 Prozent in der Region Hunsrück bis 98 Prozent in der Region Mosel-Saar waren die Einschnitte für alle Regionen sehr hoch. Den größten Einbruch bei den Übernachtungen gab es mit -95 Prozent in der Region Mosel-Saar.



Die Betriebsschließungen führten bei den Privatquartieren, Jugendherbergen, Hütten u. Ä., Ferienzentren sowie Campingplätzen zu Rückgängen der Gästezahlen und Übernachtungen nahe der 100-Prozent-Marke. Aber auch bei den übrigen Betriebsarten lagen mit Ausnahme der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken die Rückläufe bei den Übernachtungen und Gästen mit über 80 Prozent im sehr hohen zweistelligen Bereich. Bei den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken reduzierten sich die Übernachtungen um 48 Prozent und die Zahl der Gäste um 57 Prozent gegenüber dem April 2019.

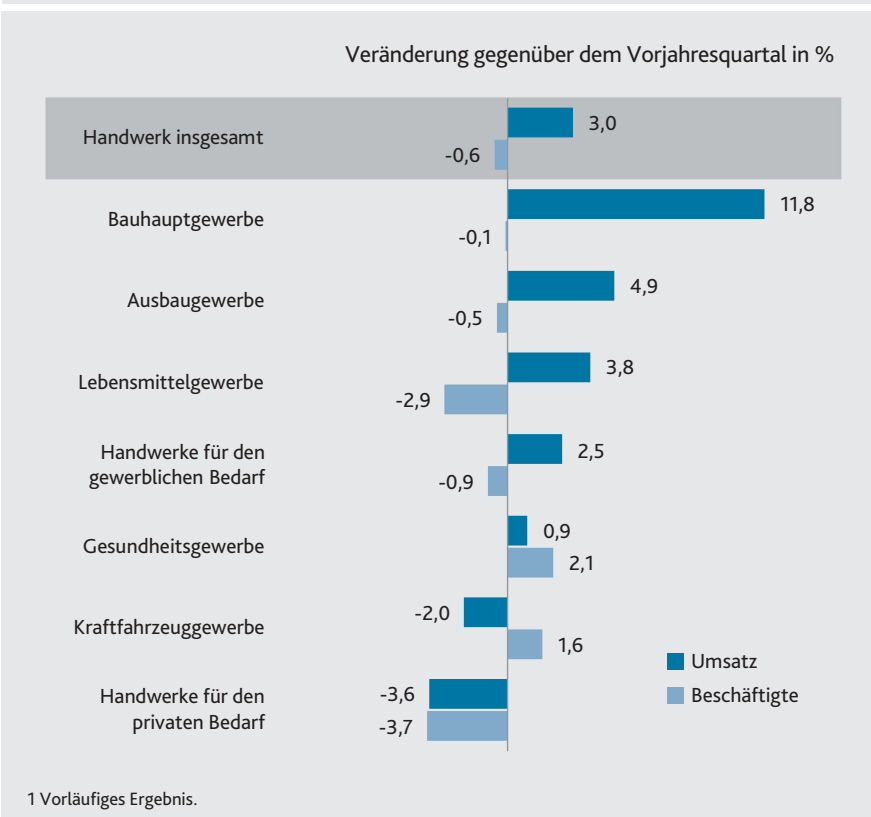
Die Rückgänge bei den Gästezahlen aus dem Inland und Ausland lagen mit –94 bzw. –97 Prozent sehr hoch. Insgesamt übernachteten im April 2020 rund 37 800 Gäste aus dem Inland und 5 400 aus dem Ausland in Rheinland-Pfalz. Die Übernachtungen der Inländer bezifferten sich im April 2020 auf 193 600 (–88 Prozent) und die der ausländischen Gäste auf 28 900 (–94 Prozent).

In den ersten vier Monaten im Jahr 2020 besuchten 1,16 Millionen Gäste Rheinland-Pfalz. Das waren 48 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum 2019. Die Übernachtungen reduzierten sich um 45 Prozent auf 3,14 Millionen.

Handwerk mit Umsatzplus im ersten Quartal

Das zulassungspflichtige Handwerk in Rheinland-Pfalz erzielte im ersten Quartal 2020 mehr Umsatz als im

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 1. Quartal 2020¹ nach Gewerbegruppen



gleichen Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Angaben lagen die Erlöse um drei Prozent über dem Niveau des ersten Quartals 2019 (Deutschland: +3,8 Prozent).

Die positive Umsatzentwicklung zeigte sich in fünf der sieben Gewerbegruppen. Im Baugewerbe gab es die größten Erlöszuwächse: Das Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe verbuchten ein Plus von zwölf bzw. fünf Prozent. Umsatzrückgänge von 3,6 Prozent gab es im Handwerk für den privaten Bedarf (z. B. Friseurinnen und Friseure). Auch im Kraftfahrzeuggewerbe reduzierten sich die Erlöse (–2 Prozent). Vor allem in diesen Gewerbegruppen dürften Ein-

flüsse der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie eine Rolle spielen.

Die Zahl der Beschäftigten hat gegenüber dem ersten Quartal 2019 um 0,6 Prozent abgenommen (Deutschland: –0,4 Prozent). In fünf der sieben Gewerbegruppen lag die Beschäftigtenzahl unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Den stärksten Rückgang gab es auch hier bei den Handwerken für den privaten Bedarf mit 3,7 Prozent gefolgt vom Lebensmittelgewerbe (–2,9 Prozent). Beschäftigungszuwächse zeigten sich im Gesundheitsgewerbe (+2,1 Prozent) und Kraftfahrzeuggewerbe (+1,6 Prozent).



Import von Schlachtschweinen steigt um 86 Prozent

An den Schlachtstätten in Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2019 erneut relativ mehr Schweine ausländischer Herkunft gewerblich geschlachtet. Der Anteil stieg von 16 Prozent 2018 auf 30 Prozent. Insgesamt wurden 1,2 Millionen Schweine (knapp ein Prozent mehr als im Vorjahr) und fast 69 000 Rinder (–9 Prozent) geschlachtet. Das waren 2,2 Prozent der bundesweit geschlachteten 59 Millionen Schweine und Rinder. Die Schlachtmenge der Schweine und Rinder lag mit 138 800 Tonnen auf Vorjahresniveau, wobei 85 Prozent auf Schweine entfielen.

Mit knapp 700 ist die Zahl der Hauschlachtungen bei den Schweinen weiter rückläufig. Sie liegt um 24 Prozent

unter dem Wert von 2018. Bei den Rindern ist ein leichter Anstieg um 3,1 Prozent auf rund 600 Schlachtungen zu verzeichnen. Bei Schafen gab es ein Plus von zwölf Prozent auf 1 000 Hausschlachtungen, was größtenteils auf einen Anstieg der Lämmerschlachtungen zurückzuführen ist. Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz 1,7 Prozent der Schafe in Deutschland – überwiegend als Lämmer – und 3,4 Prozent der Ziegen geschlachtet.

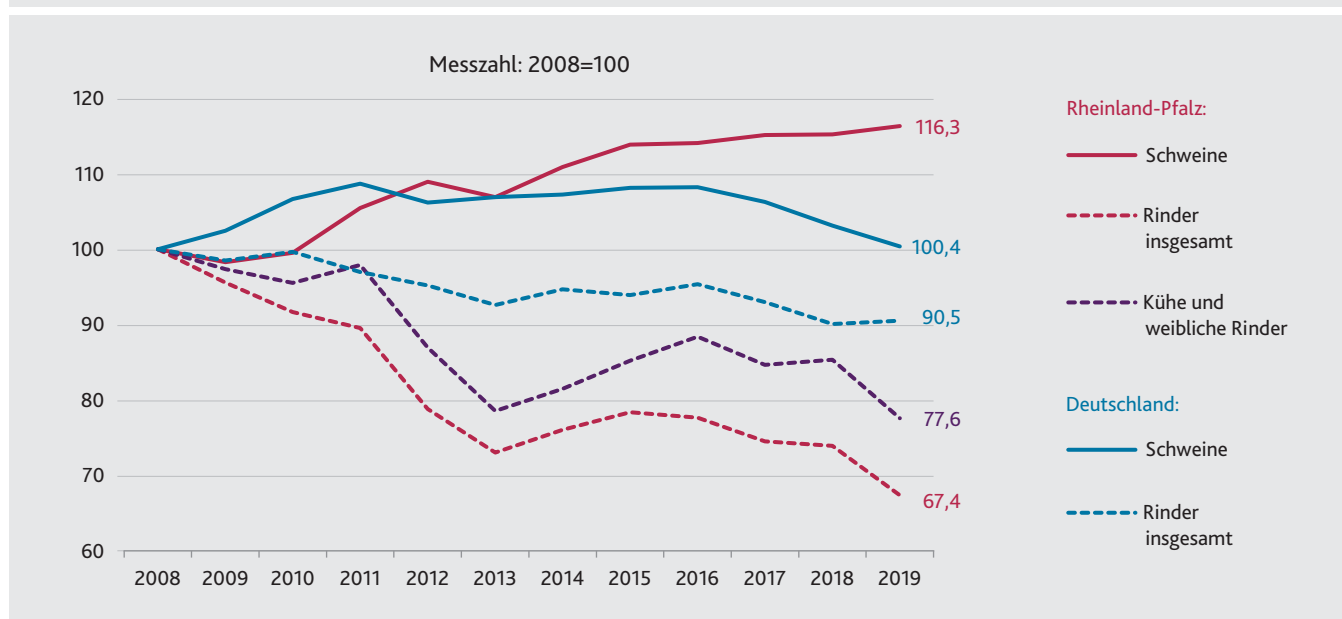
Die Zahl der geschlachteten und für den menschlichen Verzehr als tauglich freigegebenen Pferde ist im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr wieder rückläufig (–17 Prozent). Mit rund 700 Tieren hat Rheinland-Pfalz 14 Prozent Anteil der in Deutschland geschlachteten Pferde.

Eine sehr geringe Bedeutung haben in Rheinland-Pfalz Geflügelschlachtun-

gen. Hier gibt es nur sechs von bundesweit 201 Betrieben. Im Jahr 2019 entfielen 44 000 der 703 Millionen deutschlandweiten Schlachtungen auf Rheinland-Pfalz. Geflügelschlachtungen werden nicht wie die Schlachtungen von Großtieren über die Schlachtier- und Fleischschau ermittelt, sondern direkt bei Geflügelschlachtereien erhoben.

Die Anzahl der Schlachtungen ist im April 2020 im Vergleich zum Vorjahresmonat bei den Schweinen um 8,2 Prozent und bei den Rindern um knapp 24 Prozent zurückgegangen. Solche monatlichen Veränderungen sind nicht unüblich. Der skizzierte Rückgang kann dementsprechend nicht gesichert mit Auswirkungen der Corona-Pandemie und den damit zusammenhängenden Maßnahmen in Zusammenhang gebracht werden.

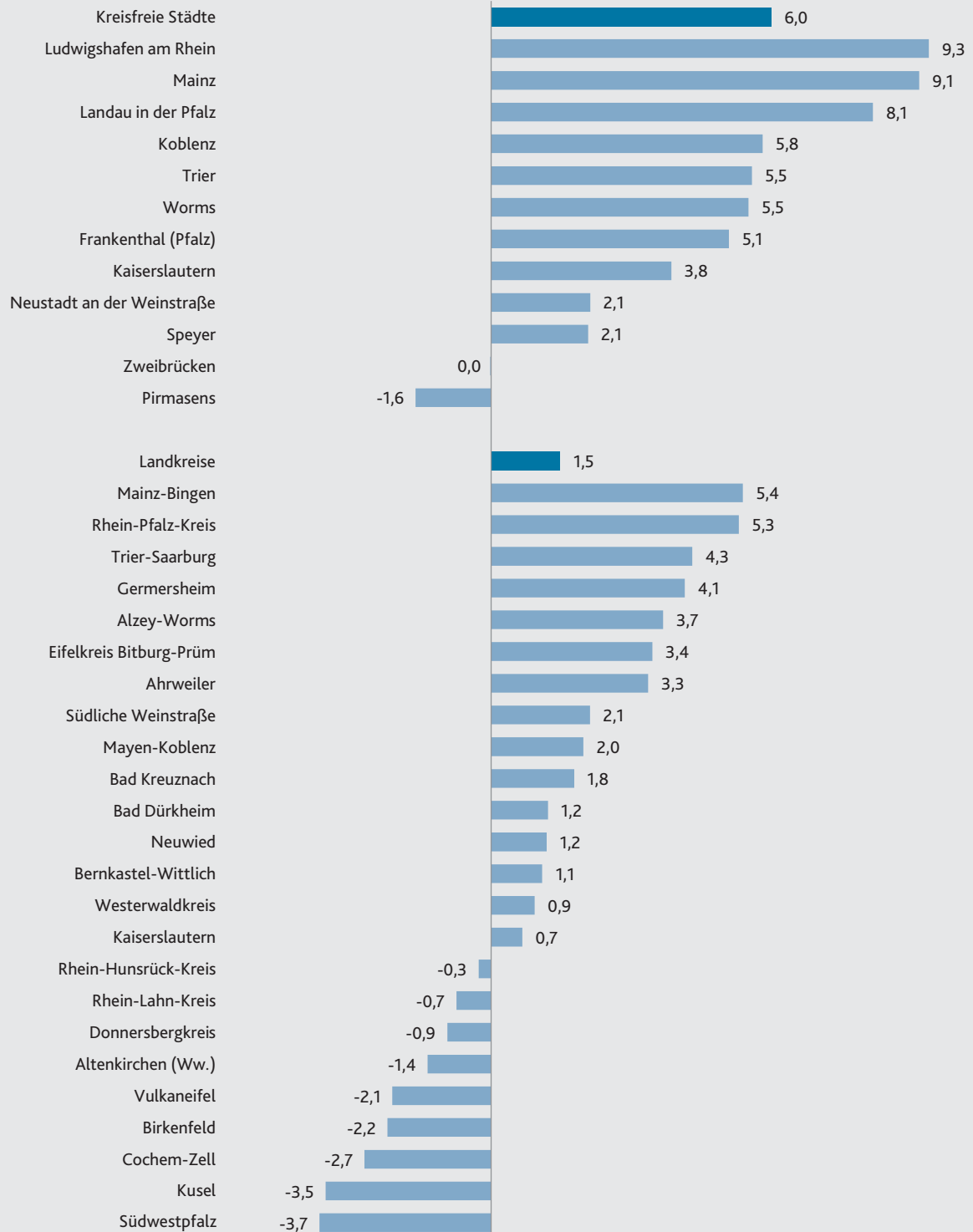
Schlachtungen von Schweinen und Rindern in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2008–2019





Bevölkerung am 31. Dezember 2019 nach Verwaltungsbezirken

Veränderung gegenüber dem Zensusstichtag 9. Mai 2011¹ in %



¹ Verwaltungsgliederung zum 31. Dezember 2019.



Bevölkerung steigt auf annähernd 4,1 Millionen

Zum Jahreswechsel 2019/20 lebten 4 093 903 Menschen in Rheinland-Pfalz, rund 9 100 mehr als ein Jahr zuvor. Damit ist die Bevölkerungszahl des Landes im achten Jahr in Folge gestiegen und erreicht einen neuen Höchststand.

Grund für den erneuten Anstieg ist, dass auch im vergangenen Jahr deutlich mehr Menschen über die Landesgrenzen zu- als fortzogen. Der sogenannte Wanderungsüberschuss fiel mit +20 400 Personen zwar etwas geringer aus als im Vorjahr (+22 500 Personen), konnte allerdings das Geburtendefizit (–10 400 Personen) erneut mehr als ausgleichen. Wie in den vorangegangenen Jahren auch, lag die Zahl der im Jahr 2019 Gestorbenen (47 600 Personen) deutlich über der Zahl der Lebendgeborenen (37 200 Kinder). Die übrigen Bestandsveränderungen (–900 Personen) sind im Wesentlichen auf Korrekturmeldungen der Meldeämter zurückzuführen, mit denen zu einem früheren Zeitpunkt, das heißt auch in Vorjahren, übermittelte Angaben über Zu- und Fortzüge richtiggestellt wurden.

Die Anzahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen und Ausländer stieg gegenüber dem 31. Dezember 2018 um 17 500 und gegenüber dem Stichtag der Volkszählung im Mai 2011 um 198 200 auf nunmehr 470 200. Ihr Anteil an der Bevölkerung lag damit zum Jah-

reswechsel 2019/20 bei 11,5 Prozent. Demnach besitzt mehr als jede neunte Rheinland-Pfälerin bzw. mehr als jeder neunte Rheinland-Pfälzer nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Gegenüber dem Vorjahr ist der Ausländeranteil um 0,4 Prozentpunkte und gegenüber dem Stichtag der Volkszählung am 9. Mai 2011 um 4,7 Prozentpunkte gestiegen.

Auch die Altersstruktur der Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfälzer hat sich zum Teil deutlich verändert. Gegenüber dem 9. Mai 2011 sank die Zahl der unter 20-Jährigen um 1,2 Prozent auf unter 748 000. Rund 2 445 600 Personen entfallen aktuell auf die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen; das sind ein Prozent mehr als zum Zeitpunkt der jüngsten Volkszählung. Rund 900 300 Menschen sind 65 Jahre und älter, elf Prozent mehr als am 9. Mai 2011.

In den vergangenen Jahren ist – in Summe gesehen – die Bevölkerungszahl der kreisfreien Städte deutlich stärker angestiegen als die der Landkreise. Die Bevölkerungszahl der kreisfreien Städte wuchs seit dem Zensus 2011 um sechs Prozent. In den kreisfreien Städten Ludwigshafen (+9,3 Prozent), Mainz (+9,1 Prozent) und Landau in der Pfalz (+8,1 Prozent) waren die Bevölkerungszuwächse am stärksten ausgeprägt. Annähernd konstant blieb die Einwohnerzahl in Zweibrücken. Rückläufig war sie in dem rund achteinhalb Jahre umfassenden Zeitraum

in der kreisfreien Stadt Pirmasens, die 1,6 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner verlor. In den Landkreisen lag die Einwohnerzahl im Durchschnitt um 1,5 Prozent höher als am Zensusstichtag. Den stärksten Bevölkerungsgewinn gab es im Landkreis Mainz-Bingen und im Rhein-Pfalz-Kreis (+5,4 bzw. +5,3 Prozent), die höchsten Rückgänge waren in den Landkreisen Südwestpfalz und Kusel (–3,7 bzw. –3,5 Prozent) zu verzeichnen.

Mehr als 300 000 Personen haben Schwerbehindertenausweis

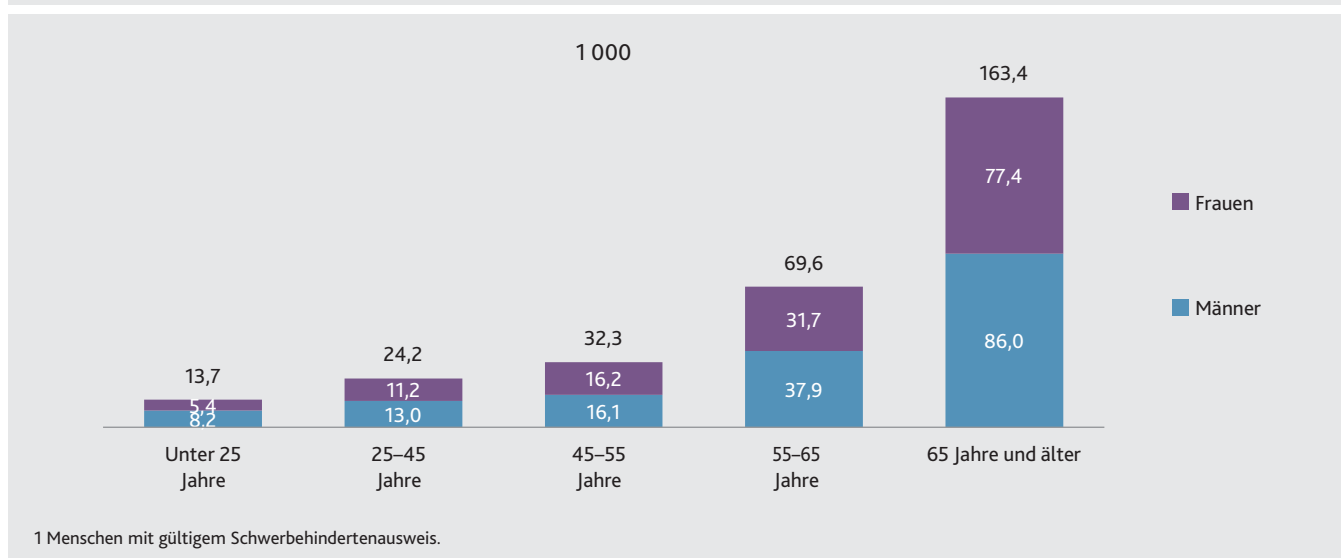
Ende 2019 lebten in Rheinland-Pfalz 303 200 Frauen und Männer mit einem gültigen Schwerbehindertenausweis. Dies entspricht einem Anteil von 7,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Die Zahl der so erfassten Personen ist gegenüber der vorherigen Erhebung im Jahr 2017 um rund 13 600 bzw. 4,3 Prozent gesunken. Männer sind mit einem Anteil von 53 Prozent etwas häufiger vertreten als Frauen.

Nach dem Sozialgesetzbuch gelten Menschen mit einem Grad der Behinderung von 50 oder mehr als schwerbehindert. Bei etwa einem Drittel der erfassten schwerbehinderten Personen stellte das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung einen Grad der Behinderung von genau 50 fest; fast ein Viertel wies den höchsten Behinderungsgrad von 100 auf.

Von Schwerbehinderung sind überwiegend Ältere betroffen; mehr als



Schwerbehinderte Menschen¹ am 31. Dezember 2019 nach Alter und Geschlecht



die Hälfte (54 Prozent) der Menschen mit Schwerbehindertenausweis war 65 Jahre oder älter; weniger als fünf Prozent hatte das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet. Insbesondere unter den jüngeren Betroffenen überwiegt der Anteil der Männer mit rund 60 Prozent deutlich.

In über 88 Prozent aller Fälle wurde die Behinderung durch eine Krankheit verursacht, zwei Prozent der Behinderungen waren angeboren. Die restlichen zehn Prozent der Fälle entfielen u. a. auf Arbeitsunfälle, Verkehrsunfälle, anerkannte Kriegs- und Wehrdienstbeschädigungen oder sonstige Ursachen.

Mit einem Anteil von fast 27 Prozent waren Beeinträchtigungen der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen die häufigste Behinderungsart. Auf Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie Deformierungen des

Brustkorbes entfielen 20 Prozent. In 18 Prozent der Fälle lagen eine Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen oder Suchtkrankheiten vor. Von Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen waren elf Prozent, von Blindheit und Sehbehinderung rund fünf Prozent betroffen.

Fallzahlen bei Asylbewerberleistungen gehen im vierten Jahr in Folge zurück

In Rheinland-Pfalz erhielten zum Ende des Jahres 2019 rund 15 800 Personen Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dies waren 700 Fälle bzw. 4,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Nach einem zwischenzeitlichen Hoch im Jahr 2015 aufgrund des damals starken Zuzugs Asylsuchender sind die Fallzahlen damit bereits das vierte Jahr in Folge rückläufig. Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen rechne-

risch vier Leistungsbezieherinnen und -bezieher.

Mit einem Anteil von 63 Prozent sind Männer wesentlich häufiger vertreten als Frauen. Die Altersstruktur fällt jünger aus als in der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung: Ende 2019 lag das Durchschnittsalter der Asylbewerberinnen und -bewerber bei 25 Jahren (Rheinland-Pfalz: 46 Jahre). Etwa 30 Prozent der Personen war zum Stichtag noch minderjährig; fast zwei Drittel hatten das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet.

Mehr als 12 200 Asylbewerberinnen und -bewerber (77 Prozent aller Leistungsbezieherinnen und -bezieher) waren in kommunalen Unterkünften untergebracht. Im Vergleich zum Dezember 2018 waren dies rund 1 300 Personen bzw. zehn Prozent weniger. Die restlichen 3 600 Personen lebten in einer der Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende des



Landes; gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 620 Fälle bzw. 21 Prozent.

Mehr als die Hälfte der Menschen (56 Prozent) kommt aus Ländern Asiens, etwa jede bzw. jeder Vierte stammt aus Afrika. Afghanistan ist mit etwa 2 400 Personen bzw. einem Anteil von 15 Prozent das häufigste Herkunftsland; es folgen Pakistan und Syrien mit jeweils rund 1 200 Schutzsuchenden bzw. einem Anteil von je knapp acht Prozent sowie der Iran und Somalia mit rund 1 000 Personen bzw. je sechs Prozent Anteil. Darüber hinaus stammen 2 700 Personen bzw. 17 Prozent aus europäischen Staaten, davon alleine mehr als 700 Menschen (4,5 Prozent) aus der Türkei sowie rund 600 Personen (vier Prozent) aus der Russischen Föderation.

Sechs von zehn Leistungsempfängerinnen und -empfängern (9 300 Personen) bezogen Grundleistungen

nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die – in Form von Sachleistungen, Wertgutscheinen und Geldleistungen – dazu bestimmt sind, den täglichen Lebensunterhalt zu decken. Im Vergleich zum Jahr 2018 ist in dieser Gruppe ein Anstieg der Fallzahlen um 650 Personen bzw. knapp acht Prozent zu verzeichnen.

Darüber hinaus erhielten 6 500 Menschen – und damit 1 350 Personen bzw. 17 Prozent weniger als im Vorjahr – erhöhte Zuwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese werden üblicherweise als Geldleistungen und in der Regel nach 15-monatiger Aufenthaltsdauer in Deutschland gezahlt.

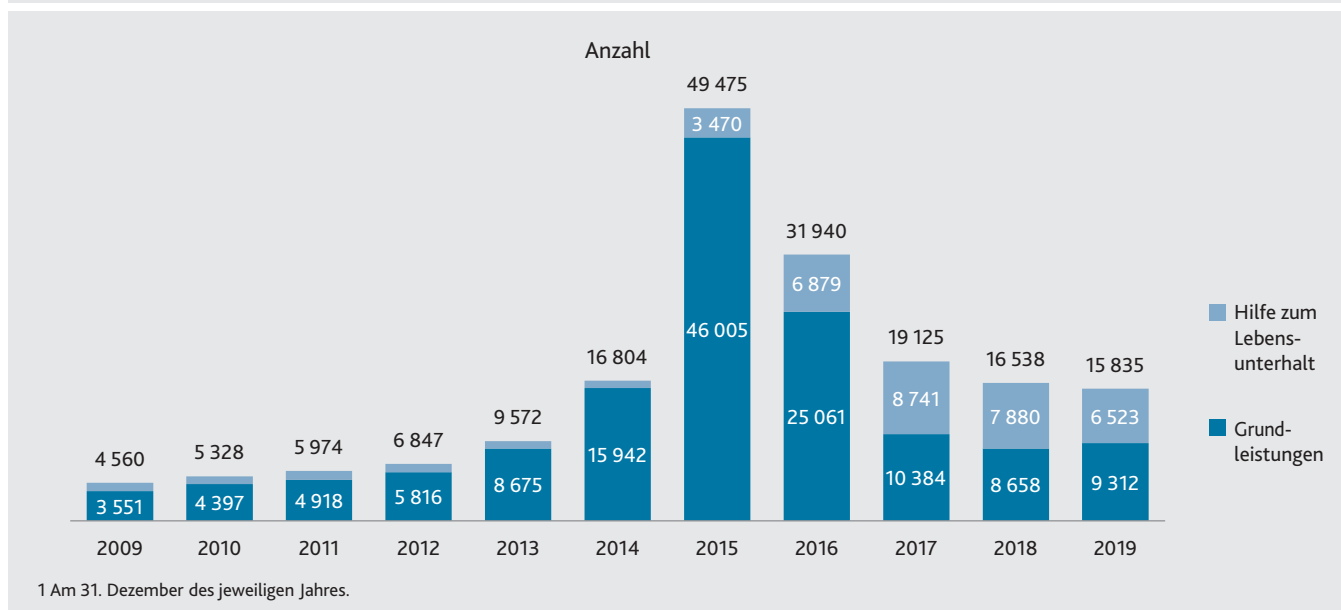
Tiefstand der Auszubildendenzahl

Im Jahr 2019 befanden sich knapp 64 900 junge Menschen in einer

Ausbildung, darunter 19 900 im Handwerk und 35 700 im Bereich „Industrie und Handel“. Nach einer vorläufigen Auswertung lag die Zahl der Auszubildenden leicht unter der des Vorjahres und erreichte damit einen neuen Tiefstand. Besonders deutlich fiel der Rückgang im Handwerk aus: Zwischen 1999 und 2019 sank die Zahl der Auszubildenden um rund 11 300 bzw. 36 Prozent.

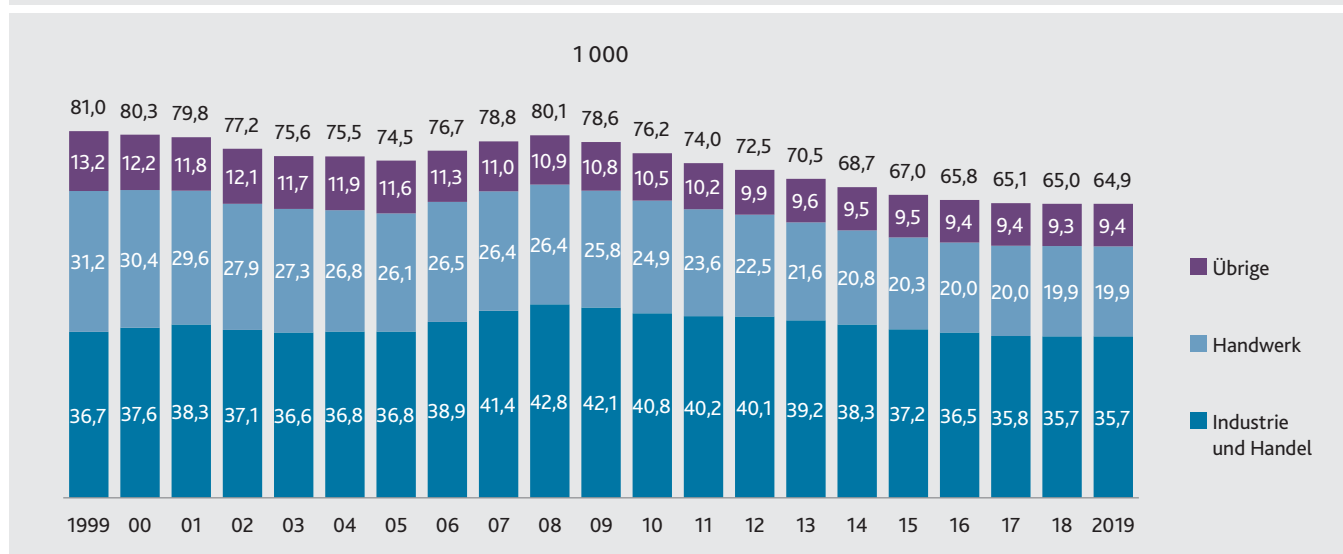
Der Rückgang im Handwerk begründet sich nicht allein durch demografische Effekte, sondern ist auch auf konkurrierende Ausbildungs- und Studienangebote und bestehende Geschlechterpräferenzen bei der Berufswahl zurückzuführen. Dass nicht nur Effekte der demografischen Bevölkerungsentwicklung ursächlich sind, zeigt sich daran, dass der Anteil der Auszubildenden in handwerklichen Berufen in der 16- bis 24-jährigen Bevölkerung zwischen 1999 und

Empfänger/-innen von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2009–2019¹





Auszubildende 1999–2019 nach Ausbildungsbereich



2019 von acht auf fünf Prozent sank (–3 Prozentpunkte). Demgegenüber wies der Ausbildungsbereich „Industrie und Handel“ nur vergleichsweise geringe Veränderungen auf (–0,5 Prozentpunkte).

Die Zahl der neuabgeschlossenen Ausbildungsverträge lag 2019 über alle Ausbildungsbereiche hinweg bei rund 25 200. Das waren etwa 0,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Gegenüber 2009 sank die Zahl der Neuabschlüsse um zwölf Prozent. Die meisten Neuabschlüsse verzeichneten die Industrie- und Handelskammern (14 300), die Handwerkskammern (7 500) und die Kammern der freien Berufe (2 000).

Bei der Wahl des Ausbildungsbereichs gibt es nach wie vor geschlechtsspezifische Unterschiede. Während 37 Prozent der Männer eine handwerkliche Berufsausbildung wählten, waren es bei den Frauen nur 17 Prozent. Acht von zehn Ausbildungs-

plätzen im Handwerk wurden von Männern belegt. Dafür absolvierten Frauen (20 Prozent aller weiblichen Auszubildenden) häufiger eine Ausbildung in den freien Berufen als Männer (ein Prozent). Zu den freien Berufen zählen beispielsweise Ausbildungen, die ihre Prüfung an der Ärztekammer absolvieren. Darunter fällt u. a. der in der Corona-Krise als bedeutsam eingestufte Beruf der bzw. des medizinischen Fachangestellten (Arzthilfe). In diesem Ausbildungsberuf lag der Frauenanteil bei 97 Prozent.

Mehr Förderungen in den Aufstiegsfortbildungen

In Rheinland-Pfalz erhielten 2019 rund 8 700 Fortzubildende eine Förderung im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG), auch Aufstiegs-BAföG genannt. Das waren rund 400 Personen bzw. 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

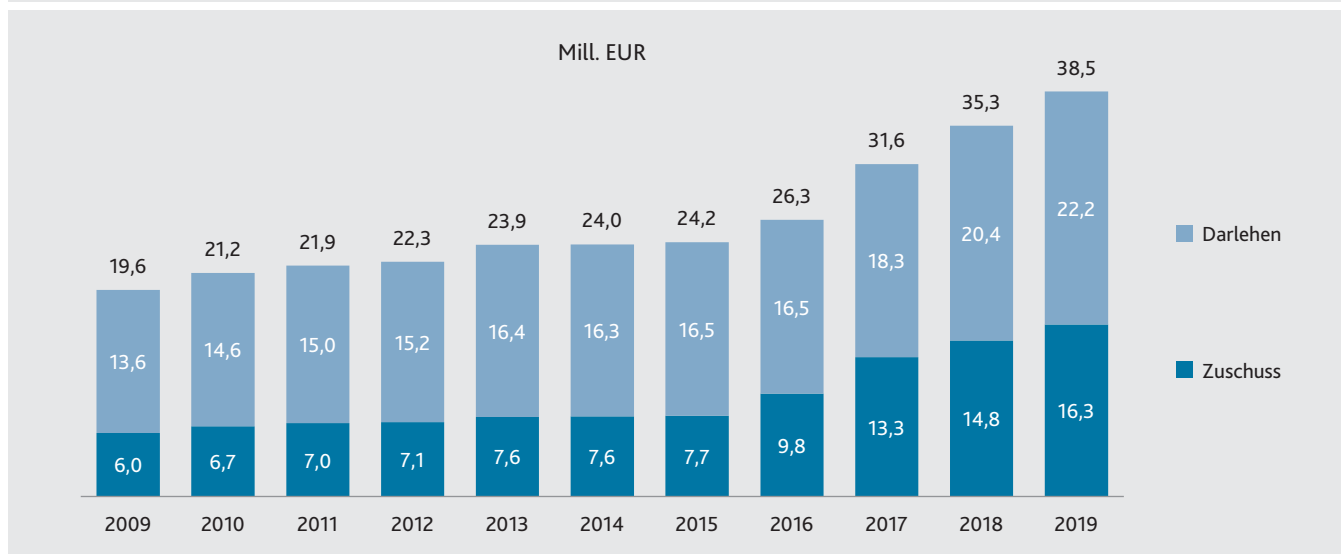
Seit der Erhöhung der Förderbeträge und Zuschüsse im Rahmen des 3. Gesetzes zur Änderung des AFBG im Jahr 2016 stieg die Zahl der nach AFBG geförderten Fortzubildenden um 22 Prozent, die der Geförderten in Vollzeitmaßnahmen sogar um 47 Prozent. Durchschnittlich erhielten die Geförderten mit etwa 4 500 Euro knapp 21 Prozent mehr als 2016.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr rund 39 Millionen Euro zur Förderung von Fortbildungsaktivitäten im Rahmen des Aufstiegs-BAföG bewilligt, davon 16 Millionen als Zuschüsse. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die bewilligten Fördermittel um 3,2 Millionen Euro (+9 Prozent), verglichen mit 2016 sogar um zwölf Millionen Euro (+46 Prozent).

Die meisten Geförderten waren männlich (60 Prozent), mit deutscher Staatsangehörigkeit (97 Prozent), unter 25 Jahre alt (47 Prozent) und in einer Fortbildungsmaßnahme in



Umfang der bewilligten Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2009–2019 nach Förderungsart



einem Umfang von mehr als 21 Monaten (68 Prozent). Am häufigsten wurden angehende staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher gefördert (2 200). Die Förderfähigkeit dieser Ausbildung ist darauf zurückzuführen, dass die landesrechtliche Zugangsregelung der Erzieherausbildung einen ersten Ausbildungsabschluss oder berufsbezogene Erfahrungen voraussetzt.

Die von Bund und Ländern finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderung ist ein Förderangebot für Bürgerinnen und Bürger, die eine auf einen ersten beruflichen Abschluss aufbauende Fortbildung absolvieren. Seit Mitte 2016 können zudem auch an einer beruflichen Fortbildungsmaßnahme interessierte Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiengangs Fördermittel im Rahmen des AFBG beantragen. Ziel ist es, den Ausbau der beruflichen Qualifizierung zu unterstützen und die Fort-

bildungsmotivation des Fachkräftenachwuchses zu stärken. Mit dem 4. Gesetz zur Änderung des AFBG wird ab August 2020 u. a. die Förderung für Alleinerziehende sowie Fachschülerinnen und -schüler gestärkt.

Unabhängig vom Einkommen werden die Gebühren für den Lehrgang und die Prüfung mit bis zu 15 000 Euro sowie für das Meisterprüfungsprojekt mit bis zu 2 000 Euro gefördert. Die Förderung setzt sich aus Darlehen und staatlich finanziertem Zuschuss zusammen. Abhängig vom Einkommen kann zudem der Lebensunterhalt mit Aufschlägen für Verheiratete und Kinder sowie für die Kinderbetreuung von Alleinerziehenden bezuschusst werden.

Öffentlicher Bereich ist Arbeitgeber für über 229 000 Menschen

Im Jahr 2019 ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Bereich in Rheinland-Pfalz auf rund 229 100

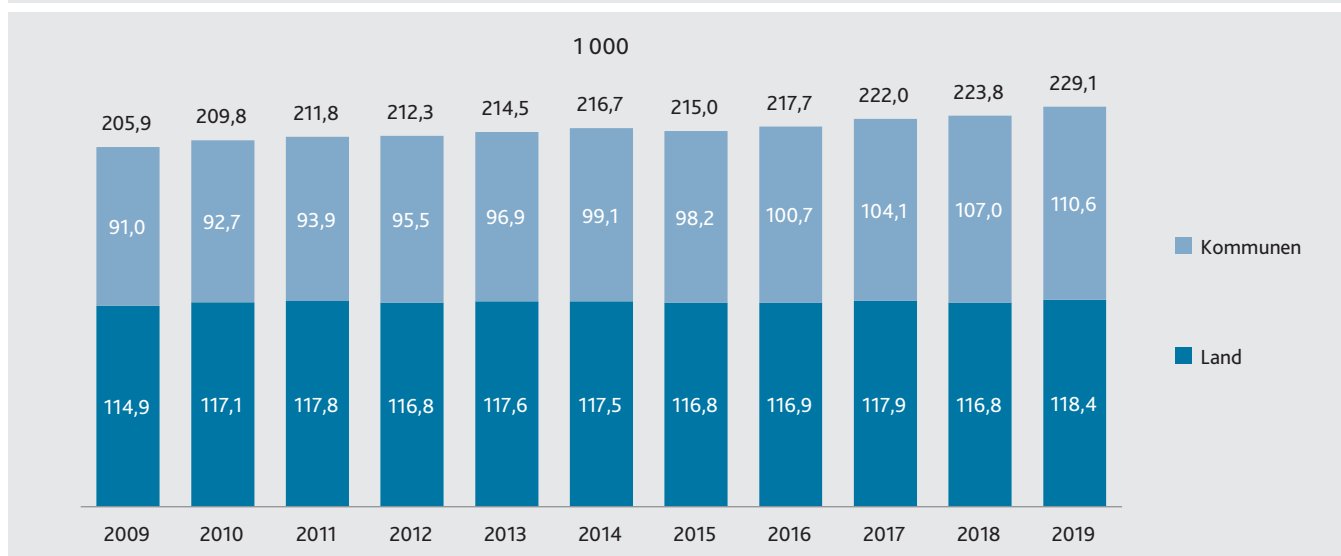
Menschen angestiegen. Im Vorjahresvergleich betrug der Zuwachs 2,4 Prozent. Von den Beschäftigten entfielen 110 600 auf die Kommunen und 118 400 auf das Land. Während die Zahl beim Land um 1,4 Prozent anstieg, wuchs sie bei den Kommunen um 3,4 Prozent.

Bei den Kommunen entfiel rund ein Viertel des Personalzuwachses 2019 auf den Bereich der Kindertagesstätten (+910 Beschäftigte). Damit arbeiteten rund 18 900 kommunale Beschäftigte in Kindertagesstätten; dies sind 17 Prozent aller Kommunalbeschäftigten.

Während rund 64 Prozent der Beschäftigten einer Vollzeitbeschäftigung nachgingen (146 200 Vollzeitbeschäftigte; –0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr), arbeiteten über 27 Prozent in Teilzeit mit einem Beschäftigungsumfang von mindestens 50 Prozent (62 300 Teilzeitbeschäftigte).



Beschäftigte des öffentlichen Bereichs 2009–2019



tigte; +0,4 Prozent). Weitere 7,3 Prozent hatten einen Teilzeitvertrag, der weniger als 50 Prozent der regulären Arbeitszeit entsprach (16 600 Teilzeitbeschäftigte; +0,3 Prozent). Zudem befanden sich 1,7 Prozent der Beschäftigten in einem Altersteilzeitmodell (3 900 Beschäftigte; -0,2 Prozentpunkte).

Bei der Altersteilzeit gibt es Unterschiede zwischen Land und Kommunen. So waren 2,8 Prozent der Beschäftigten des Landesdienstes in Altersteilzeit, bei den Kommunen waren es hingegen nur 0,5 Prozent. Wie in den Vorjahren nahm die Bedeutung der Altersteilzeit weiter ab. Im Jahr 2019 sank die Anzahl der Beschäftigten in Altersteilzeit bei den Landesbeschäftigten auf rund 3 350 (-0,4 Prozent), im Kommunalbereich blieb sie unverändert bei rund 550.

Die Beschäftigten von Land und Kommunen hatten in knapp 87 Prozent

der Fälle einem dauerhaften Arbeitsvertrag. Die Zahl blieb im Vorjahresvergleich mit rund 198 300 nahezu unverändert. Rund 8,4 Prozent der Beschäftigten hatten hingegen ein befristetes Arbeitsverhältnis (19 200 Beschäftigte; -0,2 Prozent), weitere fünf Prozent befanden sich in einer Ausbildung (11 500 Beschäftigte; +0,2 Prozent). Sowohl im Land als auch bei den Kommunen machten Zeitverträge 8,4 Prozent aus. Rund 86 Prozent der Landesbeschäftigten und knapp 87 Prozent der Kommunalbeschäftigten hatten einen dauerhaften Arbeitsvertrag. Der Anteil der Auszubildenden lag beim Land bei 5,9 Prozent und bei den Kommunen bei 4,1 Prozent.

Im Jahr 2019 betrug das steuerpflichtige Bruttomonatseinkommen im Durchschnitt 3 345 Euro. Damit stieg es im Vorjahresvergleich um 2,4 Prozent. Spitzenverdiener sind im öffentlichen Bereich relativ selten:

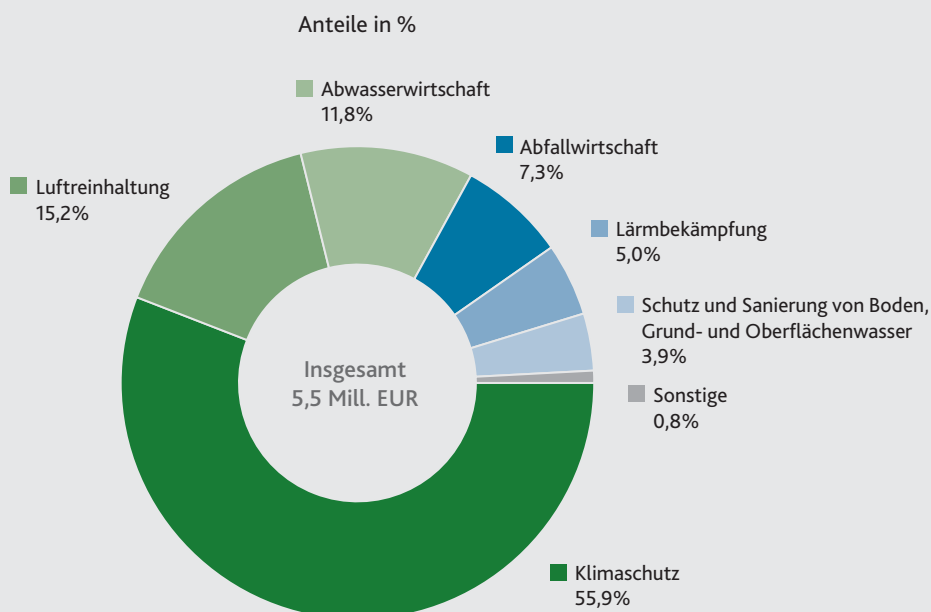
Lediglich 1,9 Prozent der Beschäftigten verdienten monatlich mehr als 7 000 Euro.

Im öffentlichen Bereich waren mehr Frauen beschäftigt als im Vorjahr. Ihr Anteil an den Beschäftigten des Landes und der Kommunen wuchs leicht um 0,5 Prozentpunkte auf knapp 59 Prozent. Bei genauerer Betrachtung offenbaren sich jedoch deutliche Unterschiede hinsichtlich des Beschäftigungsumfangs: Die Frauenquote lag bei den Vollzeitbeschäftigten nur bei 43 Prozent (+0,4 Prozentpunkte), von den Teilzeitbeschäftigten waren 86 Prozent Frauen (+0,2 Prozentpunkte).

Dem öffentlichen Dienst im engeren Sinne (Behörden) gehören 199 800 Beschäftigte an (+1,9 Prozent). Während die Zahl im Landesdienst auf 117 300 stieg (+1,4 Prozent), war bei den Kommunen ein Zuwachs auf



Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2018 nach Umweltbereichen



82 500 Beschäftigte (+2,8 Prozent) zu beobachten.

Umweltbranche erzielt 5,5 Milliarden Euro Umsatz

Die rheinland-pfälzische Umweltbranche erzielte 2018 rund 5,5 Milliarden Euro Jahresumsatz, was einem Minus von 2,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Klimaschutzmaßnahmen brachten 55 Prozent des gesamten Umsatzes ein. Von den insgesamt 3,1 Milliarden Euro Umsatz mit Waren und Dienstleistungen für den Klimaschutz entfielen allein 2,4 Milliarden auf Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz (z. B. durch Gebäudedämmung). Hinzu kamen insbesondere Waren und Dienstleistungen im Bereich der Nutzung von Wind- und Solarenergie.

Auf Maßnahmen für die Luftreinhaltung entfielen 842 Millionen Euro bzw. 15 Prozent des Gesamtumsatzes in der Umweltbranche, wobei es sich hauptsächlich um Filter- und Katalysatorsysteme für Abgase handelt. Weitere Angebote, mit denen die Umweltbranche nennenswerte Umsätze erzielt, gehören zu den Bereichen Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Lärmbekämpfung (z. B. Maßnahmen zur Verminderung der Abwassermenge, Verwertung von Abfällen oder Geräte zur Schalldämmung).

Es ist zu beachten, dass umweltschutzbezogene wirtschaftliche Aktivitäten üblicherweise sektorübergreifend stattfinden und sich nicht genau abgrenzen lassen. Bei der Umweltbranche handelt es sich um einen sogenannten Querschnittssektor,

der in der üblichen Unterteilung der Wirtschaftszweige nicht enthalten ist. Der sektorübergreifend erwirtschaftete Umsatz entsprach 2018 allerdings mit rund 5,5 Milliarden Euro in der Größenordnung etwa dem Umsatz eines mittelgroßen Wirtschaftszweiges der Industrie in Rheinland-Pfalz, wie z. B. der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (Jahresumsatz 2018: 5,8 Milliarden Euro). Die Arbeitsleistung der in der Umweltbranche tätigen Personen entsprach 2018 rund 18 900 Vollzeitäquivalenten.

Auch im April 2020 historisch wenige Verkehrsunfälle

Die seit März zu beobachtende rückläufige Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle in Rheinland-Pfalz hat sich im April fortgesetzt. Die Polizei



nahm im April 8 283 Straßenverkehrsunfälle auf, fast 27 Prozent weniger als im April-Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2019. Die Anzahl der Verunglückten sank auf 1 203 und lag damit um 23 Prozent unter dem Durchschnitt.

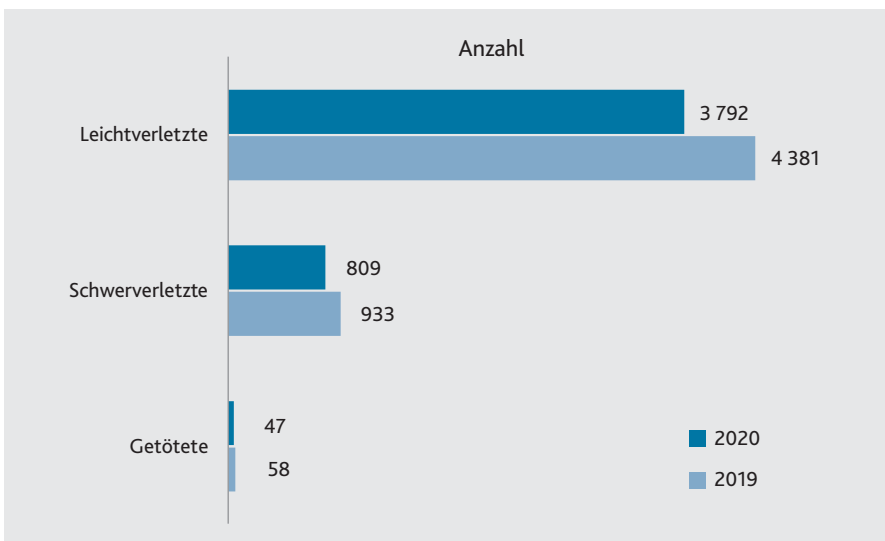
Die geringen Unfallzahlen dürften im Zusammenhang mit den Einschränkungen aufgrund der Corona-Krise stehen. Es ist davon auszugehen, dass sich infolge der Beschränkungen zum Schutz der Bevölkerung vor einer Infizierung mit dem Corona-Virus die Zahl der Verkehrsbewegungen auf den Straßen deutlich reduziert hat.

Im gesamten Zeitraum von Januar bis April meldete die Polizei 39 016 Verkehrsunfälle, 14 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei verloren insgesamt 47 Menschen ihr Leben – elf weniger als in den ersten vier Monaten 2019. Die Zahl der Schwerverletzten sank gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 13 Prozent auf 809, die Zahl der Leichtverletzten um ebenfalls 13 Prozent auf 3 792.

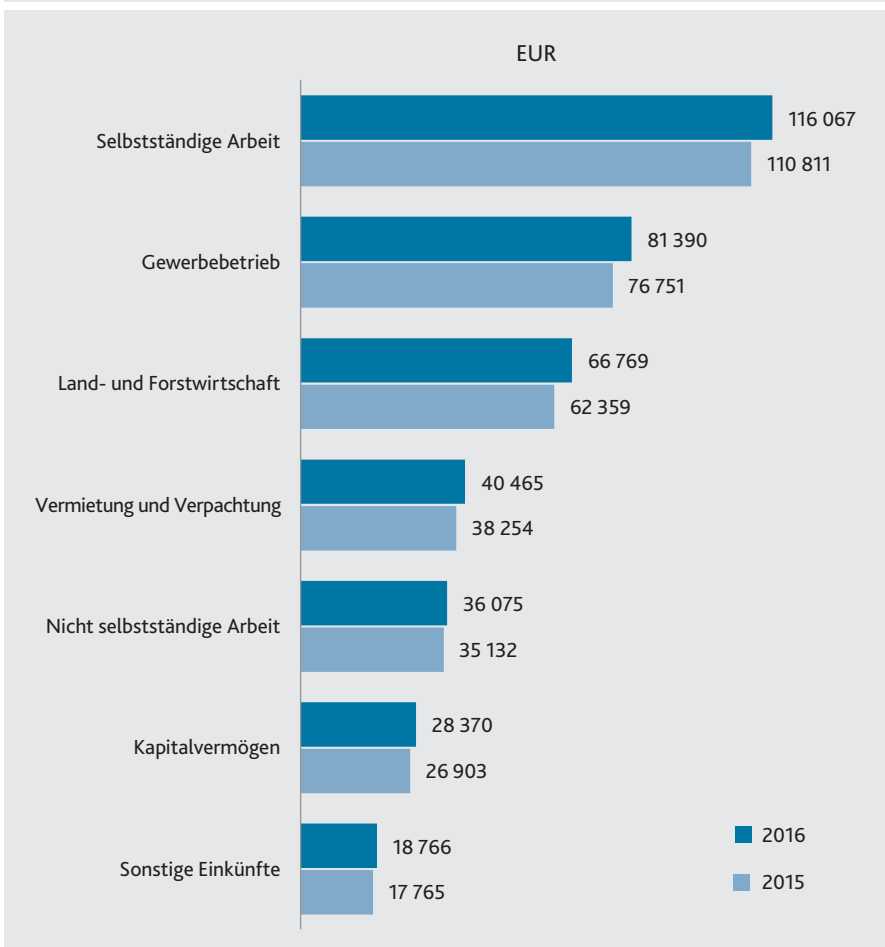
Zwei von drei Einkommensteuerpflichtigen mit Einkünften unter dem Landesdurchschnitt

Die rund zwei Millionen Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz erzielten im Jahr 2016 im Durchschnitt einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 38 400 Euro. Das entspricht einem Plus von 2,9 Prozent bzw. 1 065 Euro gegenüber dem Jahr 2015. Die festgesetzte Einkommensteuer betrug

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis April 2019 und 2020



Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen 2015 und 2016 nach überwiegender Einkunftsart





im Durchschnitt 6 543 Euro je Steuerpflichtigem und legte damit um 2,6 Prozent zu.

Der Gesamtbetrag der Einkünfte weist eine Ungleichverteilung auf. Knapp 65 Prozent der Steuerpflichtigen lagen unter dem Durchschnitt von 38 400 Euro. Die auf diese Steuerpflichtigen entfallende Steuer machte aber in der Summe weniger als 14 Prozent der festgesetzten Einkommensteuer aller Steuerpflichtigen aus. Demgegenüber trugen die 818 Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro und mehr – die sogenannten Einkommensmillionäre – 6,1 Prozent zur festgesetzten Steuer bei, obwohl sie

nur knapp 0,04 Prozent aller Steuerpflichtigen repräsentieren.

Der Großteil der Steuerpflichtigen, nämlich knapp 85 Prozent, hatte überwiegende Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit. Der Gesamtbetrag der Einkünfte lag für diese Steuerpflichtigen bei durchschnittlich rund 36 000 Euro je Steuerpflichtigem. Steuerpflichtige mit anderen überwiegenden Einkunftsarten verdienten zum Teil deutlich mehr. An der Spitze standen die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus selbstständiger Arbeit mit einem durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte von mehr als 116 000 Euro je Steuerpflichtigem.

Die im Durchschnitt höchsten Gesamtbeträge der Einkünfte je Steuerpflichtigem wurden in den im Südosten des Landes gelegenen Gebietskörperschaften erreicht. Spitzenreiter war nach wie vor der Landkreis Mainz-Bingen mit knapp 47 600 Euro, gefolgt von dem Landkreis Bad Dürkheim mit knapp 45 000 Euro und der kreisfreien Stadt Speyer mit 43 000 Euro. Die Schlusslichter waren die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 30 000 Euro sowie die kreisfreie Stadt Trier und der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit jeweils weniger als 33 000 Euro. Der Durchschnittswert des Gesamtbetrags der Einkünfte lag in den Landkreisen um 4,3 Prozent höher als in den kreisfreien Städten.

Aus der amtlichen Statistik**Informationen rund um die Corona-Krise – Hinweis zu Pressemitteilungen**

Das Statistische Landesamt veröffentlicht jährlich mehr als 200 Pressemitteilungen, die ein umfassendes Bild der Strukturen und Entwicklungen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft liefern. Die Veröffentlichung der Zahlen erfolgt mit einigem zeitlichen Abstand zum Berichtszeitraum; denn das Einsammeln der Daten und ihre sorgfältige Aufbereitung nach wissenschaftlichen Grundsätzen kosten Zeit. Deshalb wird im Moment auch noch über Strukturen und Entwicklungen berichtet, die vor dem Beginn der Corona-Pandemie liegen. Das scheint in einer Situation, in der sich nahezu alle Lebensbereiche tiefgreifend verändern, befremdlich. Diese Zahlen haben jedoch eine wichtige Funktion; sie bilden die Grundlage für die Bewertung der Auswirkungen von Corona in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Deshalb veröffentlicht das Statistische Landesamt auch Pressemitteilungen mit Vor-Krisen-Ergebnissen. Aber wir arbeiten mit Hochdruck daran, um zum Beispiel die aktuellen Monaterhebungen in den Unternehmen aufzubereiten, die uns zeigen werden, welchen Schaden die Corona-Pandemie in der Wirtschaft angerichtet hat.

In vielen Monats- und Konjunkturstatistiken liegen bereits Daten für das erste Quartal bzw. für die Monate April und Mai vor. Sie finden die Ergebnisse fortlaufend in unseren Pressemeldungen und jeweils als Zusammenfassung für den vorherigen Monat in unserem Statistischen Monatsheft.

Häufig nachgefragte Basisdaten

Seit Ausbruch der Corona-Krise werden Daten zu bestimmten Themengebieten besonders häufig nachgefragt. Dazu gehören die Bereiche „Bevölkerung“, „Gesundheit“, „Soziales, Pflege, Kinderbetreuung“, „Arbeitsmarkt“ sowie „Unternehmen“. Eine Übersicht über diese Bereiche finden Sie unter www.statistik.rlp.de/de/corona/basisdaten/

Aktuelles zur Entwicklung des Corona-Virus

Unter www.statistik.rlp.de/de/corona/aktuelle-entwicklung stellen wir Grafiken und Karten zu ausgewählten

Aspekten der Verbreitung des Corona-Virus in Rheinland-Pfalz dar.

Die ausgewiesenen COVID-19-Fälle beruhen auf Daten, die gemäß Infektionsschutzgesetz an die Gesundheitsämter und von diesen täglich um 0:00 Uhr an das Robert Koch-Institut weitergeleitet werden. Berichtet wird das Meldedatum der COVID-19-Fälle, d. h. das Datum, an dem die Gesundheitsämter erstmals Kenntnis über den Fall erlangten.

Zwischen den Meldungen der Ärztinnen und Ärzte sowie der Labore an die Gesundheitsämter, der Weiterleitung an die zuständigen Landesbehörden und das Robert Koch-Institut können mehrere Tage vergehen (Meldeverzug). Tagesaktuelle Angaben können daher auf einer unvollständigen Datenbasis beruhen. Die mit Verzug gemeldeten Fälle werden nach Bekanntwerden zum ursprünglichen Meldedatum nachgetragen.

Der genaue Infektionszeitpunkt der gemeldeten Fälle ist nicht direkt zu bestimmen. Das Meldedatum stellt die bestmögliche Annäherung an die Feststellung der Infektion (Diagnosedatum) und damit das aktuelle Infektionsgeschehen dar. Aufgrund des Meldeverzugs sollten aus den Daten allein keine kurzfristigen Trends abgeleitet werden.

Weiterführende Analysen im Zusammenhang mit COVID-19 stellt das Robert Koch-Institut u. a. auf Basis täglicher Lageberichte bereit.

Informationen zur Corona-Krise

Alle Beiträge zur aktuellen Situation finden Sie hier:





Konjunktur in Rheinland-Pfalz im ersten Quartal 2020

Rezession verstärkt sich im ersten Quartal

Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich die bereits länger andauernde Rezession in Rheinland-Pfalz vertieft. Das preis-, kalender- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt ging im ersten Quartal 2020 nach vorläufigen, indikatorgestützten Berechnungen des Statistischen Landesamtes um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal zurück. Im Vergleich zum ersten Quartal 2019 sank die Wirtschaftsleistung um 2,6 Prozent.

Am schwächsten entwickelte sich das Verarbeitende Gewerbe. Die bereinigte Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich nahm im ersten Quartal um 0,8 Prozent gegenüber dem Schlussquartal 2019 ab. Das Baugewerbe konnte nach einem Rückgang im Vorquartal wieder ein Wachstum verzeichnen; die Wertschöpfung erhöhte sich im ersten Quartal 2020 um 0,4 Prozent. Deutlich verschlechtert hat sich die Lage in den Dienstleistungs-

bereichen. Hier reduzierte sich die Wertschöpfung um 0,6 Prozent.

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes wurden in der wegen Sondereffekten schwankungsanfälligen Konsumgüterindustrie im ersten Quartal deutlich steigende bereinigte Umsätze registriert. In der Investitionsgüterindustrie wuchsen die Erlöse ebenfalls, in der Vorleistungsgüterindustrie – dem größten Teilbereich – waren sie rückläufig.

Die bereinigten Erlöse im Bauhauptgewerbe zogen im ersten Quartal deutlich an. Sowohl der Hochbau als auch der Tiefbau konnte zulegen.

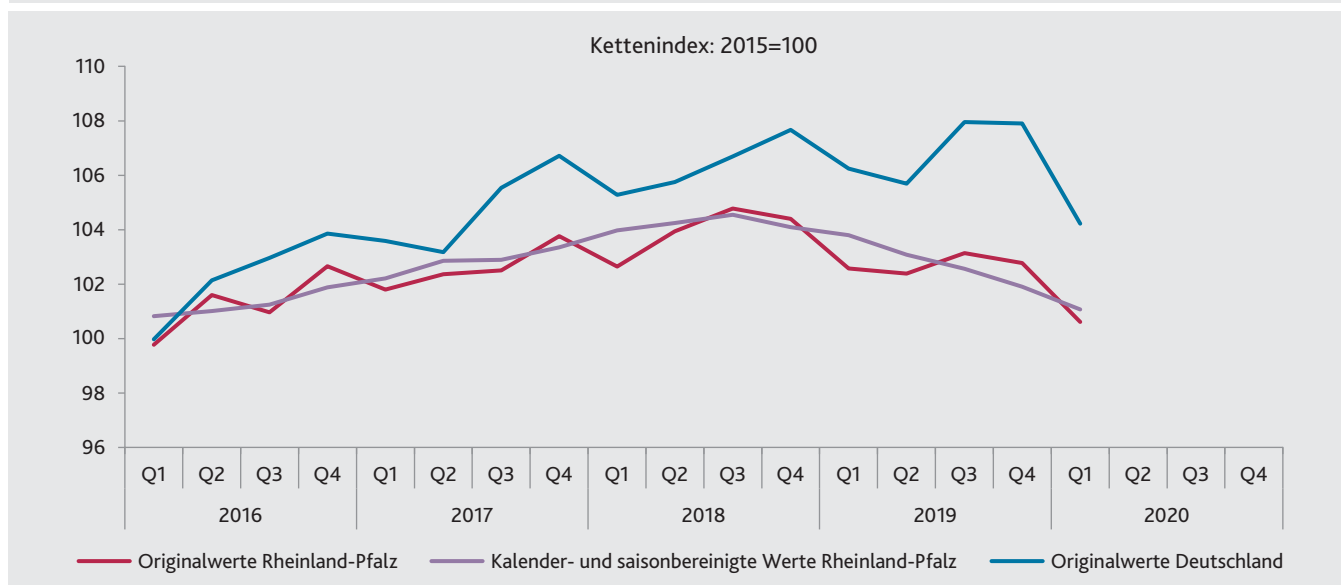
In den Dienstleistungsbereichen verlief die Umsatzentwicklung im Gastgewerbe mit Abstand am schlechtesten. Hier brachen die bereinigten Erlöse um etwa ein Siebtel ein. Einige Dienstleistungsbereiche, beispielsweise die Lagerei, verbuchten hingegen höhere Umsätze.

Konjunkturberichterstattung

Kern der Konjunkturberichterstattung ist die Quartalswachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, die mit einem statistischen Verfahren indikatorgestützt geschätzt und anschließend kalender- und saisonbereinigt wird. Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ berechnet. Die Quartalergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von quartalsweise vorliegenden Indikatoren aus den Unternehmensstatistiken (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen) auf die Quartale verteilt werden.

Eine detaillierte Betrachtung der konjunkturellen Lage und Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Baugewerbe, Handel und ausgewählte sonstige Dienstleistungsbereiche) enthält der Bericht „Konjunktur aktuell“. Der Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und kann unter www.statistik.rlp.de/de/gesamtwirtschaft-umwelt/konjunktur-aktuell/ kostenfrei als PDF heruntergeladen werden.

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2016–2020 nach Quartalen



Daten zur Konjunktur

Indikator	Q3 2019	Q4 2019	Q1 2020	Q3 2019	Q4 2019	Q1 2020
	Veränderung zum Vorquartal in %			Veränderung zum Vorjahresquartal in %		
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	-0,5 ↘	-0,6 ↘	-0,8 ↘	-1,9 ↘	-2,1 ↘	-2,6 ↘
Erwerbstätige	0,0 ➡	0,0 ➡	-0,1 ↘	0,5 ↗	0,3 ↗	-0,1 ↘
Originalwerte						
Arbeitsmarkt ^{1,2}						
Arbeitslose	-0,7 ↘	1,0 ↗	6,5 ↗	1,2 ↗	4,0 ↗	3,6 ↗
Gemeldete Stellen	-1,3 ↘	-11,1 ↘	-3,5 ↘	-4,4 ↘	-11,0 ↘	-12,4 ↘
Verbraucherpreisindex ²						
Insgesamt	0,3	-0,1	-0,1	1,1	1,4	1,4
ohne Nahrungsmittel und Energie ³	0,4	-0,2	-0,1	1,5	1,7	1,5
Betriebe und Unternehmen						
Betriebsgründungen	8,8 ↗	0,4 ↗	4,9 ↗	8,8 ↗	7,8 ↗	-3,9 ↘
Betriebsaufgaben	3,5 ↗	14,4 ↗	18,1 ↗	-7,6 ↘	-5,5 ↘	0,7 ↗
Unternehmensinsolvenzen	5,8 ↗	-13,7 ↘	14,0 ↗	16,7 ↗	-1,9 ↘	-5,8 ↘
Außenhandel ⁴						
Ausfuhr	0,7 ↗	-7,0 ↘	5,5 ↗	-16,3 ↘	-7,3 ↘	-7,0 ↘
Einfuhr	-2,9 ↘	-8,2 ↘	5,6 ↗	-19,9 ↘	-11,4 ↘	-10,3 ↘
Gästeübernachtungen ⁵	20,9 ↗	-32,7 ↘	-45,1 ↘	1,0 ↗	1,3 ↗	-16,7 ↘
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Auftragseingänge (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	-4,4 ↘	1,9 ↗	0,5 ↗	-19,6 ↘	-12,5 ↘	-5,9 ↘
Inland	-2,9 ↘	-2,1 ↘	-3,0 ↘	-10,4 ↘	-10,4 ↘	-11,1 ↘
Ausland	-5,4 ↘	4,6 ↗	2,6 ↗	-24,6 ↘	-13,6 ↘	-2,5 ↘
Chemische Industrie	0,3 ↗	0,9 ↗	0,6 ↗	-1,4 ↘	0,1 ↗	1,1 ↗
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	-9,4 ↘	-3,5 ↘	-2,7 ↘	-30,0 ↘	-27,2 ↘	-21,1 ↘
Maschinenbau	0,5 ↗	-5,2 ↘	0,1 ↗	-5,7 ↘	-10,4 ↘	-3,9 ↘
Bauhauptgewerbe ⁶						
Produktionsindex (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	-7,7 ↘	0,9 ↗	4,5 ↗	-28,1 ↘	-14,8 ↘	-10,4 ↘
Chemische Industrie	-2,2 ↘	-2,3 ↘	5,3 ↗	-3,6 ↘	-6,0 ↘	-0,6 ↘
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	0,0 ➡	-32,4 ↘	33,0 ↗	-1,0 ↘	-36,5 ↘	-15,3 ↘
Maschinenbau	-2,5 ↘	-3,7 ↘	-5,1 ↘	-12,4 ↘	-13,8 ↘	-13,9 ↘
Umsatz (nominal)						
Bauhauptgewerbe	1,0 ↗	1,3 ↗	6,2 ↗	5,7 ↗	0,8 ↗	10,5 ↗
Ausbaugewerbe
Sonstige Dienstleistungsbereiche ⁴	0,1 ↗	0,8 ↗	0,8 ↗	1,2 ↗	1,9 ↗	2,1 ↗
Umsatz (preisbereinigt) ⁴						
Großhandel	0,9 ↗	2,4 ↗	-0,5 ↘	5,8 ↗	7,5 ↗	4,8 ↗
Einzelhandel	0,3 ↗	0,5 ↗	0,2 ↗	2,1 ↗	2,5 ↗	1,8 ↗
Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	0,2 ↗	-1,1 ↘	-2,5 ↘	3,1 ↗	1,1 ↗	-2,8 ↘

1 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 2 Veränderung am Quartalsende. – 3 Die Veränderung dieses Index wird auch als Kerninflation bezeichnet.
– 4 Vorläufige Ergebnisse. – 5 Einschließlich Privatquartiere, ohne Camping. – 6 Nominale Auftragseingänge.

Die Veränderung beträgt 2% und mehr (↗), zwischen 0 und 2% (↗), zwischen -2 und 0% (↘), -2% und mehr (↘) oder 0 (➡).

Stand der Daten: Mai 2020



Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Juni 2020

Der Verbraucherpreisindex lag im Juni 2020 um ein Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Auch im Juni wirkten die Energiepreise dämpfend auf den Verbraucherpreisindex (–4,9 Prozent). Insbesondere Mineralölprodukte wurden deutlich billiger (–17 Prozent). Die Preise für Heizöl (einschließlich Umlage) sanken um 20 Prozent und die Kraftstoffpreise um 15 Prozent.

Die Preise für Nahrungsmittel stiegen um 4,6 Prozent. Die höchsten Preissteigerungen waren bei Obst zu verzeichnen, für das 9,7 Prozent mehr bezahlt werden musste als im Juni 2019. Aber auch Fleisch und Fleischwaren sowie Fisch, Fischwaren und Meeresfrüchte waren spürbar teurer als ein Jahr zuvor (+8,1 bzw. +4,6 Prozent).

Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflation-

rate bezeichnet wird, blieb im Juni 2020 unverändert. Sie lag im Juni wie im Mai bei +1,3 Prozent.

Durch die kräftige Steigerung der Nahrungsmittelpreise wies die Abteilung „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ unter den zwölf Abteilungen die höchste Teuerungsrate auf (+4,4 Prozent). Im Bereich „Verkehr“ waren die Preise hingegen wesentlich niedriger als ein Jahr zuvor (–2,7 Prozent). Dahinter folgte die Abteilung „Bekleidung und Schuhe“, in der die Preise um 1,5 Prozent sanken.

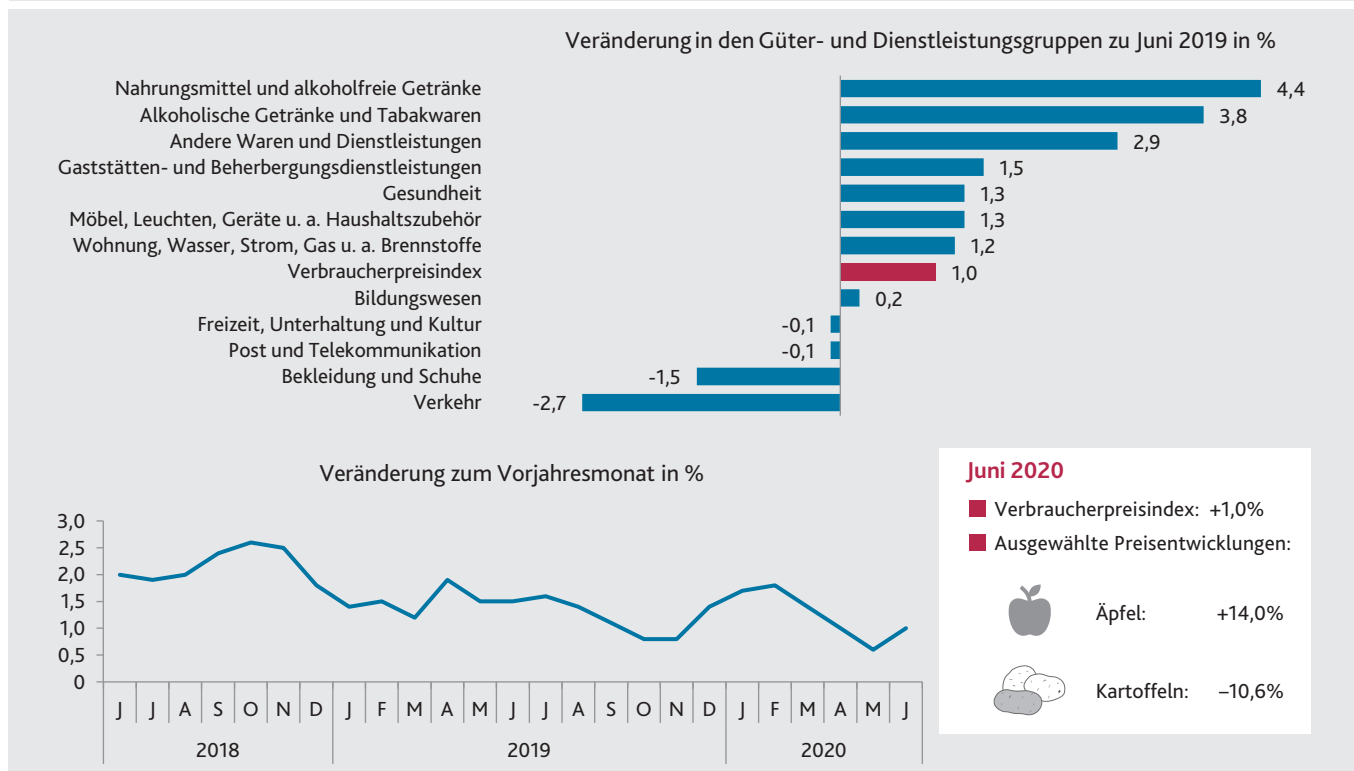
Gegenüber dem Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex im Juni 2020 um 0,6 Prozent. Die größten Preissteigerungen gab es in der Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+3,8 Prozent). Am stärksten verringerten sich die Preise bei Bekleidung und Schuhen mit –2,4 Prozent.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juni 2020



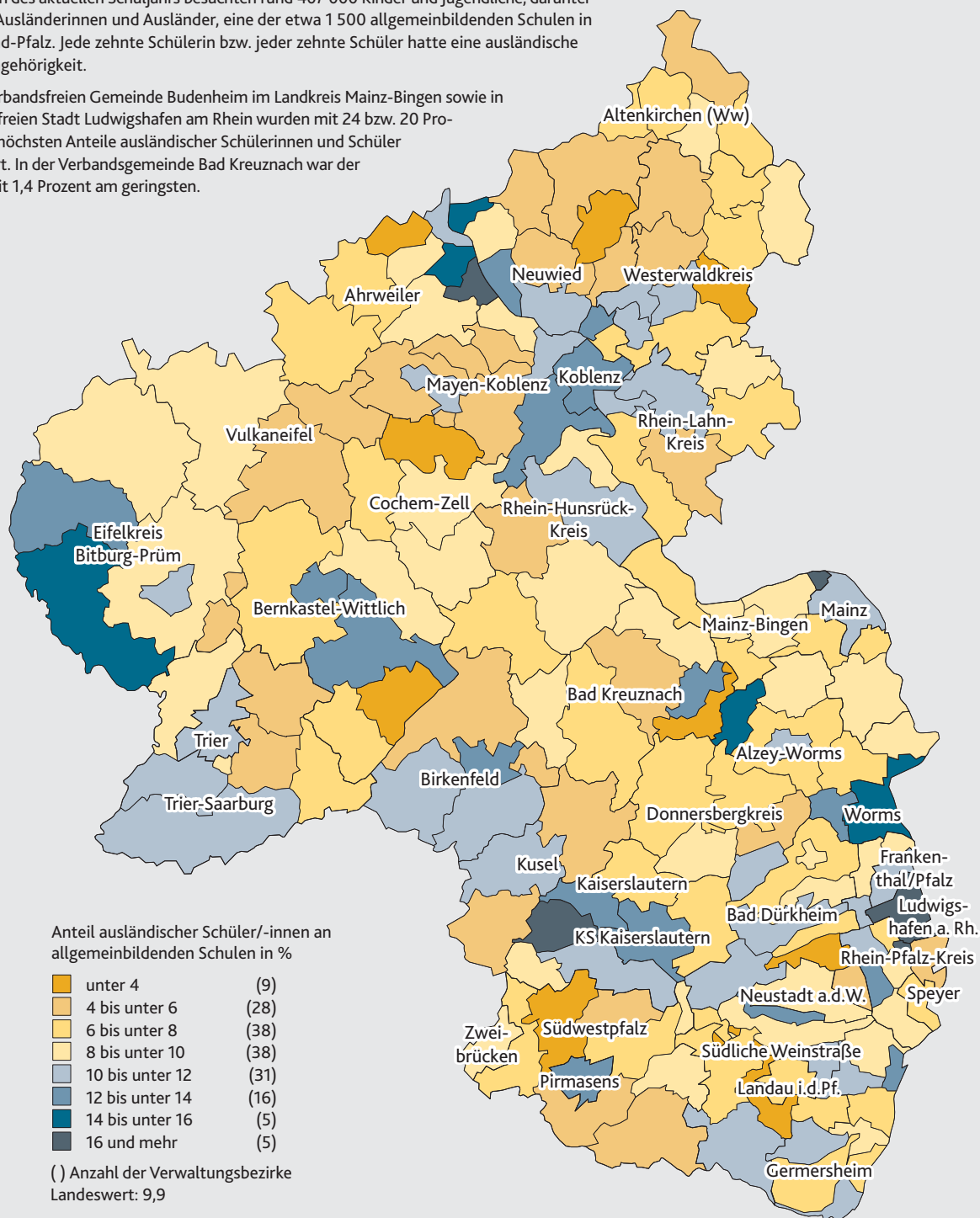


Ausländische Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2019/20

40 200 ausländische Schülerinnen und Schüler

Zu Beginn des aktuellen Schuljahrs besuchten rund 407 000 Kinder und Jugendliche, darunter 40 200 Ausländerinnen und Ausländer, eine der etwa 1 500 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Jede zehnte Schülerin bzw. jeder zehnte Schüler hatte eine ausländische Staatsangehörigkeit.

In der verbandsfreien Gemeinde Budenheim im Landkreis Mainz-Bingen sowie in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen am Rhein wurden mit 24 bzw. 20 Prozent die höchsten Anteile ausländischer Schülerinnen und Schüler registriert. In der Verbandsgemeinde Bad Kreuznach war der Anteil mit 1,4 Prozent am geringsten.





Rheinland-Pfalz regional: Landkreis Mayen-Koblenz

Von Simone Emmerichs und Katharina Schröder

Im Juni 2020 hätte der Rheinland-Pfalz-Tag in Andernach, der bevölkerungsstärksten Stadt im Landkreis Mayen-Koblenz, stattfinden sollen. Wegen der Ausbreitung des Coronavirus musste das diesjährige Landesfest abgesagt werden. Dennoch möchten wir dies zum Anlass nehmen, den Kreis Mayen-Koblenz erneut in der Reihe „Rheinland-Pfalz regional“ vorzustellen.

Die kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz werden als Siedlungsraum und Wirtschaftsstandort von strukturellen Rahmenbedingungen geprägt. In der Aufsatzreihe „Rheinland-Pfalz regional“ werden die zwölf kreisfreien Städte und die 24 Landkreise einer regionalstatistischen Analyse unterzogen. Als Basis dienen standortrelevante Daten und Indikatoren aus den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Tourismus und Arbeitsmarkt.

Kreis mit langer Geschichte

Frühe Besiedlung

Die Geschichte des Landkreises Mayen-Koblenz lässt sich weit zurückverfolgen. Die fruchtbaren Böden des Neuwieder Beckens und des Maifelds ermöglichten bereits um 6000 vor Christus in der Steinzeit die Besiedlung größerer Gebiete. Die Menschen lebten insbesondere in der Jüngeren Steinzeit von 3500 bis 1800 vor Christus vom Ackerbau und wurden sesshaft. Noch heute gibt es deutliche Spuren der frühen Besiedlung: Gräber, die mit flachen Steinen umstellt, abgedeckt und mit Erde überwölbt sind. So zeugen die „Drei-Tonnen-Kuppe“, der „Bruder-Tönnies-Hügel“ oder der „Goloring“ von der Hügelgräberkultur zwischen 1200 und 600 vor Christus.¹

1 Informationen unter: www.kvmyk.de/kv_myk/Landkreis/Geschichte/ (abgerufen am 4. Mai 2020)

Auf die keltischen Treverer, die zunehmend von den Germanen rechts des Rheins bedrängt wurden, folgte um 50 vor Christus die römische Herrschaft, die rund 500 Jahre andauerte. In dieser Zeit erlangten Andernach mit seinem Hafen und Mayen durch die dort ansässigen Töpfereien eine besondere Bedeutung. Andernach war wegen seines Hafens auch in militärischer Hinsicht relevant. Aus der Vielzahl der Territorialherren vom ausgehenden Mittelalter an sind die Kurfürsten von Trier und Köln hervorzuheben. Mayen war Sitz eines kurtrierischen Amtes, Rhens und Andernach gehörten zu Kurköln. Während der französischen Herrschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts lag das heutige Kreisgebiet im Rhein-Mosel-Departement mit den Arrondissements Koblenz und Bonn. Nach dem Wiener Kon-



gress wurde das Gebiet Preußen zugeordnet und innerhalb der Provinz Großherzogtum Niederrhein (ab 1822 Rheinprovinz) entstanden 1816 die preußischen Landkreise Mayen und Koblenz.

**Zusammen-
legung der
Kreise Koblenz
und Mayen**

Im Zuge der Verwaltungsreform 1969/70 gab der Kreis Mayen Gemeinden an die Kreise Ahrweiler und Daun (seit 2007: Vulkaneifel) ab. Der Kreis Koblenz-Land verlor Gemeinden an die kreisfreie Stadt Koblenz und erhielt die nördlichen Gemeinden und die Mosel-Gemeinden des Kreises St. Goar. Am 7. November 1970 entstand aus der Zusammenlegung der beiden Kreise der Landkreis Mayen-Koblenz in seiner jetzigen Ausdehnung.

Überdurchschnittliche Bevölkerungsdichte

**Bevölkerungs-
stärkster
Landkreis**

Mit mehr als 214 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Mayen-Koblenz der bevölkerungsstärkste Landkreis in Rheinland-Pfalz. Dort leben 5,2 Prozent aller Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer. Die Bevöl-

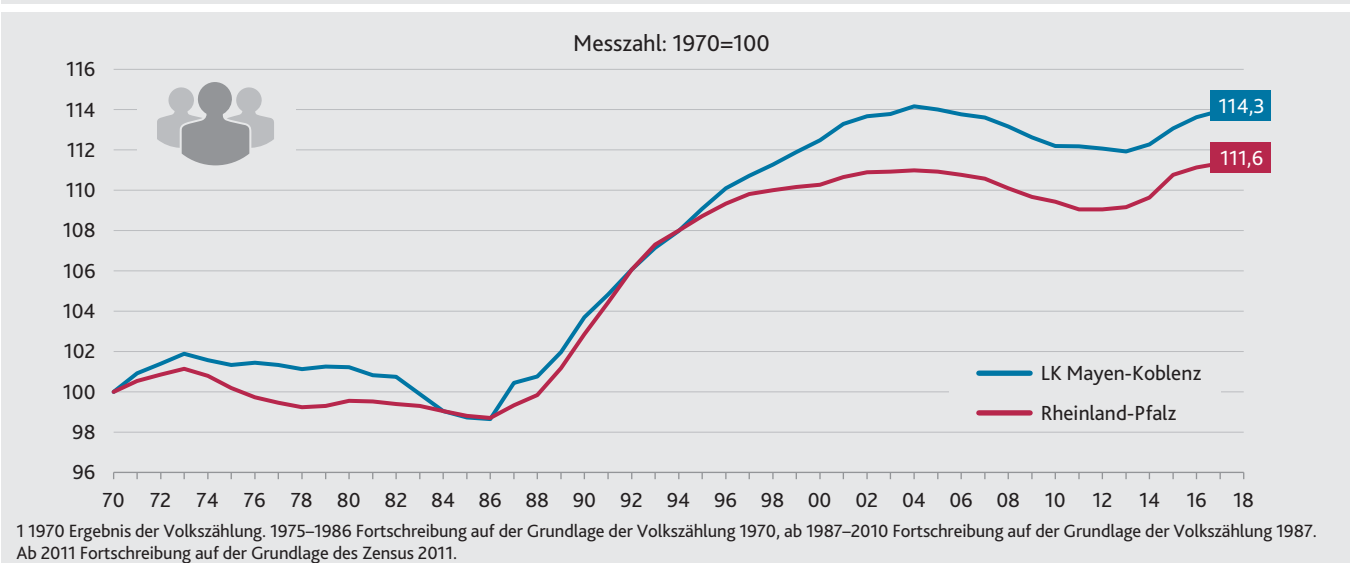
kerungsdichte liegt mit 262 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Quadratkilometer weit über dem Durchschnitt aller Landkreise (161) und auch deutlich über dem rheinland-pfälzischen Mittel (206).

Insgesamt 87 Ortsgemeinden und Städte zählen zum Landkreis Mayen-Koblenz. Andernach ist mit fast 30 000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit großem Abstand die einwohnerstärkste kreisangehörige Stadt. Mehr als 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner leben auch in den Städten Mayen (19 100), Bendorf (16 900) und Mülheim-Kärlich (11 200). Die Ortschaften Welschenbach, Lind, Acht und Langscheid hingegen zählen mit weniger als 100 Einwohnerinnen und Einwohner zu den kleinsten Gemeinden im Landkreis.

**Andernach ist
einwohner-
stärkste Stadt**

In den letzten vier Jahrzehnten hat sich die Bevölkerung des Kreises mit einem Zuwachs von 14 Prozent ähnlich entwickelt wie die Bevölkerung der rheinland-pfälzischen Landkreise insgesamt (+14,5 Prozent). Von 1970 bis 2018 erhöhte sich die Zahl der Ein-

G1 Bevölkerung 1970–2018¹





Der Landkreis Mayen-Koblenz



Geografische Lage und Flächennutzung

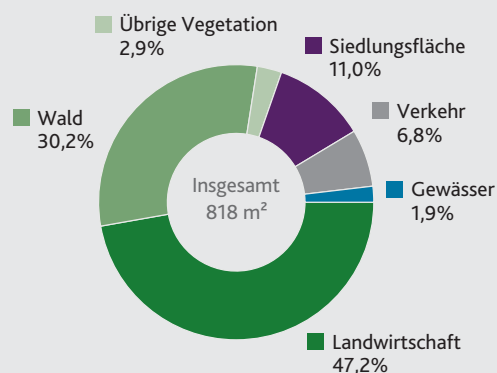
Der Kreis liegt in der nördlichen Mitte von Rheinland-Pfalz. Im Norden grenzt er an die Kreise Ahrweiler und Neuwied, im Osten an den Westerwaldkreis, die kreisfreie Stadt Koblenz und den Rhein-Lahn-Kreis. Südliche Nachbarn sind der Rhein-Hunsrück-Kreis und der Landkreis Cochem-Zell, im Westen grenzt er an den Kreis Vulkaneifel.

Das Kreisgebiet erstreckt sich über das Mittelrheinische Becken um Koblenz. Hier hat es Anteile an der Neuwieder Rheintalweitung, dem fruchtbaren Pellenz-Maifeld-Hügelland und dem unteren Moseltal, zum Teil auch am Niederwesterwald im Osten und am Rheinhunsrück im Süden. Im Osten reicht der Kreis bis in die östliche Hocheifel mit der 747 Meter Hohen Acht als höchster Erhebung. Die Mosel durchfließt das Kreisgebiet im Südosten, im Norden markiert der Rhein die Kreisgrenze.

Von den 818 Quadratkilometern Fläche des Landkreises sind etwa 30 Prozent bewaldet, 47 Prozent werden landwirtschaftlich genutzt und 18 Prozent dienen als Siedlungs- und Verkehrsfläche.



Flächennutzung 2018



Verwaltungsstruktur

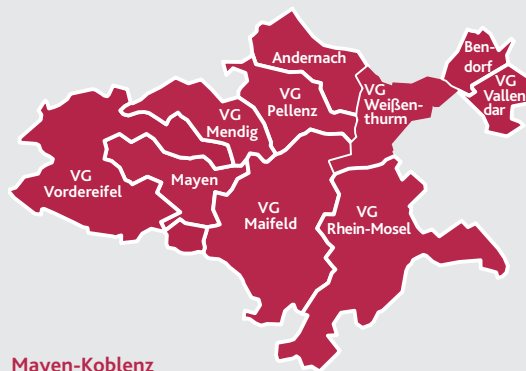
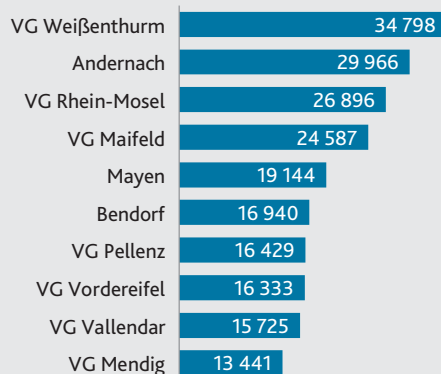
Sitz der Kreisverwaltung ist die kreisfreie Stadt Koblenz.

Es gibt drei verbandsfreie Gemeinden: Andernach (große kreisangehörige Stadt), Mayen (große kreisangehörige Stadt) und Bendorf.

Die sieben Verbandsgemeinden bestehen aus insgesamt 84 Ortsgemeinden: Maifeld (18 Ortsgemeinden), Mendig (5), Pellenz (5), Rhein-Mosel (18), Vallendar (4), Vordereifel (27) und Weißenthurm (7).

Der Kreis gehört zur Planungsregion Mittelrhein-Westerwald.

Bevölkerung 2018





wohnerinnen und Einwohner um 26 835. Im Landesdurchschnitt stieg die Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum um zwölf Prozent.

Seit fünf Jahren
Bevölkerungs-
wachstum

Von Mitte der 70er-Jahre bis zur Mitte der 80er-Jahre war die Bevölkerungszahl des Landkreises rückläufig – ebenso wie im Land insgesamt. Ursächlich dafür war ein durchgängig negativer natürlicher Saldo (weniger Geburten als Sterbefälle), Wanderungsverluste die in einigen Jahren hinzukamen und zum Teil Wanderungsgewinne, die nicht hoch genug waren, um die natürlichen Verluste auszugleichen. Im Gegensatz dazu ist von 1987 bis 2004 sowohl die Einwohnerzahl des Kreises, als auch die Einwohnerzahl des Landes in jedem Jahr gestiegen. Danach führten eine weitgehend ausgeglichene Wanderungsbilanz und ein negativer natürlicher Saldo erneut zu einem Rückgang der Einwohnerzahl. Sie sank bis 2013 auf 209 785 Personen. Seit fünf Jahren entwickelt sich die Bevölkerungszahl wieder positiv. Mit 214 259 Menschen wurde 2018 der vorläufige Höchststand erreicht.

Bevölkerungs-
zuwachs durch
Wanderungs-
überschüsse

In den 70er-Jahren bis Mitte der 80er-Jahre gab es deutliche Schwankungen der Wanderungssalden. In dieser Zeit wechselten sich Wanderungsgewinne und Wanderungsverluste ab. Ab 1986 war die Bilanz zwei Jahrzehnte lang durchgängig positiv und es zogen in jedem Jahr mehr Personen in das Kreisgebiet als von dort wegzogen. Durch den Mauerfall 1989 und die Öffnung Mittel- und Osteuropas verzeichnete der Kreis – wie auch das Land insgesamt – starke Wanderungsgewinne. Leichte Wanderungsdefizite folgten von 2008 bis 2010. Seit 2011 weist die Wanderungsbilanz wieder durchgängig Überschüsse aus. In den letzten fünf Jahren ergab sich ein Wanderungsgewinn von durchschnittlich 1 400 Fällen pro Jahr. Im Jahr 2018 standen rund 10 500 Zuzügen in

den Landkreis 9 300 Fortzüge gegenüber. Der sich daraus ergebende Wanderungsgewinn von 5,7 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner liegt leicht über dem Durchschnitt der Landkreise (+5,2) und dem rheinland-pfälzischen Mittel (+5,5).

Mit Ausnahme von 1988 fiel die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den letzten vier Jahrzehnten für den Landkreis Mayen-Koblenz durchgehend negativ aus. Im Jahr 2018 standen den 1 940 Geburten 2 430 Sterbefälle gegenüber, und die Bevölkerungszahl verringerte sich aufgrund natürlicher Bewegungen um 480 Personen. Dies entspricht einem Bevölkerungsrückgang aufgrund des Geburtendefizits um 2,3 Personen je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern (Rheinland-Pfalz: –2,6; Landkreise: –3,1).

Natürlicher
Saldo nega-
tiv: Weniger
Geburten als
Sterbefälle

Geburtenrate

Die **Geburtenrate** (zusammengefasste Geburtenziffer) gibt die Zahl der lebend geborenen Kinder an, die eine Frau – statistisch gesehen – im Durchschnitt in ihrem Leben zur Welt bringt.

Die Zahl der geborenen Kinder wird von zwei Faktoren bestimmt: Durch die Geburtenrate und durch die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre). Im Jahr 2018 lag die Geburtenrate im Kreis Mayen-Koblenz bei 1,63 Kinder je Frau und damit etwas unter dem Mittelwert von 1,67 Kindern in den Landkreisen, aber über dem Landesdurchschnitt (1,59).

Geburtenrate:
1,63 Kinder je
Frau

Der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren an allen Frauen lag in Mayen-Koblenz mit 32 Prozent hingegen etwas über dem Landkreismittel (31 Prozent), allerdings unter dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt (33 Prozent).



Bevölkerung

Bevölkerung 2018

214 259 Menschen lebten 2018 im Landkreis Mayen-Koblenz

262 Einwohner/-innen pro Quadratkilometer (Bevölkerungsdichte)
(Rheinland-Pfalz: 206; Landkreise: 161)

–483 Einwohner/-innen natürlicher Saldo

+1 221 Einwohner/-innen Wanderungssaldo

18,5% unter 20-Jährige (Rheinland-Pfalz: 18,3%; Landkreise: 18,4%)

59,6% 20- bis unter 65-Jährige (Rheinland-Pfalz: 60%; Landkreise: 59,2%)

21,9% 65-Jährige und Ältere (Rheinland-Pfalz: 21,7%; Landkreise: 22,3%)

31,0 Jugendquotient (unter 20-Jährige bezogen auf 20- bis 65-Jährige)
(Rheinland-Pfalz: 30,5; Landkreise: 31,1)

36,7 Altenquotient (65-Jährige und Ältere bezogen auf 20- bis 65-Jährige)
(Rheinland-Pfalz: 36,2; Landkreise: 37,7)



Bevölkerungsentwicklung und -vorausberechnung

+0,3% gegenüber dem Vorjahr (Rheinland-Pfalz: +0,3%; Landkreise: +0,2%)

+1,0% gegenüber 2008 (Rheinland-Pfalz: +1,4%; Landkreise: +0,3%)

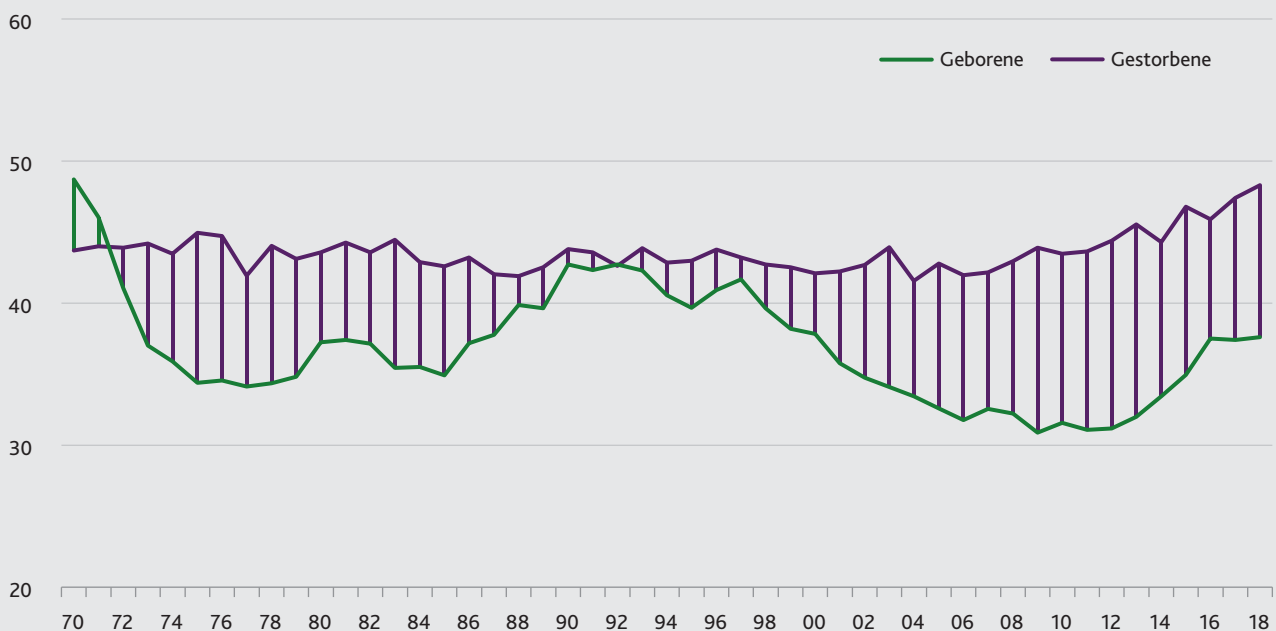
–2,8% erwarteter Bevölkerungsrückgang bis 2040 (Rheinland-Pfalz: –2,6%; Landkreise: –3,4%)

–13,2% erwarteter Bevölkerungsrückgang bis 2070 (Rheinland-Pfalz: –12,1%; Landkreise: –13,6%)



Geborene und Gestorbene im Landkreis Mayen-Koblenz 1970–2018

1 000





Demografischer Wandel auch in Mayen-Koblenz deutlich spürbar

Anteil der unter 20-Jährigen sinkt

Ein Blick auf die Bevölkerungspyramide zeigt, dass sich der demografische Wandel auch im Landkreis Mayen-Koblenz bemerkbar macht. Wie im Land insgesamt stehen vergleichsweise wenige junge Menschen einer deutlich größeren Zahl von Menschen zwischen 55 und 65 Jahren gegenüber, die in den nächsten Jahren sukzessive das Renteneintrittsalter erreichen werden.

Die Entwicklung der Altersstruktur verlief in Mayen-Koblenz ähnlich wie im Land insgesamt. In den vergangenen zehn Jahren ist der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Kreis um 1,7 Prozentpunkte gesunken (Rheinland-Pfalz: –1,5 Prozentpunkte). Bei den 65-Jährigen und Älteren

Jugend- und Altenquotient

Der Jugendquotient setzt die Zahl der unter 20-Jährigen ins Verhältnis zu den Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Er gilt als Anhaltspunkt für die Aufwendungen der Gesellschaft für Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen.

Der Altenquotient setzt die Bevölkerung ab 65 Jahre ins Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Er dient als Kennzahl für die Aufwendungen für Transferzahlungen und Infrastruktureinrichtungen für ältere Menschen.

verlief die Entwicklung umgekehrt: Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg um 1,5 Prozentpunkte (Rheinland-Pfalz: +1,2 Prozentpunkte).

Die Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren haben in Mayen-Koblenz einen Bevölkerungsanteil von knapp unter 60 Prozent (Rheinland-Pfalz: 60 Prozent); er erhöhte sich seit 2008 nur leicht um 0,2 Prozentpunkte (Rheinland-Pfalz: +0,3 Prozentpunkte).

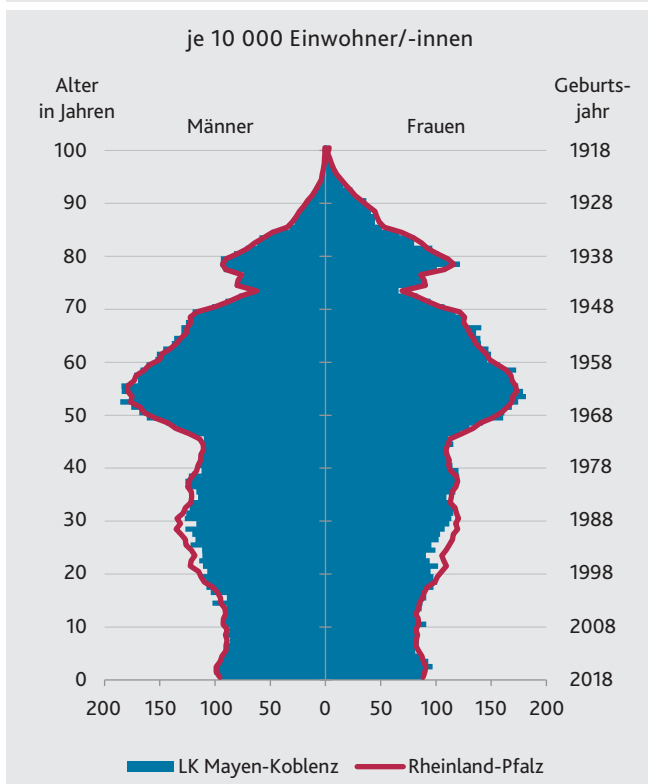
Der Jugend- und der Altenquotient (siehe Textkasten) verdeutlichen die Problematik, die durch den demografischen Wandel auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zukommt.

Im Jahr 2018 kamen auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter 31 junge Menschen unter 20 Jahren (Rheinland-Pfalz: 30,5; Landkreise: 31). Im Jahr 1970 waren es noch 59 (Rheinland-Pfalz: 58,5).

Jugendquotient sinkt

Das Verhältnis der Personen im erwerbsfähigen Alter zu den älteren Menschen hat

G2 Aufbau der Bevölkerung 2018 nach Alter und Geschlecht





sich langfristig zu Lasten der erwerbsfähigen Bevölkerung verschoben: Im Jahr 2018 wurden auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter rund 37 ältere Menschen ab 65 Jahren gezählt. Das sind etwas weniger als in den Landkreisen insgesamt (38), jedoch mehr als im Landesdurchschnitt (36). Im Jahr 1970 kamen im Landkreis Mayen-Koblenz erst 23 ältere Menschen auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter (Rheinland-Pfalz: ebenfalls 23; Landkreise: 24).

Gesamt-
quotient
konstant

Die Summe aus Jugend- und Altenquotient ergibt den Gesamtquotienten. Auf 100 Menschen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren kamen 2018 insgesamt 68 Personen im Landkreis Mayen-Koblenz, die noch nicht oder nicht mehr erwerbstätig waren (Rheinland-Pfalz: 67; Landkreise: 69).

Die unterschiedliche Entwicklung von Jugend- und Altenquotient hat in der Summe dazu geführt, dass die Gesamtlast für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den vergangenen zehn Jahren fast stabil blieb. Die Summe aus Jugend- und Altenquotient belief sich 2008 ebenfalls auf 68 (Rheinland-Pfalz: 67; Landkreise: 69).

Bevölkerungsentwicklung zukünftig negativ

Vorausberechnung: Bevölkerungszahl wird in den nächsten Jahrzehnten sinken

Nach der mittleren Variante der fünften regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz wird erwartet, dass die Bevölkerungszahl im Landkreis Mayen-Koblenz – ebenso wie im Land insgesamt – bis 2040 um knapp drei Prozent gegenüber dem Jahr 2017 sinkt.² Die Landkreise werden im Durchschnitt gemäß der Vorausberechnung von der Ent-

2 Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2017). Bad Ems 2019.

wicklung stärker betroffen sein als die kreisfreien Städte (–3,4 bzw. –0,4 Prozent).

Im Hinblick auf die langfristige Bevölkerungsentwicklung werden sogar zweistellige Einbußen für das Land bis zum Jahr 2070 erwartet (Rheinland-Pfalz: –12 Prozent; Landkreise: –14 Prozent). Der Bevölkerungsrückgang für Mayen-Koblenz fällt mit –13 Prozent ähnlich aus. Folglich würden im Landkreis Mayen-Koblenz 2070 noch 185 402 Menschen leben.

Die altersstrukturellen Verschiebungen werden überall im Land dazu führen, dass sich der Anteil der älteren Bevölkerung weiter erhöht, während der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter sinken wird. Dies gilt auch für Mayen-Koblenz: Den Vorausberechnungen zufolge wird sich die Zahl der jungen Bürgerinnen und Bürger unter 20 Jahren bis 2070 um fast 20 Prozent verringern (Rheinland-Pfalz: –19,5 Prozent; Landkreise: –21 Prozent). Auch für die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, zwischen 20 und 65 Jahren wird ein deutliches Defizit erwartet. Bis 2070 werden im Kreis Mayen-Koblenz in dieser Altersklasse 33 400 Einwohnerinnen und Einwohner weniger leben als heute; dies entspricht einem Minus von 26 Prozent (Rheinland-Pfalz: –25 Prozent; Landkreise –27 Prozent). Für die ältere Bevölkerung ab 65 Jahre wird hingegen ein Anstieg um 28 Prozent vorausgerechnet (Rheinland-Pfalz: +29,5 Prozent; Landkreise: +29 Prozent).

Zahl der
Personen im
erwerbsfähigen
Alter sinkt
deutlich

Mayen-Koblenz eine der wirtschaftsstärksten Regionen im Land

Im Landkreis Mayen-Koblenz wurde 2017 ein nominales Bruttoinlandsprodukt in Höhe



Wirtschaft und Tourismus

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2017

6 758 Mill. EUR wurden im Landkreis Mayen-Koblenz erwirtschaftet

+3,7% gegenüber dem Vorjahr (Rheinland-Pfalz: +2,6%; Landkreise: +2,5%)

+35% gegenüber 2007 (Rheinland-Pfalz: +31,3%; Landkreise: +33,2%)



Arbeitsproduktivität 2017

69 266 EUR Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige/-n (Rheinland-Pfalz: 71 106 EUR; Landkreise: 67 975 EUR)

97,4% des Landeswertes (Landkreise: 95,6%)

52,35 EUR Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde (Rheinland-Pfalz: 53,47 EUR; Landkreise: 51,40 EUR)

97,9% des Landeswertes (Landkreise: 96,1%)

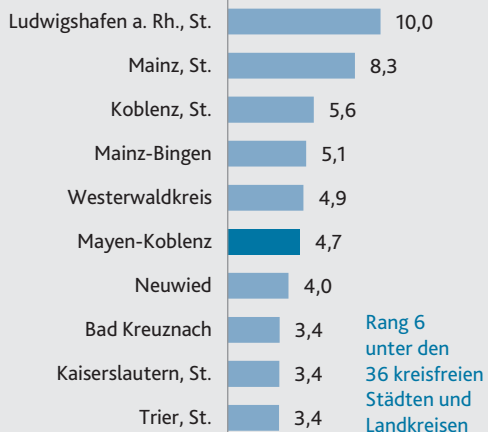
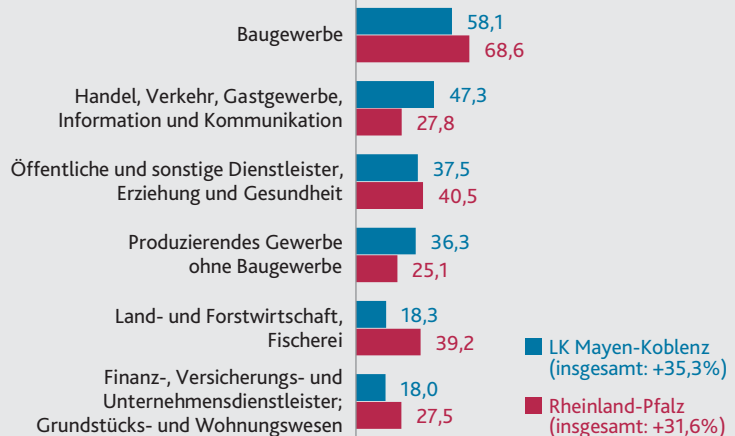


Bruttowertschöpfung 2017

62,1% Anteil der Dienstleistungsbereiche (Rheinland-Pfalz: 64,0%; Landkreise: 63,0%)

37,2% Anteil des Produzierenden Gewerbes (Rheinland-Pfalz: 34,6%; Landkreise: 34,8%)

0,7% Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (Rheinland-Pfalz: 1,4%; Landkreise: 2,1%)

Top10: Bruttoinlandsprodukt 2017
Anteil am Land in %Bruttowertschöpfung 2017 nach Wirtschaftsbereichen
Veränderung zu 2007 in %

Tourismus 2019

391 513 Gäste besuchten Mayen-Koblenz

+31,1% gegenüber 2009 (Rheinland-Pfalz: +17,1%; Landkreise: +11,1%)

914 587 Übernachtungen

+36,3% gegenüber 2009 (Rheinland-Pfalz: +7,6%; Landkreise: +2,7%)

2,3 Tage durchschnittliche Verweildauer der Gäste (Rheinland-Pfalz: +2,5%; Landkreise: +2,8%)





von 6,8 Milliarden Euro erwirtschaftet.³ Damit gehörte der Kreis zu den stärksten Wirtschaftsräumen in Rheinland-Pfalz; er trug 4,7 Prozent zur gesamten Wirtschaftsleistung des Landes bei. Hinter den kreisfreien Städten Ludwigshafen, Mainz und Koblenz sowie dem Landkreis Mainz-Bingen und dem Westerwaldkreis belegte Mayen-Koblenz Rang 6.

Langfristiges
Wachstum:
+35 Prozent

Langfristig ist die nominale Wirtschaftsleistung im Kreis Mayen-Koblenz stärker gewachsen als im Landesdurchschnitt und im Durchschnitt der Landkreise. Gegenüber 2007 betrug der Anstieg 35 Prozent (Rheinland-Pfalz: +31 Prozent; Landkreise: +33 Prozent). Im Vergleich der kreisfreien Städte und Landkreise lag der Kreis Mayen-Koblenz zusammen mit dem Rhein-Pfalz-Kreis beim längerfristigen Wachstum auf Rang elf.

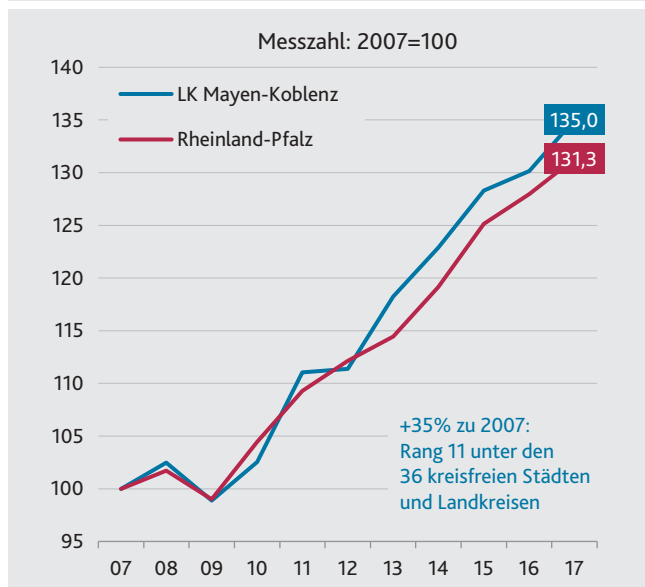
Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Jahres in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter.

Es ist ein wichtiges Maß für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region. Zurzeit liegen Daten für die kreisfreien Städte und Landkreise für das Jahr 2017 vor. Aktuellere Daten sind noch nicht verfügbar, da die Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Vielzahl an statistischen Basisinformationen erfordert, die erst zeitverzögert zur Verfügung stehen.

³ Da auf regionaler Ebene keine Preisbereinigung durchgeführt werden kann, wird die Wirtschaftsleistung der Kreise mithilfe der nominalen Wertschöpfung dargestellt.

G3 Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2007–2017



Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen lag 2017 im Landkreis Mayen-Koblenz mit 69 270 Euro zwar unter dem Landesmittel (71 110 Euro), aber über dem Durchschnitt der Landkreise (67 975 Euro). Der Kreis erreichte 102 Prozent des Durchschnittswertes der Landkreise bzw. 97 Prozent des Landesniveaus. Nur in vier Landkreisen war der Wert höher als in Mayen-Koblenz.

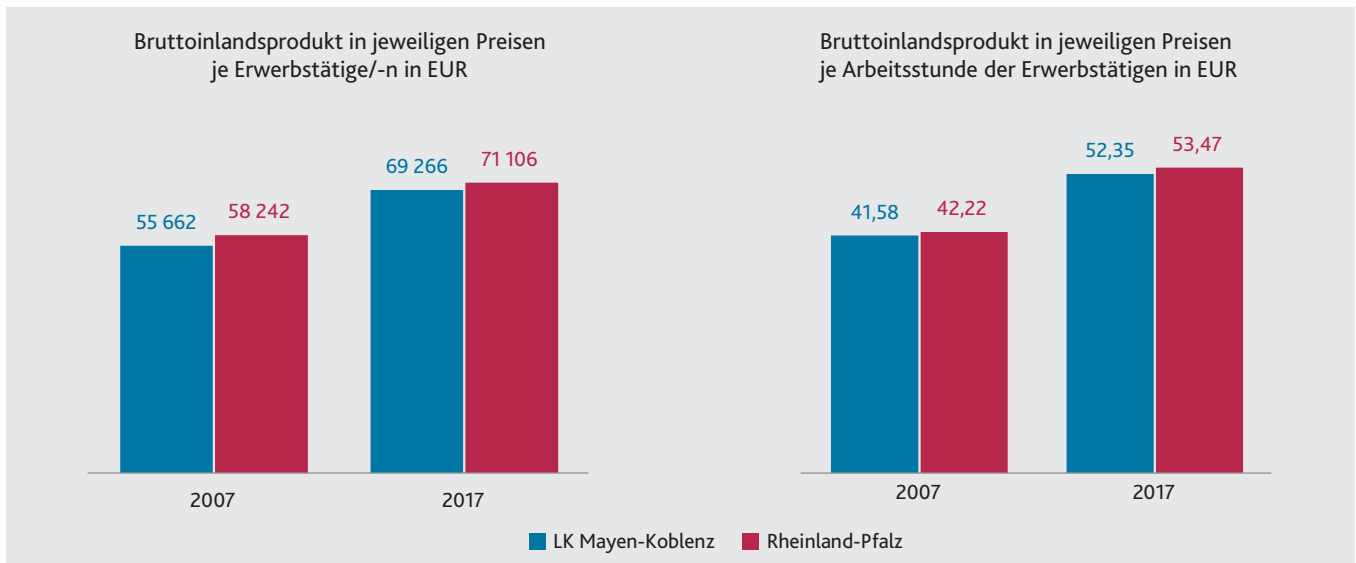
Arbeitspro-
duktivität in
Mayen-Kob-
lenz unter dem
Landesdurch-
schnitt

Gegenüber dem Vorjahr stieg die Arbeitsproduktivität im Kreis überdurchschnittlich um 4,6 Prozent (Rheinland-Pfalz: +1,7 Prozent; Landkreise: +1,5 Prozent). Auch langfristig liegt das Plus mit 24 Prozent über dem Landesdurchschnitt (+22 Prozent), entspricht aber dem Wert der Landkreise.

Die Produktivität je Arbeitsstunde belief sich im Kreis Mayen-Koblenz auf 52,35 Euro. Sie liegt damit zwar ebenfalls unter dem Landeswert (53,47 Euro), übertrifft den Durchschnitt der Landkreise (51,40 Euro) jedoch um fast einen Euro.



G4 Arbeits- und Stundenproduktivität 2007 und 2017



Wirtschaftsstruktur beeinflusst Produktivität

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität wird wesentlich durch die Wirtschaftsstruktur bestimmt: Sie ist im Produzierenden Gewerbe deutlich höher als in den meisten Dienstleistungsbereichen. Ein Grund hierfür ist die höhere Kapitalausstattung der Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe. Zudem ist der Anteil der Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe niedriger als in den Dienstleistungsbereichen, wodurch

die Arbeitsproduktivität – als Quotient aus Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätigen – höher ausfällt. Innerhalb des sehr heterogenen Dienstleistungssektors ist die Arbeitsproduktivität jedoch unterschiedlich. Die Arbeitsproduktivität in der Land- und Forstwirtschaft bleibt hinter der des Produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungsbereiche zurück.

Industrie prägt Wirtschaftsstruktur des Kreises

Das Produzierende Gewerbe trug 2017 im Landkreis 2,27 Milliarden Euro bzw. 37 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei. Im Landesmittel, wie auch im Durchschnitt der Landkreise, lag der Anteil des Produzierenden Gewerbes bei 35 Prozent. Im Vergleich zu 2016 ist die Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe im Kreis um 5,7 Prozent gestiegen (Rheinland-Pfalz: +2,4 Prozent; Landkreise: +1,7 Prozent). Auch im langfristigen Vergleich gegenüber 2007 verlief das Wachstum im Kreis mit +39 Prozent deut-

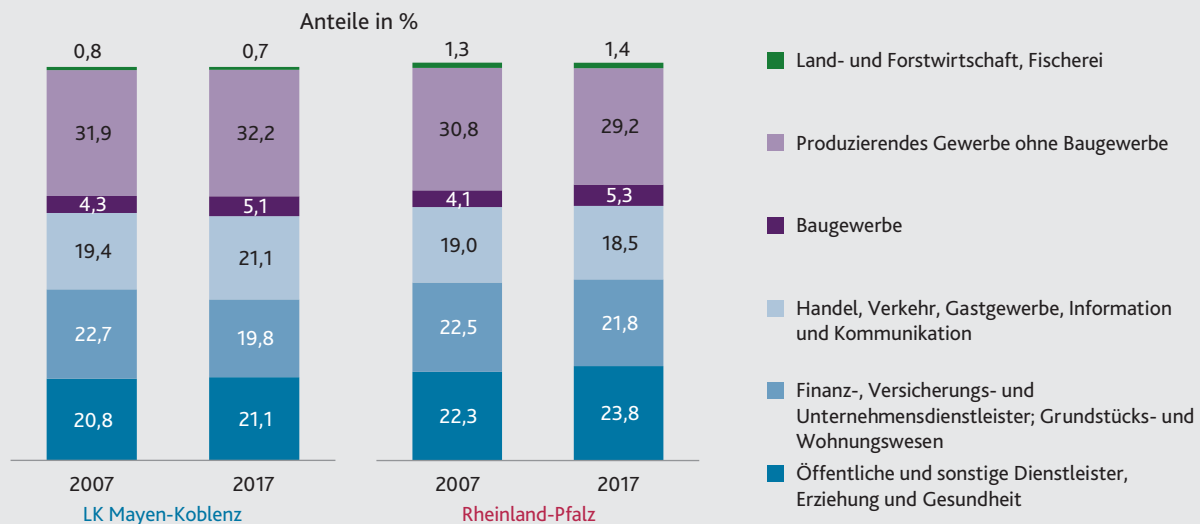
Überdurchschnittliches Wachstum des Produzierenden Gewerbes

Arbeitsproduktivität

Für regionale Vergleiche der Wirtschaftskraft sind die absoluten Werte des Bruttoinlandsprodukts nicht geeignet, da sich die Verwaltungsbezirke in Rheinland-Pfalz in Größe und Erwerbstätigenzahl stark unterscheiden. Für Vergleiche muss daher die Arbeitsproduktivität herangezogen werden. Als Bezugsgröße kommt die Zahl der Erwerbstätigen bzw. der geleisteten Arbeitsstunden in Betracht.



G5 Bruttowertschöpfung 2007 und 2017 nach Wirtschaftsbereichen



lich dynamischer als im Land insgesamt (+30 Prozent; Landkreise: +33 Prozent).

Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe mit überdurchschnittlichem Plus

Zum Wachstum des Produzierenden Gewerbes haben sowohl das Verarbeitende Gewerbe als auch das Baugewerbe beigetragen: Fast 1,8 Milliarden Euro bzw. 29 Prozent der Wertschöpfung wurden 2017 im Verarbeitenden Gewerbe erwirtschaftet (Rheinland-Pfalz: 26 Prozent; Landkreise: 25 Prozent). Die Industrie, die im Kreis durch mittelständische Unternehmen geprägt ist, steigerte ihre Wertschöpfung seit 2007 um 41 Prozent und wuchs damit wesentlich stärker als im Landesdurchschnitt (+27 Prozent; Landkreise: +28 Prozent). Das Baugewerbe trug 308 Millionen bzw. 5,1 Prozent zur Wirtschaftsleistung des Kreises bei (Rheinland-Pfalz: 5,3 Prozent; Landkreise: 6,7 Prozent). Es erhöhte seine Wirtschaftsleistung in den vergangenen zehn Jahren um 58 Prozent (Rheinland-Pfalz: +69 Prozent; Landkreise: +72 Prozent).

In den Dienstleistungsbereichen wurden 2017 knapp 3,8 Milliarden Euro erwirt-

schaftet. Der Anteil an der gesamten Wertschöpfung lag mit 62 Prozent etwas unter dem Landesmittel (64 Prozent; Landkreise: 63 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Wertschöpfung im tertiären Sektor um 2,5 Prozent gestiegen (Rheinland-Pfalz: +2,6 Prozent; Landkreise: +2,7 Prozent). In den letzten zehn Jahren wurde ein Wachstum von 33,5 Prozent erzielt (Rheinland-Pfalz: +32 Prozent; Landkreise: +33 Prozent).

Der Wirtschaftsbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ erwirtschaftete fast 1,3 Milliarden Euro und kam damit auf einen überdurchschnittlichen Wertschöpfungsanteil von 21 Prozent (Rheinland-Pfalz: 18,5 Prozent; Landkreise: 18,4 Prozent). Gegenüber 2016 stieg die Wirtschaftsleistung hier um 6,6 Prozent (Rheinland-Pfalz: +3,3 Prozent; Landkreise: +3,7 Prozent). Auch in der längerfristigen Betrachtung wurde mit +47 Prozent ein überdurchschnittliches Wachstum erzielt. Im Vergleich der 36 kreisfreien Städte und Landkreise war dies das siebtstärkste Wachstum in diesem Wirtschaftsbereich

Stärkstes Wachstum im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“



(Rheinland-Pfalz: +28 Prozent; Landkreise: 35 Prozent).

Der Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ trug ebenfalls 1,3 Milliarden Euro bzw. 21 Prozent zur gesamten Wirtschaftsleistung im Kreis bei (Rheinland-Pfalz: 24 Prozent; Landkreise: 22 Prozent). Hierzu gehören neben der öffentlichen Verwaltung auch das Erziehungs- und Unterrichtswesen, das Gesundheits- und Sozialwesen, Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie private Haushalte mit Hauspersonal. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Wirtschaftsleistung um zwei Prozent (Rheinland-Pfalz: +3 Prozent; Landkreise: +3,1 Prozent). Mit +37,5 Prozent gegenüber 2007 ist zwar auch dieser Dienstleistungsbereich deutlich gewachsen, jedoch blieb der Anstieg hinter dem Landesdurchschnitt zurück (+40,5 Prozent; Landkreise: +41 Prozent).

Langfristig
schwächstes
Wachstum
im Bereich
„Finanz-, Versi-
cherungs- und
Unternehmens-
dienstleister;
Grundstücks-
und Wohnungs-
wesen“

Mit 1,2 Milliarden Euro steuerte der Wirtschaftsbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen“ 20 Prozent zur Wertschöpfung bei (Rheinland-Pfalz: 22 Prozent; Landkreise: 23 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete Mayen-Koblenz hier – als einziger Kreis – einen Rückgang (–1,1 Prozent), während die Wertschöpfung im Land insgesamt anstieg (+1,6 Prozent; Landkreise: +1,6 Prozent). Auch längerfristig verlief die Entwicklung in diesem Bereich, zu dem das Kredit- und Versicherungsgewerbe, Dienstleister für Unternehmen sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen zählen, unterdurchschnittlich. Im Vergleich zu 2007 war hier mit +18 Prozent das geringste Wachstum unter den Dienstleistungsbereichen im Kreis zu verzeichnen, das zudem deutlich unter dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt lag (+27,5 Prozent; Landkreise: +26 Prozent).

Im Jahr 2017 erwirtschaftete der Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ in Mayen-Koblenz 44 Millionen Euro. Der Anteil an der gesamten Wertschöpfung des Kreises lag mit 0,7 Prozent unter dem Durchschnitt der Landkreise (2,1 Prozent) und auch unter dem Landesmittel (1,4 Prozent). Langfristig erhöhte sich die Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft um 18 Prozent. Damit blieb die Entwicklung deutlich hinter dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt (+39 Prozent; Landkreise: +37 Prozent) sowie der Entwicklung der übrigen Wirtschaftsbereiche zurück. Im Vergleich zum Vorjahr wurde ein überdurchschnittliches Plus von 19 Prozent registriert (Rheinland-Pfalz: +10 Prozent; Landkreise: +11 Prozent). Dabei ist zu beachten, dass die Wertschöpfung dieses Bereichs wesentlich von den Erntemengen abhängt, die auch witterungsbedingten Schwankungen unterliegen.

Landwirtschaft
hat relativ
geringe
Bedeutung

Vulkane, Wasser, Wandern – Immer mehr Gäste besuchen den Kreis

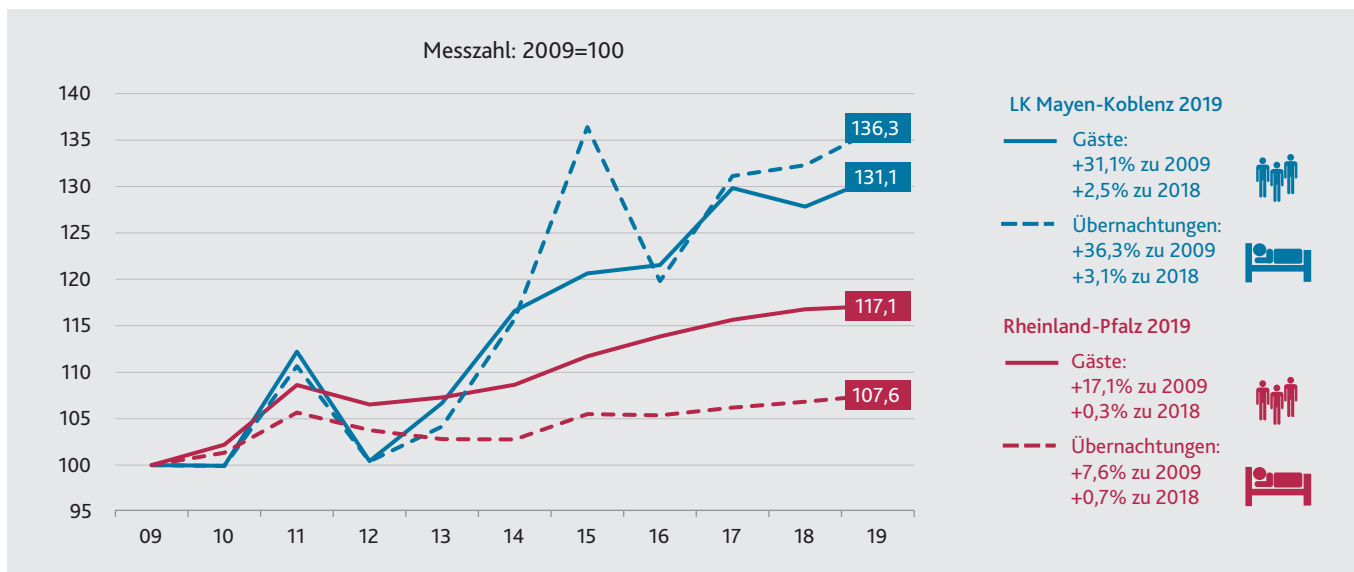
Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Rheinland-Pfalz und auch für den Landkreis Mayen-Koblenz. Neben Flusslandschaften, steilen Weinbergen, Burgen und Schlössern prägt vor allem der Vulkanismus das Landschaftsbild des Kreises. Ein besonderer Höhepunkt in diesem Jahr sollte der Rheinland-Pfalz-Tag vom 19. bis 21. Juni in Andernach werden. Das Landesfest wurde jedoch wegen der Corona-Pandemie abgesagt.

Corona-Krise:
Rheinland-
Pfalz-Tag fällt
aus

Aber auch ohne den Rheinland-Pfalz-Tag können die Besucherinnen und Besucher des Kreises auf ein vielfältiges touristisches Angebot zurückgreifen: Der Vulkanpark in Mayen-Koblenz bildet gemeinsam mit dem Vulkanpark Brohltal/Laacher See und dem Natur- und



G6 Gäste und Übernachtungen 2009–2019



Vielfältige Angebote für Besucherinnen und Besucher

Geopark Vulkaneifel den anerkannten nationalen Geopark Vulkanland Eifel. Zum Vulkanpark gehören das Infozentrum in Plaidt/Saffig, das Römerbergwerk Meurin, das Erlebniszentrum „Terra Vulcania“ in Mayen, der Lava-Dome in Mendig, der Geysir Andernach, das Museum der Bimsindustrie in Kaltenengers sowie 17 Natur- und Industriedenkmäler. Ergänzt wird das Angebot des Vulkanparks durch vier weitere Museen: das Eifelmuseum mit dem Deutschen Schieferbergwerk in Mayen, das Geologikum und Mikroskopikum in Mendig und das Stadtmuseum Andernach.

Faszinierendes Naturschauspiel

Ein besonderes Naturerlebnis bietet sich in Andernach am Rhein. Ungefähr alle 120 Minuten schießt eine Wasserfontäne aus der Erde und erreicht eine Höhe von bis zu 60 Metern. Der höchste Kaltwassergeysir der Welt wird angetrieben durch vulkanisches Kohlendioxid aus dem Erdinneren.⁴

Zahlreiche Wander- und Radwege führen durch den Kreis. Auch in diesem Jahr ist

wieder einer der Traumpfade für die Auszeichnung „Deutschlands schönster Wanderweg“ nominiert. Bereits viermal ging dieser Titel nach Mayen-Koblenz. Zu den beliebten touristischen Zielen im Landkreis gehören darüber hinaus z. B. die Burg Eltz im Eltzbachtal, die Burg Thurant über Alken, die Ehrenburg bei Brodenbach, die Burg Pyrmont bei Pillig, die Genovevaburg in Mayen sowie die Burg Namedy in Andernach. Im Garten der Schmetterlinge im Schloss Sayn kommen Naturliebhaber auf ihre Kosten.

„Deutschlands schönster Wanderweg“

Im Jahr 2019 kamen 391 500 Übernachtungsgäste in den Landkreis Mayen-Koblenz, das waren 2,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Im rheinland-pfälzischen Mittel stiegen die Besucherzahlen nur leicht um 0,3 Prozent, im Durchschnitt der Landkreise waren sie sogar rückläufig (–1,1 Prozent). Auch im längerfristigen Vergleich zu 2009 konnte der Landkreis Mayen-Koblenz mit +31 Prozent ein überdurchschnittliches Wachstum der Gästezahl verbuchen (Rheinland-Pfalz:

Überdurchschnittlicher Anstieg der Gästezahlen

⁴ Informationen unter: www.vulkanpark.com (abgerufen am 19. Mai 2020)



+17 Prozent; Landkreise: +11 Prozent). Im Vergleich aller 36 kreisfreien Städte und Landkreise belegte Mayen-Koblenz damit Rang 9. Unter den Landkreisen war der Anstieg nur in Alzey-Worms und Germersheim höher.

Die mit Abstand höchste Besucherzahl wurde 2019 in Andernach gemeldet: Rund 62 100 Gäste besuchten die kreisangehörigen Stadt im letzten Jahr (16 Prozent der Gäste insgesamt), sie buchten insgesamt 103 000 Übernachtungen (elf Prozent der Übernachtungen insgesamt). Die Stadt gehört zu den ältesten Städten Deutschlands, im Jahr 1988 feierte sie ihr 2000-jähriges Bestehen. Im Vergleich zu 2009 haben sich die Gästezahlen in Andernach verdoppelt.

Die meisten Besucherinnen und Besucher kommen aus den Niederlanden

Mit 83 Prozent sind die Reisenden aus dem Inland 2019 die größte Besuchergruppe. Demnach kamen 17 Prozent der Gäste aus dem Ausland; im rheinland-pfälzischen Durchschnitt lag der Anteil ausländischer Besucherinnen und Besucher etwas höher (20 Prozent). Von den 64 800 Gästen aus dem Ausland kamen die meisten aus den Niederlanden (37 Prozent), gefolgt von den Reisenden aus Belgien und Österreich (16 bzw. fünf Prozent).

Überdurchschnittlicher Anstieg der Übernachtungszahlen

Die Zahl der Übernachtungen lag 2019 mit fast 914 600 um 3,1 Prozent über dem Vorjahreswert. Im Landesmittel betrug der Anstieg 0,7 Prozent; im Durchschnitt der Landkreise war die Zahl der Übernachtungen leicht rückläufig (–0,4 Prozent). Im Vergleich zu 2009 stiegen die Übernachtungszahlen mit +36 Prozent deutlich stärker als im Land insgesamt (+7,6 Prozent). Im Durchschnitt der Landkreise betrug das Wachstum nur 2,7 Prozent. Zwei Landkreise – Germersheim und Alzey-Worms – hatten ein stärkeres Wachstum als Mayen-Koblenz.

Gäste- und Übernachtungsintensität

Für regionale Vergleiche wird die Zahl der Gäste bzw. der Übernachtungen auf 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner berechnet. Die Kennzahlen Gäste- und Übernachtungsintensität dienen als Indikatoren für die Bedeutung des Tourismus in einer Region und ermöglichen regionale Vergleiche.

Auf 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner⁵ des Landkreises kamen 1 829 Gäste. Im Landesmittel lag die Gästeintensität deutlich höher (2 210; Landkreise: 2 213). Auch die Übernachtungsintensität war mit 4 272 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner unterdurchschnittlich (Rheinland-Pfalz: 5 632; Landkreise: 6 216).

Unterdurchschnittliche Gäste- und Übernachtungsintensität

Die mittlere Verweildauer der Gäste lag 2019 mit 2,3 Tagen etwas unter dem rheinland-pfälzischen Mittel (2,5 Tage) und dem Durchschnitt der Landkreise (2,8 Tage). Während sich die Aufenthaltsdauer jedoch in den letzten zehn Jahren im Land verkürzt hat (–0,3 Tage), ist sie im Mayen-Koblenz leicht gestiegen (+0,1 Tage). Grundsätzlich weist eine kurze Verweildauer auf einen hohen Anteil an Kurzurlaubern, Städte- oder Geschäftsreisende hin.

Gäste bleiben durchschnittlich 2,3 Tage

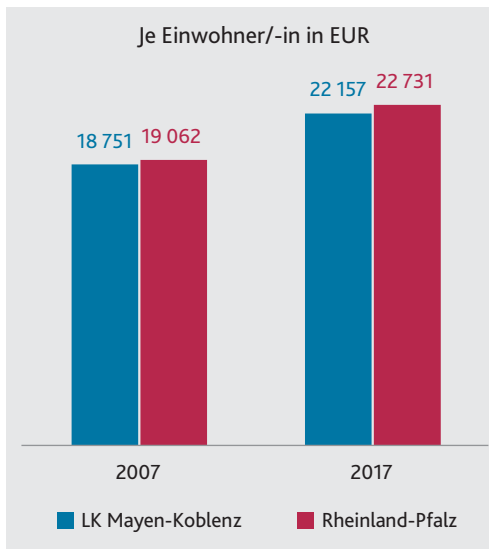
Durchschnittlich 22 160 Euro für Konsum und Sparen

Den privaten Haushalten im Kreis Mayen-Koblenz standen 2017 etwa 4,7 Milliarden Euro an Einkommen zur Verfügung. Das entspricht einem Anteil von 5,1 Prozent am gesamten verfügbaren Einkommen in Rhein-

⁵ Bevölkerung Stand 30. Juni 2019.



G7 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2007 und 2017



Verfügbares Einkommen als Indikator für materiellen Wohlstand

land-Pfalz. Gegenüber dem Vorjahr ist das verfügbare Einkommen im Kreis um 2,6 Prozent gestiegen (Rheinland-Pfalz: +2,7 Prozent; Landkreise: +2,8 Prozent). Im längerfristigen Vergleich gegenüber 2007 hat es sich um 18 Prozent erhöht (Rheinland-Pfalz und Landkreise: +20 Prozent).

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen umfasst alle Erwerbs- und Vermögenseinkommen der Personen, die im Landkreis Mayen-Koblenz leben, zuzüglich der empfangenen Übertragungen (wie Renten, Arbeitslosengeld, Kindergeld usw.) und abzüglich der geleisteten Übertragungen, wie insbesondere direkte Steuern und Sozialbeiträge. Es entspricht dem Einkommen, das den privaten Haushalten in dem Landkreis letztlich zufließt und das sie für den Konsum oder die Vermögensbildung verwenden können. Es ist ein Indikator für die Kaufkraft der Menschen, die in einer Region leben.

Jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner des Kreises Mayen-Koblenz standen 2017 im Durchschnitt 22 160 Euro für den Konsum und zum Sparen zur Verfügung. Damit lag das Pro-Kopf-Einkommen 570 Euro unter dem Landesmittel (22 730 Euro) und sogar 1 120 Euro unter dem Durchschnitt der Landkreise (23 280 Euro).

Pro-Kopf-Einkommen unter Landesdurchschnitt

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Pro-Kopf-Einkommen um 2,3 Prozent gestiegen (Rheinland-Pfalz: +2,4; Landkreise: +2,6 Prozent). Im längerfristigen Vergleich gegenüber 2007 stieg der Wert um 18 Prozent (Rheinland-Pfalz: +19 Prozent; Landkreise: +21 Prozent).

Zahl der Arbeitsplätze langfristig gestiegen

Im Landkreis Mayen-Koblenz gab es 2017 Arbeitsplätze für 97 570 Menschen – das waren 0,8 Prozent weniger als im Jahr zuvor (Rheinland-Pfalz und Landkreise: jeweils +1 Prozent). Im längerfristigen Vergleich gegenüber 2007 stieg die Zahl der Arbeitsplätze um 8,5 Prozent; im Landesdurchschnitt war der Anstieg mit +7,6 Prozent etwas geringer (Landkreise: +7,1 Prozent).

Mehr als zwei Drittel (67 Prozent) der Erwerbstätigen waren 2017 im Landkreis Mayen-Koblenz in den Dienstleistungsbereichen beschäftigt (Rheinland-Pfalz: 68 Prozent; Landkreise: 64 Prozent). Hier wurden in den letzten zehn Jahren per Saldo 5 460 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das Plus lag mit 8,4 Prozent etwa auf Landesniveau (+8,9 Prozent; Landkreise: +8,3 Prozent). Überdurchschnittlich viele neue Arbeitsplätze entstanden im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ (+4 210 Stellen bzw. +18,5 Prozent; Rheinland-Pfalz: +6,6 Pro-

Zuwachs in den Dienstleistungsbereichen



Arbeitsmarkt

Erwerbstätige 2017 und Pendler/-innen 2019

97 569 Erwerbstätige 2017 am Arbeitsort (Rheinland-Pfalz: 2 021 351; Landkreise: 1 260 080)

43 213 Auspendler/-innen 2019 (davon 84% mit Arbeitsplatz im übrigen Rheinland-Pfalz)

28 800 Einpendler/-innen 2019 (davon 85,5% mit Wohnort in Rheinland-Pfalz)



Arbeitsplatzdichte 2017, Beschäftigung und Arbeitslosenquote 2019

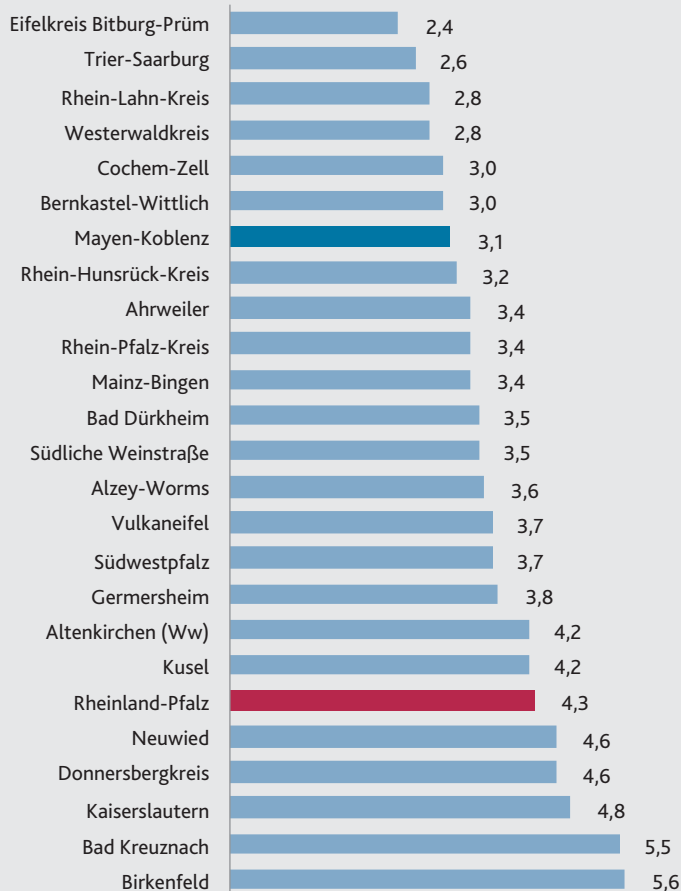
701 Erwerbstätige kamen 2017 auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter (Rheinland-Pfalz: 759; Landkreise: 645)

69 065 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2019 (Rheinland-Pfalz: 1 435 337; Landkreise: 870 727)

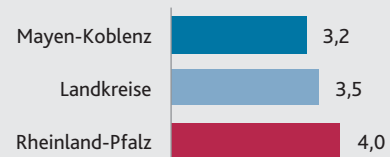
3,1% Arbeitslosenquote 2019 (Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen) (Rheinland-Pfalz: 4,3%; Landkreise: 3,6%)

3,2% Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen (Rheinland-Pfalz: 4,0%; Landkreise: 3,5%)

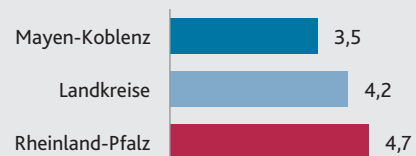
3,5% Arbeitslosenquote der 55- bis unter 65-Jährigen (Rheinland-Pfalz: 4,7%; Landkreise: 4,2%)

Arbeitslosenquote 2019 nach Landkreisen
%

15- bis unter 25-Jährige



55- bis unter 65-Jährige





zent). Im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ wurden netto 3 695 neue Arbeitsplätze geschaffen (+13 Prozent; Rheinland-Pfalz: +9,5 Prozent). Rund 2 450 Stellen entfielen dagegen im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ (–18,5 Prozent). In Rheinland-Pfalz entstanden neue Stellen in diesem Bereich (+12 Prozent).

Neue Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe

Im Produzierenden Gewerbe konnten in den letzten zehn Jahren 2 350 neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden (+9,8 Prozent; Rheinland-Pfalz: +4,8 Prozent). Davon entfielen 2 040 Arbeitsplätze auf das Verarbeitende Gewerbe (+12 Prozent) und 530 auf das Baugewerbe (+9,8 Prozent).

In der Land- und Forstwirtschaft gingen dagegen netto 160 Arbeitsplätze verloren (–11 Prozent; Rheinland-Pfalz: –3,4 Prozent).

Arbeitsplatzdichte über dem Durchschnitt

Im Jahr 2017 kamen im Kreis Mayen-Koblenz auf 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner im erwerbsfähigen Alter 701 Erwerbstätige. Das waren etwas mehr als im Durchschnitt der Landkreise (645). Im Landesmittel lag die Arbeitsplatzdichte bei 759.

Im Jahr 2017 waren 69 Prozent der Erwerbstätigen im Landkreis Mayen-Koblenz sozial-

versicherungspflichtig beschäftigt (Rheinland-Pfalz: ebenfalls 69 Prozent; Landkreise: 67 Prozent). Im Juni 2019 hatten 69 065 Menschen mit einem solchen Beschäftigungsverhältnis ihren Arbeitsort im Kreis. Zwischen Mitte 2018 und Mitte 2019 erhöhte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um rund ein Prozent (Rheinland-Pfalz: +1,7 Prozent; Landkreise: +1,6 Prozent). Im Zehnjahresvergleich ist die Zahl überdurchschnittlich um fast 27 Prozent gestiegen (Rheinland-Pfalz: +18 Prozent; Landkreise: +20 Prozent).

Starker Anstieg der Beschäftigtenzahlen in den letzten zehn Jahren

Laut Bundesagentur für Arbeit gab es Mitte 2019 rund 20 600 geringfügig entlohnte Beschäftigte in Mayen-Koblenz, davon waren 62 Prozent ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigt (Rheinland-Pfalz: 63 Prozent). Seit 2009 ist die geringfügige Beschäftigung um 16 Prozent gestiegen (Rheinland-Pfalz: +10 Prozent) und damit etwas schwächer als die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die Arbeitsmärkte des Landkreises Mayen-Koblenz und der umliegenden Regionen sind eng miteinander verflochten; es gibt eine große Zahl von Berufspendlerinnen und Berufspendlern. Berufsauspendlerinnen und -auspendler sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die zwar im Landkreis wohnen, aber außerhalb des Kreises arbeiten. Berufseinpenderinnen und -einpender arbeiten dagegen im Kreis, wohnen aber jenseits der Kreisgrenzen.

Starke Arbeitsmarktverflechtung mit den umliegenden Regionen

Im Jahr 2019 pendelten täglich 43 200 Beschäftigte aus dem Landkreis Mayen-Koblenz aus und 28 800 in den Kreis hinein. Daraus ergibt sich ein Auspendlerüberschuss von 14 400 Beschäftigten. Vergleiche mit anderen Regionen sind wegen der Größenunterschiede nur mithilfe von Kennzahlen

Auspenderüberschuss von 14 400 Beschäftigten

Arbeitsplatzdichte

Die absolute Zahl der Erwerbstätigen ist aufgrund der Größenunterschiede der Regionen als Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wenig aussagekräftig. Deshalb wird die sogenannte Arbeitsplatzdichte berechnet. Sie bezieht die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.



T1 Auspendler/-innen und Einpendler/-innen aus dem bzw. in den Landkreis

Zielgebiet Herkunftsgebiet	Auspendler/-innen ¹		Einpendler/-innen ²	
	Anzahl	Anzahl in %	Anzahl	Anzahl in %
Insgesamt	43 213	100	28 800	100
darunter				
Rheinland-Pfalz	36 360	84,1	24 610	85,5
darunter				
Koblenz, St.	19 688	45,6	5 444	18,9
LK Ahrweiler	3 061	7,1	3 443	12,0
LK Cochem Zell	1 571	3,6	2 809	9,8
LK Neuwied	6 054	14,0	6 426	22,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 301	3,0	1 125	3,9
Westerwaldkreis	1 829	4,2	2 264	7,9
Nordrhein-Westfalen	3 450	8,0	1 674	5,8
darunter				
Bonn, St.	1 007	2,3	269	0,9
Düsseldorf, St.	185	0,4	52	0,2
Köln, St.	672	1,6	191	0,7
Rhein-Sieg-Kreis	374	0,9	318	1,1

¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 2019, die im Landkreis wohnen aber zur Arbeit über die Kreisgrenze hinaus fahren (ohne Ausland). – ² Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 2019, die im Landkreis arbeiten aber nicht wohnen.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

möglich: Auf 100 Beschäftigte mit Wohnort im Kreis kommen 52 Auspendlerinnen und Auspendler (Landkreise: 54). Landkreise weisen in der Regel einen Auspendlerüberschuss bzw. eine höhere Auspendler- als Einpendlerquote auf, während die kreisfreien Städte in der Regel einen Einpendlerüberschuss bzw. eine höhere Einpendler- als Auspendlerquote haben.

Stärkster Auspendlerstrom in die kreisfreie Stadt Koblenz

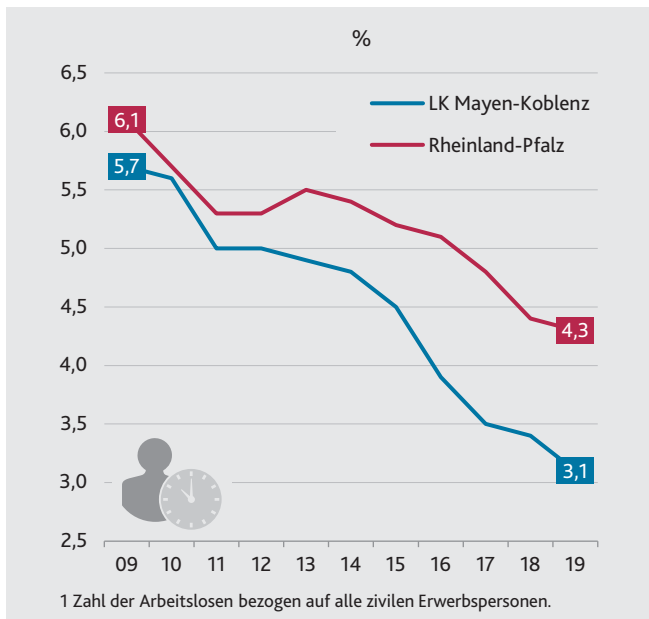
Der Großteil der Auspendlerinnen und Auspendler aus dem Kreis Mayen-Koblenz hatte einen Arbeitsplatz im übrigen Rheinland-Pfalz (84 Prozent). Der mit Abstand stärkste Auspendlerstrom führte in die kreisfreie Stadt Koblenz; rund 19 700 Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises waren hier tätig (46 Prozent aller Auspendlerinnen und Auspendler des Kreises). In den Nachbarkreis Neuwied pendelten 14 Prozent, im

Landkreis Ahrweiler hatten immerhin noch sieben Prozent der Pendlerinnen und Pendler ihren Arbeitsplatz.

Auch der überwiegende Teil der Einpendlerinnen und Einpendler in den Landkreis wohnen in Rheinland-Pfalz (85,5 Prozent). Die meisten Einpendlerinnen und Einpendler kamen 2019 aus dem Landkreis Neuwied (22 Prozent).

Die außerhalb von Rheinland-Pfalz bestehenden Pendlerverflechtungen konzentrieren sich auf das Nachbarland Nordrhein-Westfalen und hier besonders auf die Stadt Bonn. Von den Auspendlerinnen und Auspendlern des Kreises arbeiteten knapp 16 Prozent außerhalb von Rheinland-Pfalz. Nach Nordrhein-Westfalen pendeln acht Prozent; 2,3 Prozent hatten ihren Arbeitsplatz in Bonn.

Pendlerverflechtungen mit Nordrhein-Westfalen

**G8 Arbeitslosenquote¹ 2009–2019**

Ihren Wohnort außerhalb von Rheinland-Pfalz hatten 14,5 Prozent der Einpendlerinnen und Einpendler. Die meisten dieser Beschäftigten kamen aus Nordrhein-Westfalen (5,8 Prozent), insbesondere aus Bonn (ein Prozent).

Günstigere
Arbeitslosen-
quote als im
Land insgesamt

Seit zehn Jahren ist die Arbeitslosenquote im Kreis niedriger als die des Landes. Die Arbeitslosenquote gibt den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen an. Sie lag 2019 bei 3,1 Prozent und somit auch unter dem Durchschnitt der Landkreise (Rheinland-Pfalz: 4,3 Prozent; Landkreise: 3,6 Prozent). Im Jahresdurchschnitt 2019 waren 3 694 Personen im Landkreis Mayen-Koblenz arbeitslos gemeldet.

Die höchste Arbeitslosenzahl im Landkreis wurde mit knapp 9 700 Menschen bzw. einer Quote von über neun Prozent 2005 registriert. Auch im Land erreichte die Arbeitslosigkeit damals ihren Höchststand (8,8 Prozent). Im Jahr 2019 konnte die bislang niedrigste Arbeitslosenquote in Mayen-

SGB II-Quote

Die SGB II-Quote bezieht die Zahl der Leistungsberechtigten, die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) erhalten, auf 100 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter bis zur Regelaltersgrenze.

Koblenz vermeldet werden. Im Vergleich zu 2009 sank sie um 2,6 Prozentpunkte (Rheinland-Pfalz: –1,8 Prozentpunkte).

Jüngere und ältere Arbeitslose stellen eine besondere Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik dar, denn bei ihnen besteht die Gefahr, dass der Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht bzw. nicht wieder gelingt. Die Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen war 2019 mit 3,2 Prozent günstiger als im Landesdurchschnitt (vier Prozent; Landkreise: 3,5 Prozent). Die Arbeitslosenquote der 55- bis unter 65-Jährigen fiel mit 3,5 Prozent ebenfalls etwas niedriger aus als im rheinland-pfälzischen Durchschnitt (4,7 Prozent; Landkreise: 4,2 Prozent).

Arbeitslosen-
quote auch bei
Jugendlichen
niedrig

Die SGB II-Quote liefert Erkenntnisse über die Arbeitsmarktlage und die Wohlstandsverhältnisse in einer Region. Sie war im Dezember 2018 im Landkreis Mayen-Koblenz mit 5,8 Prozent geringer als in Rheinland-Pfalz insgesamt (6,8 Prozent). Werden nur die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (15 Jahre bis zur Regelaltersgrenze) betrachtet, ergibt sich eine Hilfequote von 4,9 Prozent (Rheinland-Pfalz: 5,8 Prozent). Bei den unter 15-Jährigen liegt sie bei 9,5 (Rheinland-Pfalz: 11,6 Prozent).

Niedrige
SGB II-Quote

Fazit

Mayen-Koblenz ist der bevölkerungsstärkste Landkreis in Rheinland-Pfalz. Die guten



Lebensbedingungen und die Attraktivität des Kreises als Wohnort zeigen sich auch in der unterdurchschnittlichen Arbeitslosen- und SGB II-Quote. Viele Erwerbstätige sind Pendler; sie arbeiten in den angrenzenden städtischen Regionen, haben aber ihren Wohnort im Landkreis Mayen-Koblenz.

Mayen-Koblenz gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen im Land. Der Wirtschaftsstandort ist vom Produzierenden Gewerbe geprägt. Sowohl das Verarbeitende Gewerbe als auch das Baugewerbe haben in den letzten zehn Jahren ein überdurchschnittliches Wachstum erzielt. Das führte dazu, dass im Produzierenden Gewerbe viele neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Die zentrale Lage des Landkreises, günstige

Verkehrsanbindungen sowie die Nähe zum Hochschulstandort Koblenz bieten gute Chancen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Auch der Tourismus im Landkreis verzeichnete in den letzten zehn Jahren überdurchschnittliche Wachstumsraten. Die vielfältigen touristischen Angebote im Land zogen immer mehr Besucherinnen und Besucher nach Mayen-Koblenz.

Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH), und Katharina Schröder, Bachelor of Science, sind Mitarbeiterinnen im Referat „Veröffentlichungen“.

Regionaldaten im Internet

In der Reihe Rheinland-Pfalz regional sind bereits folgende Beiträge in den Statistischen Monatsheften erschienen:

- | | |
|---|--|
| ▪ 6/2019 Landkreis Südliche Weinstraße | ▪ 5/2011 Eifelkreis Bitburg-Prüm |
| ▪ 6/2018 Kreisfreie Stadt Worms | ▪ 3/2011 Kreisfreie Stadt Koblenz |
| ▪ 5/2016 Landkreis Alzey-Worms | ▪ 2/2011 Kreisfreie Stadt Speyer |
| ▪ 6/2015 Landkreis Kaiserslautern | ▪ 8/2010 Rhein-Hunsrück-Kreis |
| ▪ 4/2015 Kreisfreie Stadt Landau in der Pfalz | ▪ 5/2010 Kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße |
| ▪ 6/2014 Landkreis Mayen-Koblenz | ▪ 9/2009 Kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein |
| ▪ 11/2013 Landkreis Neuwied | ▪ 6/2009 Landkreis Bad Kreuznach |
| ▪ 6/2013 Rhein-Lahn-Kreis | ▪ 7/2008 Kreisfreie Stadt Mainz |
| ▪ 4/2013 Westerwaldkreis | ▪ 5/2008 Landkreis Ahrweiler |
| ▪ 5/2012 Landkreis Mainz-Bingen | ▪ 9/2007 Kreisfreie Stadt Trier |
| ▪ 4/2012 Frankenthal (Pfalz) | ▪ 6/2007 Landkreis Birkenfeld |
| ▪ 10/2011 Kreisfreie Stadt Pirmasens | |

Diese Beiträge und unser umfangreiches Datenangebot auf regionaler Ebene finden Sie bei uns im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/regional/

Meine Heimat bietet Ergebnisse zu zahlreichen Themen für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Verbandsgemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise. Das **Kommunaldatenprofil** stellt Ergebnisse zu verschiedenen Themenbereichen für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden eines Landkreises bereit. Ziel der **Geowebdienste** ist die Darstellung von Strukturen in Karten. Diese sind druck- und zoombar; ergänzende Tabellen können sortiert und exportiert werden. Die Querschnittsveröffentlichung **Rheinland-Pfalz regional** bietet einen vielfältigen Überblick für die zwölf kreisfreien Städte und 24 Landkreise. Ergänzt wird das Angebot durch Informationen und Ergebnisse zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für die EuroRegion Oberrhein sowie die Großregion.

Einführung einer Studienverlaufsstatistik

Studienfortführungs- und Hochschulwechselquote im Bildungsweg



Von Dr. Marco Schröder

Mit der im Rahmen der Bologna-Reform initiierten Einführung eines Systems aufeinander aufbauender Studiengänge bzw. Hochschulabschlüsse ist der bildungspolitische Bedarf gestiegen, sachgerechte und valide Informationen zu den Übergängen zwischen Bachelor, Master und Promotion sowie zum Studienerfolg in den einzelnen Studienabschnitten zu erhalten.¹

Neben dieser vertikalen Mobilität stieg in einem zunehmenden Wettbewerb zwischen den Hochschulen um Studierende, wissenschaftliche Fachkräfte und Fördermittel auch das Interesse an der horizontalen Mobilität, also dem Wanderungsverhalten der Studierenden und Promovierenden zwischen den Hochschulen, Standorten und Bundesländern. Die Forderungen aufgreifend formulierte der Ausschuss für Hochschulstatistik im Deutschen Bundestag im Jahr 2013 die Empfehlung, Studienverläufe im Rahmen der gesetzlichen Hochschulstatistik zu erfassen.²

Einführung einer Studienverlaufsstatistik

Einführung der
Verlaufsstatistik
im Rahmen
des HStatG

Das 2016 in Kraft getretene Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen sowie für die Berufsakademien (HStatG) griff die Forderung des Ausschusses für Hochschulstatistik auf und führte eine Verlaufsstatistik basierend auf ausgewählten Daten der Studierenden, Prüfungsteilnehmenden und Promovierenden ein. Hierzu darf nach dem HStatG ein eindeutiges verschlüsseltes und

nicht zurück verfolgbares Pseudonym verwendet werden. Auf Basis des Pseudonyms können Einzeldatensätze jahresübergreifend miteinander verknüpft und dadurch Verläufe in Studium und Promotion nachvollzogen werden – und zwar für einen gesetzlich definierten Zeitraum über 18 Jahre. Hintergrund des vergleichsweise langen Zeitraums ist, dass auch akademische Bildungsbiografien berücksichtigt werden sollen, die durch (berufliche) Unterbrechungen zwischen Bachelorabschluss und der Aufnahme eines Masterstudiums bzw. zwischen Masterabschluss und Beginn einer Promotion gekennzeichnet sind.

¹ Vgl. Willand, I.: Studienverlaufsanalysen: Informationsbedarf und Datenverfügbarkeit. In: Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Wirtschaft und Statistik 11, Wiesbaden 2007, S. 1073 ff.

² Vgl. Deutscher Bundestag: 15. Bericht des Ausschusses für die Hochschulschulstatistik für den Zeitraum 1. Juni 2008 bis 31. Mai 2012. Drucksache 17/13668, Berlin, S. 3.

Neue Analyse-
möglichkeiten**Untersuchungsgegenstand**

Eine Studienverlaufsdatenbank eröffnet eine Reihe neuer Untersuchungsmöglichkeiten. Aufgrund nur weniger bisher vorliegender Semester liegt der Fokus dieses Beitrags auf

- dem Verbleib der Bachelorabsolventinnen und -absolventen (Studienfortführungsquote),

- dem Hochschulwechsel im Übergang zum Masterstudium (Hochschulwechselquote zum Masterstudium) und
- dem Wechsel der Hochschule innerhalb des Erststudiums (Hochschulwechselquote in den ersten vier Hochschulsemestern).

Weitere Untersuchungen, zum Beispiel zum Studienerfolg oder zum Fachwechsel, wer-

Pseudonymisierung und Qualität der Verlaufsdaten

Die Daten der Studienverlaufsstatistik werden aus der Studierenden-, Prüfungs- und Promovierendenstatistik gewonnen. Das für die Verknüpfung der Daten notwendige Pseudonym wird aus mehreren Hilfsmerkmalen gebildet, beispielsweise den ersten vier Buchstaben des Vornamens, der Hochschule der Ersteinschreibung und weiteren Merkmalen. Die Merkmale sollen in ihrer Kombination ein eindeutiges Pseudonym gewährleisten, das über viele Jahre eine möglichst hohe Stabilität aufweist. Eine semesterübergreifende Stabilität des Pseudonyms ist jedoch nicht vollständig gewährleistet. Beispielsweise kommt es vor, dass ein nicht eindeutig als solcher erkennbare Nachname in einem Semester als Vorname und im nächsten Semester als Nachname eingetragen wird. Dadurch verändert sich der für die Bildung des Pseudonyms relevante Eintrag der ersten vier Buchstaben des Vornamens.

Unterschiedliche Plausibilisierungsmechanismen tragen dazu bei, solche Fehler auf Basis der anderen zur Verfügung stehenden Hilfsmerkmale zu minimieren. Eine Untersuchung des Statistischen Bundesamtes zeigte, dass zwischen dem Sommersemester 2017 und dem Wintersemester 2017/18 bereits 95,4 Prozent der Datensätze ohne zusätzliche Plausibilisierungen des Verlaufs über das Pseudonym verknüpft werden konnten.¹ Mit einer stufenweisen Plausibilisierung, in der in jeder weiteren Stufe zusätzliche Merkmale berücksichtigt wurden, konnten sogar 98,2 Prozent der Datensätze miteinander verbunden werden. Mit zunehmender Semesterzahl nimmt die Kongruenz zwischen den Datensätzen dennoch kontinuierlich ab. Aus methodischen Gründen werden daher bei der Ergebnispräsentation keine Häufigkeiten, sondern prozentuale Verteilungen dargestellt.

Abschließend gewährleistet ein Verschlüsselungsprozess, ein sogenannter Hash-Algorithmus, dass die ausgewählten Merkmale zu einem nicht zurück verfolgbar Pseudonym zusammengesetzt werden. Das bedeutet, dass zwar aus den Hilfsmerkmalen das Pseudonym gebildet werden kann, nicht aber aus dem Pseudonym die Hilfsmerkmale abgeleitet werden können. Nach Abschluss der Pseudonymerzeugung und Erhebungsaufbereitung werden die Hilfsmerkmale gelöscht.

¹ Vgl. Neumann, M., et al.: Qualitätsuntersuchungen zu den Verlaufsdaten. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden 2019, Folie 8 ff.



Perspektivisch:
Auswertung der
Fachwechsel-
quote und des
Studienerfolgs

den erst zu einem späteren Zeitpunkt in das Auswertungsportfolio aufgenommen, wenn mehrere aufeinander folgende Semester für die Studienverlaufsstatistik erfasst wurden. Aktuell stehen für den Zeitraum vom Wintersemester 2017/18³ bis zum Sommersemester 2019, also für vier Semester, verwertbare Daten zur Verfügung.

Studienfortführungsquote: Verbleib von Bachelorabsolventinnen und -absolventen

Um eine Aussage über den Verbleib der Bachelorabsolventinnen und -absolventen innerhalb des Hochschulsystems zu machen, wurde als Ausgangspunkt das Prüfungsjahr 2018 (Wintersemester 2017/18 und Sommersemester 2018) und der Beobachtungszeitraum vom Wintersemester 2017/18 bis zum Sommersemester 2019 festgelegt. Untersucht wurde, inwieweit Bachelorabsolventinnen und -absolventen (ohne Lehramt), die im Prüfungsjahr 2018 ihren Abschluss erworben haben, sich zwischen dem Wintersemester 2017/18 und dem Sommersemester 2019 in einen Masterstudiengang bzw. ein sonstiges Studium immatrikulierten oder kein weiteres Studium aufnahmen. Das Wintersemester 2017/18 wurde als Beginn des Untersuchungszeitraums ausgewählt, da auch Personen zu erwarten sind, die in diesem Semester sowohl ihren Bachelorabschluss erwarben als auch ein Masterstudium begannen. Hintergrund ist, dass es Fälle gibt, in denen Studierende ihre Abschlussnote – und damit den formalen Abschluss – erst ein Semester nach der eigentlichen Prüfungsleistung erhalten. Um kein Semester zu verlieren, ermöglichen es viele Hochschulen auch ohne endgültige Abschlussnote ein weiterführen-

des Studiums aufzunehmen, sofern die übrigen Leistungen für eine Aufnahme sprechen. Insgesamt wurden im Untersuchungszeitraum 10 400 Bachelorabsolventinnen und -absolventen untersucht.

Die Aufnahme eines weiterführenden Studiums hängt in der Regel von den subjektiv erwarteten Erträgen, Aufwänden und Erfolgsaussichten⁴ sowie von den Zugangsvoraussetzungen des angestrebten Berufs ab. Etwas weniger als die Hälfte der Studierenden, die im Prüfungsjahr 2018 in Rheinland-Pfalz einen Bachelorabschluss erlangt haben, begannen bis zum Sommersemester 2019 ein weiterführendes Studium, davon 43 Prozent ein Masterstudium und drei Prozent ein sonstiges Studium. Rund 54 Prozent schrieben sich in kein neues Studium ein. Das heißt, dass circa die Hälfte der Absolventinnen und Absolventen im Hochschulsystem im Studierendenstatus verblieben sind und die andere Hälfte in ein Beschäftigungsverhältnis, die Selbstständigkeit, einen Arbeitsuchendenstatus, eine nicht akademische Weiterbildung oder eine Übergangsphase eingetreten sind.

Besonders hoch war der Anteil der Bachelorabsolventinnen und -absolventen in der Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaften“, die nach ihrem Abschluss ein Masterstudium aufnahmen. Rund 73 Prozent der Absolventinnen und Absolventen schrieben sich bis zum Sommersemester 2019 ein. Demgegenüber lag der Anteil derjenigen, die nach ihrem Bachelorabschluss ein Masterstudium begannen, in den Fächergruppen „Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin“ (28 Prozent), „Humanmedizin,

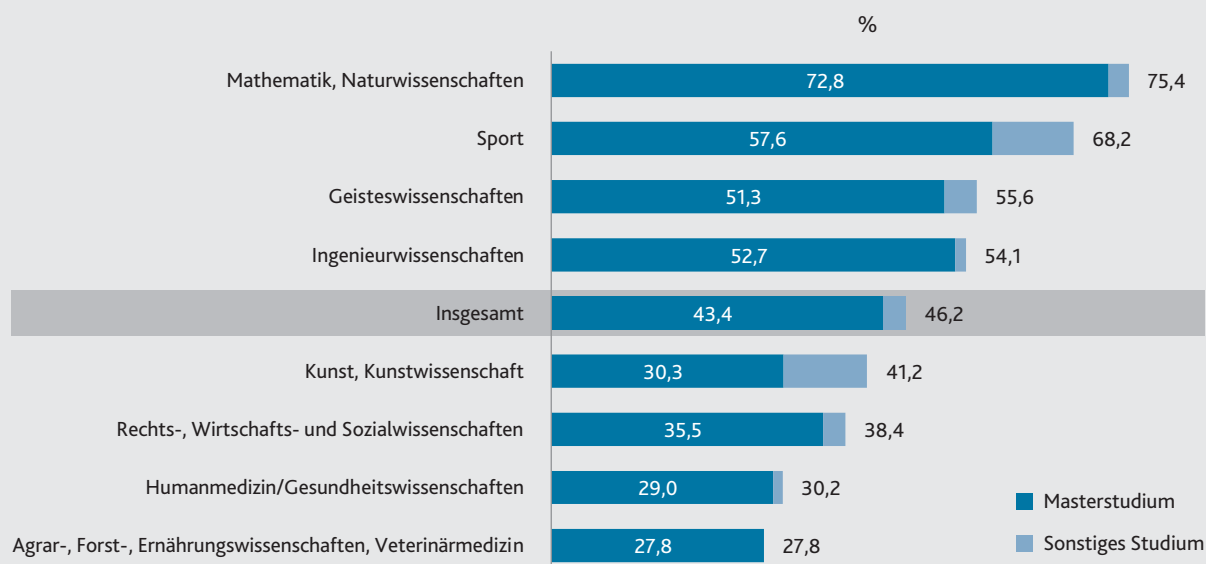
Gründe für den
Verbleib in der
akademischen
Ausbildung

Viele Übergänge
in das Masterstudium
in den Naturwissenschaften

³ Abhängig von Untersuchungsgegenstand stehen zum Teil auch ab dem Sommersemester 2017 Verlaufsdaten zur Verfügung.

⁴ Vgl. Lörz, M. et al.: Determinanten des Übergangs ins Masterstudium. Theoretische Modellierung und empirische Überprüfung. In: Lörz, M./Quast, H. (Hrsg.): Bildungs- und Berufsverläufe mit Bachelor und Master. Determinanten, Herausforderungen und Konsequenzen. Wiesbaden 2019, S. 57.

G1 Studienfortführungsquote der Bachelorabsolventen/-innen¹ im Prüfungsjahr 2018 zwischen Wintersemester 2017/18 und Sommersemester 2019 nach Fächergruppen



¹ Bachelorabschluss an rheinland-pfälzischer Hochschule.

Arbeitsmarkt-
aussichten
und -anfor-
derungen sind
wesentliche
Entscheidungs-
gründe

Gesundheitswissenschaften" (29 Prozent), „Kunst, Kunstwissenschaft" (30 Prozent) und „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften" (35 Prozent) deutlich niedriger. In den Fächergruppen „Sport" (58 Prozent), „Ingenieurwissenschaften" (53 Prozent) und „Geisteswissenschaften" (51 Prozent) waren es jeweils knapp über die Hälfte der Absolventinnen und Absolventen, die sich in einen Masterstudiengang immatrikulierten. Die Gründe für die Unterschiede liegen im Wesentlichen in den unterschiedlichen Arbeitsmarktaussichten und -anforderungen, den institutionalisierten Bildungswegen wie im Lehrerberuf, in dem in der Regel erst der Masterabschluss den Zugang zur Berufsausübung eröffnet, und den jeweiligen berufshistorisch etablierten Besonderheiten. Auffällig war zudem, dass in den Kunstwissenschaften und im Sport häufig ein anderes Studium als das Masterstudium fortgeführt wurde. Dies kann einerseits ein masteradäquates Studium sein, andererseits aber auch aufgrund der möglicherweise unsicheren

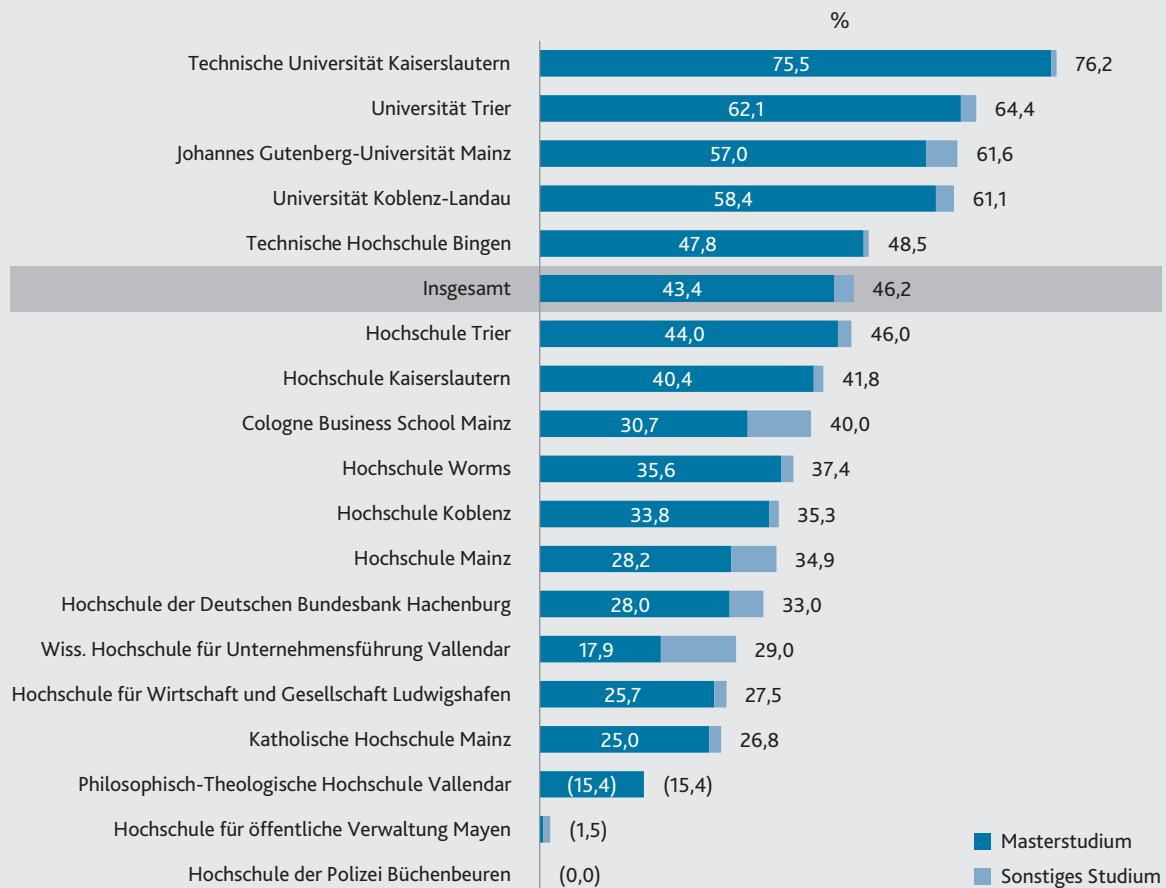
Erfolgsaussichten auf dem Arbeitsmarkt ein zweites Bachelorstudium.

Deutliche Unterschiede konnten auch zwischen den Hochschularten festgestellt werden. So belegten deutlich mehr Bachelorabsolventinnen und -absolventen, die ihren Abschluss an einer wissenschaftlichen Hochschule oder Universität erworben haben, einen Masterstudiengang (59 Prozent) als diejenigen, die das Bachelorstudium an einer Fachhochschule (35 Prozent) oder Verwaltungsfachhochschule (vier Prozent) absolvierten. Universitäten und wissenschaftliche Hochschulen legen ihren Schwerpunkt häufig auf wissenschaftliche oder lehramtsbezogene Ausbildungen, die für den Zugang zum Lehrerberuf oder zur Promotion einen Masterabschluss erfordern. Dagegen legen Fachhochschulen ihren Schwerpunkt auf eine stärker anwendungs- und arbeitsmarktorientierte Ausbildung. Dadurch gelingt der Berufseinstieg vielen Studierenden bereits nach dem

Häufige Aufnahme eines Masterstudiums nach Universitätsabschluss



G2 Studienfortführungsquote der Bachelorabsolventen/-innen¹ im Prüfungsjahr 2018 zwischen Wintersemester 2017/18 und Sommersemester 2019 nach Hochschulen²



¹ Bachelorabschluss an rheinland-pfälzischer Hochschule. – ² Ohne Hochschule für Finanzen (nur Diplomabschluss), ohne Cusanus Hochschule Bernkastel-Kues (im Prüfungsjahr 2018 nur Masterabsolventen/-innen). – () Eingeschränkte Interpretationsfähigkeit aufgrund geringer Fallzahlen.

Bachelorstudium. Neben den verschiedenen Ausrichtungen der Hochschularten bestehen auch Unterschiede in den Angeboten.

Größeres
Masterangebot
an Universitäten

Während beispielsweise im Wintersemester 2019/20 die wissenschaftlichen Hochschulen und Universitäten im Durchschnitt 57 Masterstudiengänge anboten, waren es an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Fachhochschulen durchschnittlich nur 19. Die geringe Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiengangs an einer Verwaltungsfachhochschule, die sich in ein weiterführendes Studium einschrieben, ist

darauf zurückzuführen, dass an Verwaltungsfachhochschulen keine Masterstudiengänge angeboten werden. Diese Hochschulart bildet im Wesentlichen den Nachwuchs im gehobenen Dienst in der öffentlichen Verwaltung aus (z. B. Polizeidienst, Verwaltungswissenschaft).⁵

Die höchste Übergangsquote vom Bachelorabschluss in das Masterstudium konnte an der Technischen Universität Kaiserslautern festgestellt werden. Gut drei Viertel der Bachelorabsolventinnen und -absol-

Höchste Übergangsquote an der TU Kaiserslautern

⁵ Vgl. u. a. Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz: Porträt. <https://hoev-rlp.de/de/hochschule/portraet>, Abruf am 22.06.2020.

venten des Abschlussjahrgangs 2018 nahmen bis zum Sommersemester 2019 ein Masterstudium auf. An den Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Fachhochschulen konnte mit 48 Prozent an der Technischen Hochschule Bingen die höchste Übergangsquote nachgewiesen werden. In den hohen Übergangsquoten an den technischen Hochschulen spiegeln sich die fächer-spezifischen Ergebnisse wieder, in denen Studierende in mathematischen, naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern vergleichsweise häufig nach dem Bachelorabschluss ein Masterstudium begannen.

Nur geringe Geschlechter-unterschiede bei der Studienfortführungsquote

Geschlechterspezifische Unterschiede bezüglich der Aufnahme eines weiterführenden Studiums gab es nur in einem vergleichsweise geringen Ausmaß. Insgesamt entschieden sich nach dem Bachelorabschluss 45 Prozent der Männer und 42 Prozent der Frauen für die Einschreibung in ein Masterstudium. Etwas größere Unterschiede konnten lediglich in den künstlerischen und sportwissenschaftlichen Fächern festgestellt werden.

In der Analyse der herkunftsspezifischen Differenzen konnten nur geringe bis moderate Unterschiede nachgewiesen werden. So begannen Absolventinnen und Absolventen mit deutscher Staatsangehörigkeit zu 44 Prozent ein Masterstudium und ausländische Studierende zu 38 Prozent. Rund 40 Prozent der sogenannten Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, also Absolventinnen und Absolventen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und einer im Ausland erworbenen Hochschulzugangsberechtigung, schrieben sich nach ihrem Bachelorabschluss in ein Masterstudium ein. Zu einem geringeren Übergang

(33 Prozent) in ein Masterstudium führt hingegen ein Auslandsaufenthalt während des Studiums. Hintergrund ist womöglich, dass auslanderfahrene Absolventinnen und Absolventen bereits nach dem Bachelorabschluss auf dem Arbeitsmarkt eine hohe Nachfrage erfahren.

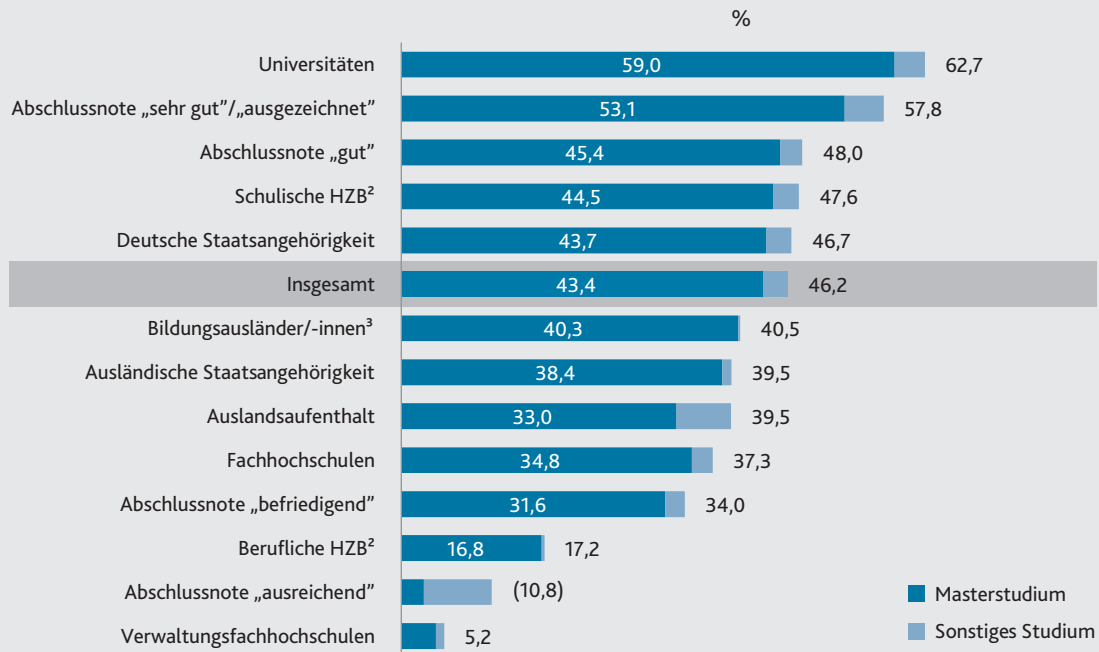
Nach Auslandsaufenthalt erfolgt vergleichsweise selten eine Einschreibung in das Masterstudium

Einen stärkeren Einfluss auf den Übergang in ein Masterstudium hat die Art der Hochschulzugangsberechtigung. So zeigt sich, dass diejenigen, die ihr Erststudium aufgrund einer beruflichen Hochschulzugangsberechtigung (z. B. Meister/-in) aufnahmen, nur vergleichsweise selten nach dem Bachelorabschluss ein Masterstudium begannen. Im Prüfungsjahrgang 2018 waren es bis zum Sommersemester 2019 nur 17 Prozent. Bei denjenigen, die eine schulische Hochschulzugangsberechtigung wie das Abitur oder die Fachhochschulreife besaßen, lag die Übergangsquote bei 44 Prozent. Ursächlich könnte sein, dass Studierende mit beruflicher Zugangsberechtigung häufig bereits mehrere Jahre im Beruf tätig waren und damit bereits zum Studieneinstieg älter sind als diejenigen mit schulischer Hochschulzugangsberechtigung. So lag in Rheinland-Pfalz der Modalwert für Studienanfängerinnen und -anfänger mit beruflicher Hochschulzugangsberechtigung bei 25 Jahren und bei denjenigen mit schulischer Hochschulzugangsberechtigung bei 19 Jahren. Dadurch ist zu vermuten, dass beruflich Qualifizierte nach dem Bachelorabschluss die Aufnahme eines Masterstudiums eher selten wahrnehmen, um eine schnelle Rückkehr in das Erwerbsleben mit dem Ziel zu ermöglichen, den häufig bereits aufgebauten Lebensstandard beizubehalten oder nach der akademischen Qualifikation beruflich zeitnah aufzusteigen. Dadurch ist anzunehmen,

Absolventen/-innen mit beruflicher Hochschulzugangsberechtigung machen nur selten ein Masterstudium



G3 Studienfortführungsquote der Bachelorabsolventen/-innen¹ im Prüfungsjahr 2018 zwischen Wintersemester 2017/18 und Sommersemester 2019 nach ausgewählten Merkmalen



¹ Bachelorabschluss an rheinland-pfälzischer Hochschule. – ² Hochschulzugangsberechtigung. – ³ Ausländische Staatsangehörigkeit und im Ausland erworbene Hochschulzugangsberechtigung. – () Eingeschränkte Interpretationsfähigkeit aufgrund geringer Fallzahlen.

dass der Anreiz geringer ist, ein weiterführendes Studium aufzunehmen.

Je besser die Note, umso eher erfolgt die Einschreibung in einen Masterstudiengang

Erwartungsgemäß hat auch die Abschlussnote des Bachelorstudiengangs Einfluss auf die Übergangsquote in ein Masterstudium, da viele Masterstudiengänge ein mindestens mit gut bewertetes Abschlusszeugnis voraussetzen. So nahmen 53 Prozent der Bachelorabsolventinnen und -absolventen mit einer ausgezeichneten bzw. sehr guten Abschlussnote ein Masterstudium auf, 45 Prozent mit „gut“ und 32 Prozent mit „befriedigend“. Absolventinnen und Absolventen mit der Note „ausreichend“ schrieben sich im Untersuchungszeitraum nur zu 2,7 Prozent in ein Masterstudium ein. Auch wenn die Fallzahl der Übergänge in das Masterstudium bei den mit „ausreichend“ abgeschlossenen Prüfungen nur eine einge-

schränkte Interpretationsfähigkeit erlaubt, zeigen die Ergebnisse, dass je besser die Note ausfiel, umso höher die Übergangsquote in das Masterstudium war.

Hochschulwechselquote im Übergang zum Masterstudium

Neben dem Verbleib der Bachelorabsolventinnen und -absolventen wurde untersucht, inwieweit Masterstudierende nach Abschluss ihres Bachelorstudiums die Hochschule für das Masterstudium gewechselt haben. Berücksichtigt wurden Studierende im ersten Fachsemesters eines Masterstudiengangs an einer rheinland-pfälzischen Hochschule im Wintersemester 2018/19 und im Sommersemester 2019, die im jeweils davorliegenden Semester noch im Bachelorstudium eingeschrieben waren. Die

Analyse der Hochschulwechselquote für das Masterstudium

Analyse berücksichtigt damit zunächst zwei Untersuchungsgruppen, da Unterschiede zwischen der Aufnahme eines Masterstudiums im Sommer- und Wintersemester zu erwarten sind. Hintergrund ist, dass einige Studienangebote ausschließlich im Wintersemester beginnen. Insgesamt wurden bis zu 2 400 Masteranfängerinnen und -anfänger an den rheinland-pfälzischen Hochschulen in der Analyse untersucht.

Einer von vier Studierenden wechselte für das Masterstudium die Hochschule

Knapp ein Viertel der Studierenden in einem rheinland-pfälzischen Masterstudiengang im ersten Fachsemester im Wintersemester 2018/19 wechselten nach Abschluss ihres Bachelorstudiums im Sommersemester 2018 die Hochschule, davon drei Prozent innerhalb von Rheinland-Pfalz und 22 Prozent aus einem anderen Bundesland nach Rheinland-Pfalz. Rund 80 Prozent derjenigen, die für ein Masterstudium die Hochschule wechselten, wählten eine Hochschule mit der gleichen Hochschulart

wie die Hochschule, an der sie den Bachelorabschluss erworben haben. Die Gründe für einen Hochschulwechsel für ein Masterstudium können vielfältig sein: das Angebot an Masterstudiengängen der Hochschule, die erfahrene Qualität der Lehre und Hochschulräumlichkeiten, Zugangsvoraussetzungen zum Masterstudiengang, studienspezifische Rahmenangebote wie Auslandsaufenthalte und Förderprogramme, Spezialisierungs- und Standortpräferenzen sowie familiäre und private Gründe.

Bachelorabsolventinnen und -absolventen im Wintersemester 2018/19 begannen deutlich seltener ein Masterstudium im direkt anschließenden Sommersemester 2019. Die Zahl der Masteranfängerinnen und -anfänger, die im Vorsemester einen Bachelorabschluss erwarben, war beinahe nur halb so groß wie beim Übergang zwischen dem Sommersemester 2018 zum Wintersemester 2018/19. Dies ist im Wesentlichen auf

Geringere Fallzahl der Masteranfänger/-innen im Sommersemester

G4 Hochschulwechselquote zwischen Bachelor- und Masterstudium¹ zwischen Sommersemester 2018 und Wintersemester 2018/19 nach Fächergruppen



¹ Mastereinschreibung an rheinland-pfälzischer Hochschule. – () Eingeschränkte Interpretationsfähigkeit aufgrund geringer Fallzahlen.



Festlegung
der Untersu-
chungseinheit

die höhere Zahl der Masterstudiengänge zurückzuführen, die im Wintersemester begonnen werden können. Die unterschiedliche Angebotssituation hat auch Einfluss auf den Wechsel einer Hochschule für ein Masterstudium. So konnte nur bei 16 Prozent dieser Masteranfängerinnen und -anfänger ein Hochschulwechsel nachgewiesen werden. Aufgrund der besseren Angebotssituation und der damit einhergehend höheren Fallzahlen werden in den nachfolgenden Auswertungen ausschließlich die Anfängerinnen und Anfänger eines Masterstudiums im Wintersemester 2018/19 berücksichtigt.

Häufiger
Hochschul-
wechsel für das
Masterstudium
in den Rechts-,
Wirtschafts-
und Sozialwis-
sensschaften

Ein Hochschulwechsel konnte zwischen Bachelorabschluss und Beginn des Masterstudiums am häufigsten in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften beobachtet werden: Knapp ein Drittel der Masterstudierenden in Rheinland-Pfalz wechselten für ihr weiterführendes Studium die Hochschule. In den Gesundheits- (64 Prozent) und Sportwissenschaften (36 Prozent) konnten zwar höhere Hochschulwechselquoten zwischen Bachelor- und Masterstudium festgestellt werden, die jedoch aufgrund der geringen Fallzahl als nicht aussagekräftig eingeschätzt werden. Die höchste Wahrscheinlichkeit, für ein Masterstudium an der Hochschule zu verbleiben, zeigte sich in der Mathematik und den Naturwissenschaften. Hier lag die Verbleibquote bei 87 Prozent und die Wechselquote entsprechend niedrig bei nur 13 Prozent. Ein Grund könnte hierfür sein, dass Naturwissenschaften und Mathematik üblicherweise ausschließlich ein Angebot der Universitäten sind und diese in der Regel eine größere Vielfalt an sowohl konsekutiven als auch nicht konsekutiven Masterstudiengängen anbieten.

Die Hochschulart der Hochschule des Masterstudiums nahm fächerübergreifend einen eher moderaten Einfluss auf die Hochschulwechselquote für die Aufnahme eines Masterstudiengangs in Rheinland-Pfalz. Während die Wechselquote an Universitäten bei 23 Prozent lag, fiel sie bei Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) mit 27 nur vier Prozentpunkte höher aus. Stärkeren Einfluss auf einen Wechsel hatte die Hochschulart des Bachelorstudiengangs: Bachelorabsolventinnen und -absolventen an einer Fachhochschule wechselten für einen Masterstudiengang zu 29 Prozent die Hochschule; Absolventinnen und Absolventen einer Universität nur zu 22 Prozent.

Im Gegensatz zu den moderaten Unterschieden der Hochschulwechselquoten zum Masterbeginn zwischen den Hochschularten sind zwischen den einzelnen Hochschulen deutlich größere Unterschiede festzustellen. Beispielsweise absolvierten 58 Prozent der Masteranfängerinnen und -anfänger der Hochschule Mainz ihren Bachelorabschluss an einer anderen Hochschule. Bei der Technischen Universität Kaiserslautern kamen hingegen nur zwölf Prozent der neu eingeschriebenen Masterstudierenden, die im Vorsemester ihr Bachelorstudium abschlossen, von einer anderen Hochschule.

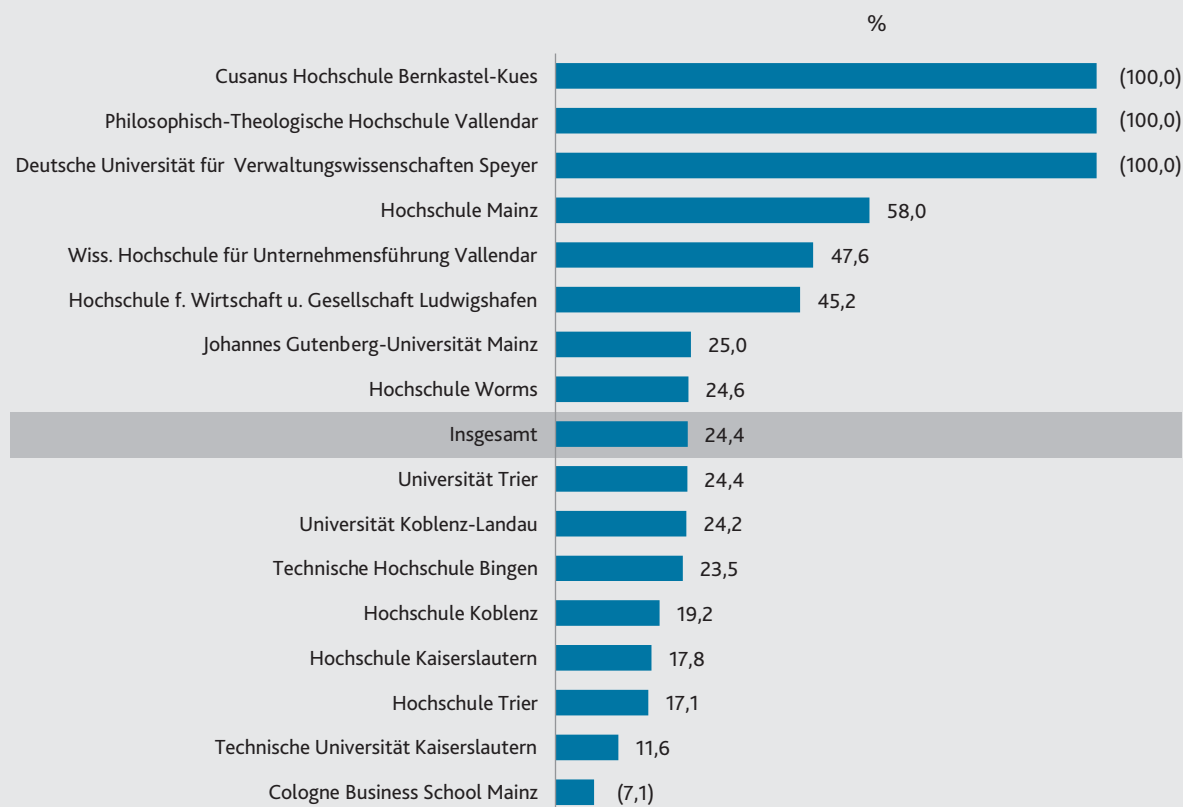
Neben den Fächer- und Standortunterschieden konnten auch geschlechterspezifische Differenzen hinsichtlich des Verbleibs an der Hochschule bei Einschreibung in einen Masterstudiengang festgestellt werden. So zeigte sich in der Analyse der Verlaufsdaten, dass von den männlichen Masterstudierenden im ersten Fachsemester rund 82 Prozent an der Hochschule ihres Bachelorabschlusses verblieben sind. Bei den weiblichen Masteranfängerinnen lag diese Quote bei nur knapp

Bachelor-
absolventen/
-innen an
Fachhochschu-
len wechselten
die Hochschule
häufiger für ein
Masterstudium

Mehr als
die Hälfte
der Master-
anfänger/-innen
der Hochschule
Mainz kamen
von einer ande-
ren Hochschule

Knapp ein Drit-
tel der Frauen
und weniger
als ein Fünftel
der Männer
wechselten
für das Mas-
terstudium die
Hochschule

G5 Hochschulwechselquote zwischen Bachelor- und Masterstudium¹ zwischen Sommersemester 2018 und Wintersemester 2018/19 nach Fächergruppen



¹ Mastereinschreibung an rheinland-pfälzischer Hochschule. – () Eingeschränkte Interpretationsfähigkeit aufgrund geringer Fallzahlen.

Knapp ein Drittel der Frauen und weniger als ein Fünftel der Männer wechselten für das Masterstudium die Hochschule

70 Prozent. Etwa 30 Prozent der weiblichen Masterstudierenden, die im Vorsemester ihr Bachelorabschluss erwarben, wechselten die Hochschule. Die Wechselquote lag damit zwölf Prozentpunkte höher als bei den Männern. Mit Ausnahme des künstlerischen Bereichs zeigte sich dieser geschlechterspezifische Unterschied in allen Fächergruppen. So lag die Hochschulwechselquote bei Frauen in den Geisteswissenschaften (28 Prozent) um 19 und in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern (20 Prozent) um 15 Prozentpunkte höher als bei den Männern.

Ein Erklärungsansatz wäre, dass Frauen allgemein eine höhere Mobilität in der Ausbil-

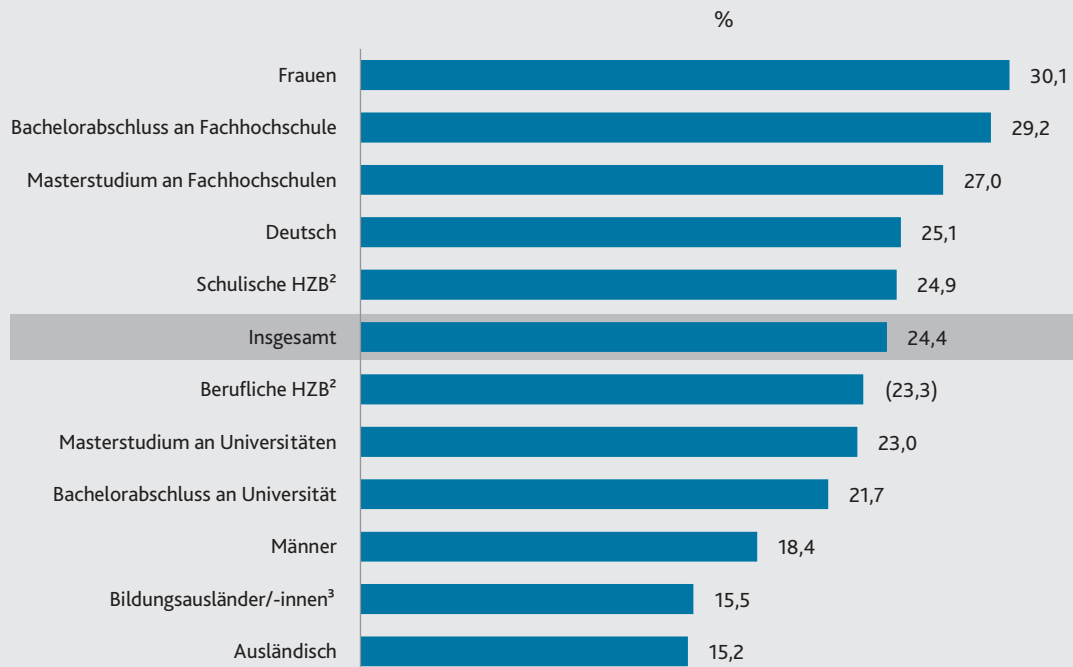
dungsphase aufweisen. Unter anderem Heublein et al. zeigten, dass Frauen „etwas häufiger auslandsmobil als Männer“ im Studium sind.⁶ Dies wird jedoch im Wesentlichen durch die unterschiedliche Studienfachwahl begründet, da in den stärker von Frauen wahrgenommenen sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächern Auslandsaufenthalte häufiger stattfinden. Auch in der von der Hochschulrektorenkonferenz publizierte Studie zur Mobilität im Studium wurden im Rahmen einer logistischen Regressionsanalyse zwischen

Bisherige Studien erklären die Geschlechterunterschiede nur eingeschränkt

⁶ Heublein, U./Hutzsch, C./Lörz, M.: Auslandsmobilität deutscher Studierender: Ausmaß, Motive und Gründe des Desinteresses. In: Bildung und Erziehung: Mobilität und Studium. 61 Jg. Heft 4, Dezember 2008, S. 442.



G6 Hochschulwechselquote zwischen Bachelor- und Masterstudium¹ zwischen Sommersemester 2018 und Wintersemester 2018/19 nach ausgewählten Merkmalen



¹ Mastereinschreibung an rheinland-pfälzischer Hochschule. – ² Hochschulzugangsberechtigung. – ³ Ausländische Staatsangehörigkeit und im Ausland erworbene Hochschulzugangsberechtigung. – () Eingeschränkte Interpretationsfähigkeit aufgrund geringer Fallzahlen.

den Geschlechtern nur sehr geringfügige und daher auch nicht signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit, die Hochschule zu wechseln, nachgewiesen.⁷ Auch in der CHE-Studierendenbefragung konnten nur sehr geringe Unterschiede zwischen Studentinnen und Studenten hinsichtlich eines geplanten Hochschulwechsels festgestellt werden.⁸

Da die genannten Erkenntnisse im Wesentlichen auf Ergebnisse von Studien in den 2000er-Jahren zurückgehen, zeigt sich inzwischen möglicherweise ein gestiegenes

Mobilitätsverhalten von Frauen – insbesondere in der Phase zwischen Bachelorabschluss und Einschreibung in einen Masterstudiengang. Hintergrund könnte sein, dass der gesellschaftliche Druck, bereits in frühen Lebensphasen Kinder zu bekommen, nachgelassen hat und dadurch ein höherer Grad an Freiheit zur Mobilität in der Ausbildungsphase entstanden ist. Dafür spricht, dass in Deutschland das durchschnittliche Eheschließungsalter und das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes in den letzten zehn Jahren nochmals gestiegen sind. Durch die Etablierung gestufter Studiengänge entstand zudem eine geeignete Gelegenheit, nach dem Abschluss der ersten Ausbildungsphase (Bachelor) ein weiterführendes Studium (Master) an einem anderen Ort fortzuführen. Zehn Jahre zuvor

Gestiegenes Mobilitätsverhalten bei Frauen zwischen Bachelor- und Masterstudium feststellbar

⁷ Vgl. Hochschulrektorenkonferenz: Mobilität im Studium. Eine Untersuchung zu Mobilität und Mobilitätshindernissen in gestuften Studiengängen innerhalb Deutschlands. Statistik zur Hochschulpolitik 2, Bonn, 2008. S. 57.

⁸ Vgl. Vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (Hrsg.): Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem. Jahresgutachten 2009. Wiesbaden, S. 136.

bestanden hingegen noch viele ungestufte Studiengänge, die solch eine Wechselgelegenheit nur eingeschränkt anboten. So lag in Rheinland-Pfalz im Wintersemester 2009/10 die Zahl der Studierenden in ungestuften Studiengängen (Diplom, Magister, Staatsexamen, Lizentiat sowie kirchliche Prüfung) fünf Mal höher als 2019/20.

Weiterhin könnten Gründe für die Mobilitätsunterschiede zwischen den Geschlechtern in der individuellen Flexibilität bzw. der Wohnortverbundenheit oder den Spezialisierungswünschen und -angeboten liegen.

Herkunftsspezifische Differenzen bei der Hochschulwechselquote zwischen Bachelor- und Masterstudium

Neben den geschlechterspezifischen Differenzen konnten auch herkunftsspezifische Unterschiede hinsichtlich eines Hochschulwechsels zwischen Bachelor- und Masterstudium festgestellt werden. Während Studierende mit deutscher Staatsangehörigkeit zu 25 Prozent die Hochschule wechselten, waren es bei den ausländischen Studierenden – unabhängig davon, ob sie ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland oder im Ausland erworben haben – nur 15 Prozent. Allerdings ist davon auszugehen, dass nur ein Teil der tatsächlichen Hochschulwechselnden erfasst werden, da nur Wechsel innerhalb Deutschlands berücksichtigt wurden. Insbesondere bei ausländischen Studierenden ist zu erwarten, dass sie nach dem Bachelorabschluss eine höhere Mobilität in ein europäisches Nachbarland bzw. in das Heimatland aufweisen.

Gegenüber dem Geschlecht und der Herkunft zeigen sich zwischen beruflicher (23 Prozent) und schulischer Hochschulzugangsberechtigung (25 Prozent) nur sehr geringe Unterschiede bezüglich eines Hochschulwechsels zwischen Bachelor- und Masterstudium. Dabei ist jedoch zu berücksich-

tigen, dass die Ergebnisse der Studierenden mit beruflicher Hochschulzugangsberechtigung aufgrund der geringen Fallzahlen nur eingeschränkt interpretierbar sind.

Hochschulwechselquote in den ersten vier Semestern

Studierende, die die Hochschule im laufenden Studium verlassen, sind nicht immer Studienabbrecherinnen und -abbrecher. Es ist davon auszugehen, dass ein Teil dieser Studierenden die Hochschule wechselt und das gleiche oder ein anderes Studium an einer anderen Hochschule fortführt. Um diese Annahme zu prüfen, wurde analysiert, inwieweit Studierende in den ersten vier Hochschulsemestern die Hochschule wechselten. Als Grundgesamtheit wurden die Studierenden im ersten Hochschulsemester im Wintersemester 2017/18 ausgewählt. Untersucht wurde, inwieweit diese Studierenden zwischen dem Wintersemester 2017/18 und dem Sommersemester 2019 die Hochschule wechselten. Es wurden dabei nur Studierende berücksichtigt, die im Einschreibungssemester an einer rheinland-pfälzischen Hochschule immatrikuliert waren. Damit konnten von insgesamt 17 200 Studienanfängerinnen und -anängern die Studienverläufe hinsichtlich eines Hochschulwechsels analysiert werden.

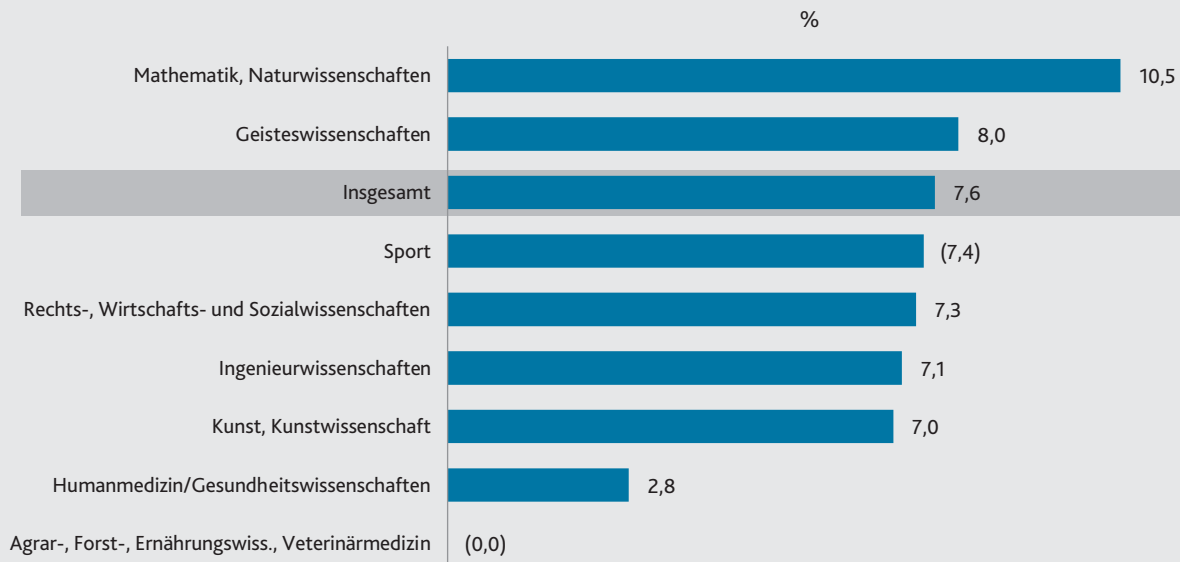
Analyse der Hochschulwechselquote in den ersten vier Semestern nach Erstinschreibung

Etwa 7,6 Prozent der untersuchten Studierenden wechselten innerhalb der ersten vier Hochschulsemester die Hochschule. Mehr als zwei Drittel der Hochschulwechslerinnen und -wechsler schrieben sich nach ihrer Exmatrikulation an einer Hochschule außerhalb von Rheinland-Pfalz ein; nur ein Drittel vollzog den Wechsel innerhalb von Rheinland-Pfalz. Circa die Hälfte der Hochschulwechslerinnen und -wechsler wählte eine Hochschule aus einer anderen Hoch-

Weniger als zehn Prozent wechselten die Hochschule in den ersten vier Semestern



G7 Hochschulwechselquote der Studierenden¹ in den ersten vier Hochschulsemestern von Wintersemester 2017/18 bis Sommersemester 2019 nach Fächergruppen



¹ Studierende im 1. Hochschulsemester im Wintersemester 2017/18 an einer rheinland-pfälzischen Hochschule. – () Eingeschränkte Interpretationsfähigkeit aufgrund geringer Fallzahlen.

schulart; beispielsweise wechselten sie von einer Universität zu einer Fachhochschule.

Häufige Hochschulwechsel in den Naturwissenschaften

Besonders hoch war die Wechselwahrscheinlichkeit in der Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaften“. Hier wechselten rund elf Prozent der Studierenden in den ersten vier Hochschulsemestern die Hochschule. Demgegenüber lag die Hochschulwechselquote in den medizinischen und gesundheitswissenschaftlichen Fächern bei nur 2,8 Prozent. Nur die agrar- und ernährungswissenschaftlichen Fächer hatten eine noch geringere Wechselquote, die jedoch aufgrund der geringen Fallzahl nur eingeschränkt interpretierbar ist. In allen anderen Fächergruppen lag die Quote zwischen sieben und acht Prozent.

Höhere Hochschulwechselquote an Universitäten als an Fachhochschulen

Unterschiede hinsichtlich der Hochschulwechselquote konnten auch zwischen den Hochschularten festgestellt werden. So wechselten Studierende an rheinland-pfälzischen Universitäten (neun Prozent) in den

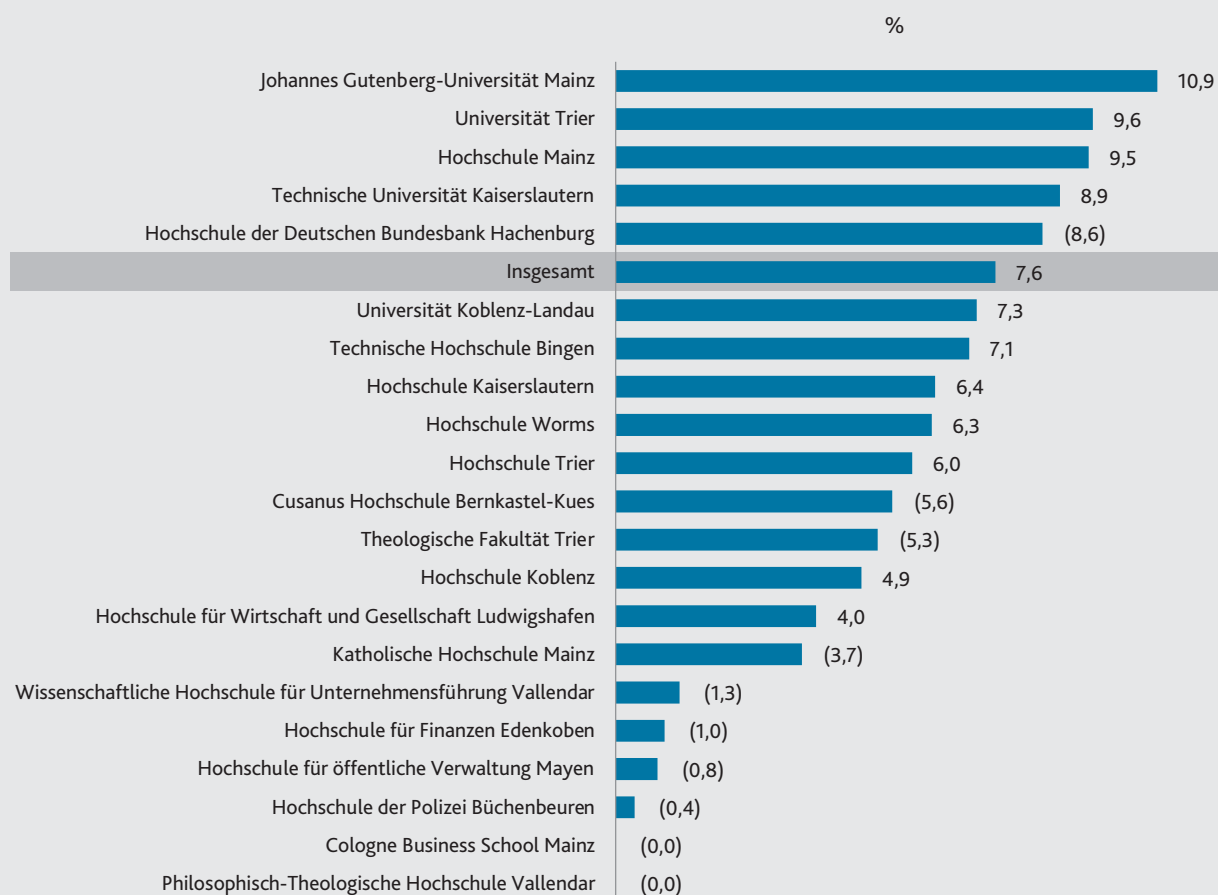
ersten vier Hochschulsemestern häufiger die Hochschule als Studierende an Fachhochschulen (sechs Prozent) oder an Verwaltungsfachhochschulen (ein Prozent). Am häufigsten wechselten die Studierenden der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (elf Prozent) und der Universität Trier (zehn Prozent) auf eine andere Hochschule. Daneben lagen auch die Hochschule Mainz, die Technischen Universität Kaiserslautern und die Hochschule der Deutschen Bundesbank in Hachenburg⁹ über der durchschnittlichen Hochschulwechselquote in Rheinland-Pfalz.

Geschlechterspezifische Differenzen konnten im Allgemeinen nicht festgestellt werden. Die Hochschulwechselquote der Frauen lag lediglich 0,1 Prozentpunkte über der Quote der Männer. Hochschulwechslerinnen entschie-

Kaum geschlechterspezifische Unterschiede

⁹ Die Ergebnisse der Hochschule der Deutschen Bundesbank sind aufgrund der geringen Fallzahl nur eingeschränkt interpretierbar.

G8 Hochschulwechselquote der Studierenden¹ in den ersten vier Hochschulsemestern von Wintersemester 2017/18 bis Sommersemester 2019 nach Hochschulen



¹ Studierende im 1. Hochschulsemester im Wintersemester 2017/18 an einer rheinland-pfälzischen Hochschule. – () Eingeschränkte Interpretationsfähigkeit aufgrund geringer Fallzahlen.

den sich mit 72 Prozent allerdings häufiger als Männer (64 Prozent) für eine Hochschule außerhalb von Rheinland-Pfalz. Auch zeigten Frauen in den Ingenieurwissenschaften eine etwas höhere Wechselquote als Männer (8,2 gegenüber 6,7 Prozent). Demgegenüber wechselten in den Geisteswissenschaften die Männer (8,7 Prozent) häufiger die Hochschule als die Frauen (7,7 Prozent).

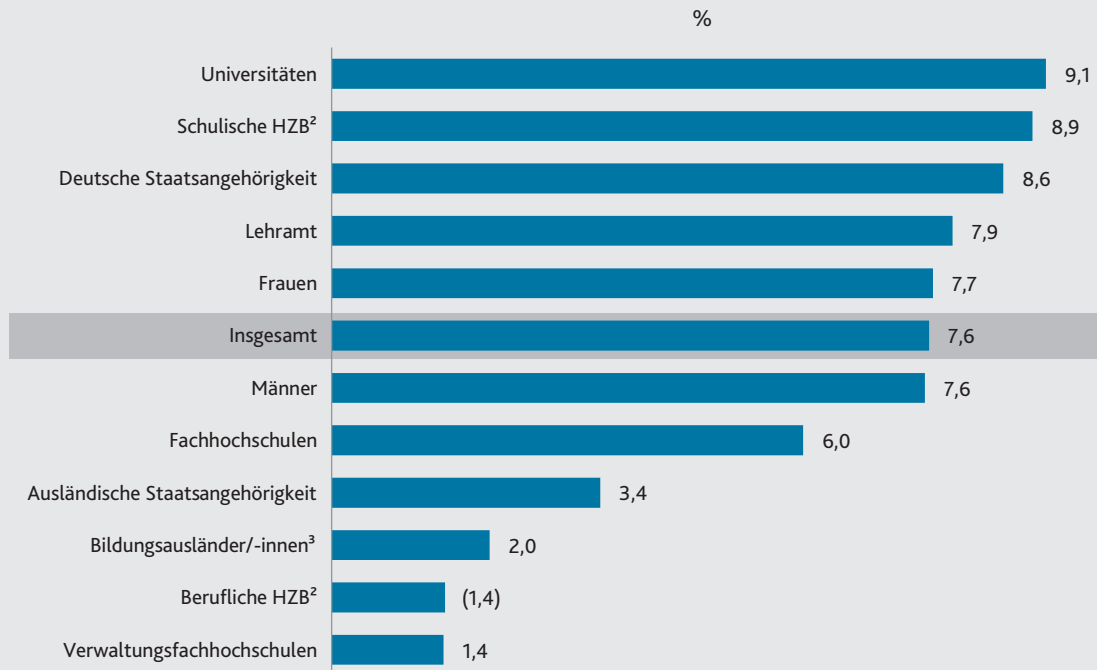
Wie in der Analyse zum Hochschulwechsel zwischen Bachelor- und Masterstudium zeigte sich auch bei der Untersuchung der

Hochschulwechselquote innerhalb der ersten vier Hochschulsemester, dass Studierende mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit seltener die Hochschule wechseln. Während die Hochschulwechselquote bei deutschen Studierenden bei 8,6 Prozent lag, wechselten nur 3,4 Prozent der ausländischen Studierenden die Hochschule innerhalb der ersten vier Semester. Noch seltener wechselten die sogenannten Bildungsausländerinnen und -ausländer, also ausländische Studierende, die zudem im Ausland die Hochschulzugangsberechtigung erworben

Sehr geringe Hochschulwechselwahrscheinlichkeit bei ausländischen Studierenden



G9 Hochschulwechselquote der Studierenden¹ in den ersten vier Hochschulsemestern von Wintersemester 2017/18 bis Sommersemester 2019 nach ausgewählten Merkmalen



1 Studierende im 1. Hochschulsemester im Wintersemester 2017/18 an einer rheinland-pfälzischen Hochschule. – 2 Hochschulzugangsberechtigung. – 3 Ausländische Staatsangehörigkeit und im Ausland erworbene Hochschulzugangsberechtigung. – () Eingeschränkte Interpretationsfähigkeit aufgrund geringer Fallzahlen.

haben, die Hochschule (zwei Prozent). Klöpping et al. kamen in einer Kohortenstudie für deutsche Studierende in den Ingenieurwissenschaften hinsichtlich der Hochschulwechselquote auf vergleichbare Ergebnisse (neun Prozent). Bei den Bildungsausländerinnen und -ausländern lag die Hochschulwechselquote hingegen bei acht Prozent.¹⁰ Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in der Studie bis zu zehn Fachsemester und nur ausgewählte ingenieurwissenschaftliche Bachelorstudiengänge berücksichtigt wurden.¹¹

10 Vgl. Kercher, J.: Studienerfolg und Studienabbruch bei Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern in Deutschland und anderen wichtigen Gastländern. DAAD-Blickpunkt, Bonn, Juli 2018, S. 7.

11 Vgl. Klöpping et al.: Studienabbruch in den Ingenieurwissenschaften. Empirische Analyse und Best Practices zum Studienerfolg (acatech Studie). München 2017, S. 18.

Im Gegensatz zum Wechsel der Hochschule für ein Masterstudium lässt sich die geringe Wechselquote der Ausländerinnen und Ausländer nicht nur über einen Wechsel an eine Hochschule im Aus- bzw. Heimatland erklären, die im Rahmen der Verlaufstatistik nicht erfasst wurde. Vielmehr ist davon auszugehen, dass für ausländische Studierende der Zugang zu einem Studium in Deutschland aufgrund der Anerkennung der Hochschulzugangsberechtigung, der sprachlichen und kulturellen Hürden sowie der Koordination der Wohnungssuche und Finanzierung vergleichsweise aufwändig ist und damit die subjektiven Kosten für einen Wechsel höher ausfallen als für Studierende mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Neben den herkunftsspezifischen Unterschieden nahm auch die Art der Hoch-

Beruflich
Qualifizierte
wechseln
selten die
Hochschule

schulzugangsberechtigung Einfluss auf die Hochschulwechselquote in den ersten vier Hochschulsemestern. So wechselten Studierende, die eine berufliche Hochschulzugangsberechtigung hatten, mit 1,4 Prozent nur sehr selten die Hochschule. Auch wenn die Interpretationsfähigkeit aufgrund der geringen Fallzahl eingeschränkt ist, wäre der Grund für eine mögliche niedrige Hochschulwechselquote vergleichbar mit dem der ausländischen Studierenden. Die Hürden, ein Studium mit beruflicher Qualifikation wie einem Ausbildungsabschluss oder dem Meistertitel aufzunehmen, sind ungleich höher als bei Studieninteressierten mit einer schulischen Zugangsberechtigung wie dem Abitur. Zudem ist das Eintrittsalter der beruflich Qualifizierten in der Regel höher als bei ausschließlich schulisch Qualifizierten. Wie bei der Analyse des Verbleibs der Bachelorabsolventinnen und -absolventen ist auch hier zu vermuten, dass beruflich Qualifizierte einen Hochschulwechsel eher vermeiden, um eine schnelle Rückkehr in das Erwerbsleben nicht zu gefährden. Die Hochschulwechselquote bei denjenigen mit schulischer Hochschulzugangsberechtigung lag mit 8,9 Prozent deutlich höher.

Fazit und Ausblick

Neue Analyse-
möglichkeiten
durch neue
Verlaufs-
statistik

Die neu eingeführte Studienverlaufsstatistik eröffnet der amtlichen Statistik für Interessierte aus Politik, Forschung, Wirtschaft und der Bevölkerung ausgewählte Analysen und Auswertungen zum Verbleib, Erfolg und Wechsel in der akademischen Ausbildung. Damit werden Forschungsfelder auf Basis von Verlaufsdaten ermöglicht, die bisher in Deutschland noch nicht vorlagen.

Die durchgeführte Analyse veranschaulichte bereits erste – teils überraschende – Ergeb-

nisse. Beispielsweise konnte nicht erwartet werden, dass die geschlechterspezifischen Unterschiede bei der Entscheidung für einen Hochschulwechsel zwischen Bachelor- und Masterstudium so deutlich ausfallen. Auch der mehr oder weniger starke Einfluss der Fächergruppen, der Herkunft, der Hochschulzugangsberechtigung, der Hochschulart, des Hochschulstandorts und – abhängig von dem Auswertungsgegenstand – der Abschlussnote konnten hinsichtlich des Verbleibs nach dem Bachelorstudium, eines Hochschulwechsels zwischen Bachelor- und Masterstudium sowie eines Hochschulwechsels innerhalb der ersten vier Hochschulsemester skizziert werden.

Der vorliegende Artikel befasst sich mit dem Verbleib der Bachelorabsolventinnen und -absolventen, dem Hochschulwechsel innerhalb der ersten vier Fachsemester und einem Hochschulwechsel im Übergang zwischen Bachelor- und Masterstudium. Dabei konnte nur ein eingeschränkter Zeitraum beobachtet werden, da die Verlaufsdaten erst seit dem Inkrafttreten des novellierten Hochschulstatistikgesetzes erhoben und als anonymisierte Verlaufsdaten gespeichert werden. Sobald längere Zeitreihen vorliegen, steigt das Analysepotenzial der Verlaufsstatistik. Dabei sollen neben den Studierendendaten auch weitere Daten der Prüfungs- und Promovierendenstatistik in den Abrufen aus der Studienverlaufsdatenbank implementiert werden. So können künftig voraussichtlich auch Auswertungen zum Studienerfolg, zum Übergang in das Promotionsstudium oder zu Fächerwechseln im Studienverlauf gemacht werden.

Neue Erkennt-
nisse durch die
neue Verlaufs-
statistik

Ausblick:
Künftige
Analyse-
möglichkeiten

Dr. Marco Schröder, Soziologe und Bildungswissenschaftler, leitet das Referat Bildung.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

520	129 151	130 933	128 093	127 862
5 752	134 121	128 093	133 450	128 432
26 058	126 824	133 450	157 264	113 523
134 628	134 545	157 264	111 776	110 138
157 811	157 827	111 776	80 756	77 082
113 466	113 035	80 756	63 568	61 111
87 007	84 980	63 568	77 648	92 396
65 282	64 829	77 648	125 873	103 801
78 320	78 146	125 873	103 801	69 111
95 409	94 429	103 801	69 111	69 111
	125 677	69 111	69 111	69 111
	27 027	69 111	69 111	69 111



Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2017	2018		2019				2020	
			Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 070 ^{1,2}	4 079 ^{1,2}	4 085	4 087	4 087	4 095	4 094	4 095	4 095
darunter Ausländer ³	1 000	421 ^{1,2}	442 ^{1,2}	453	456	457	471	470	472	474

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 729	1 888	3 620	489	720	1 129	1 792	489	967
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 121	3 137	3 081	2 871	2 710	2 955	2 973	2 874	2 815
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,2	9,2	8,9	8,3	8,6	8,8	8,5	8,3	8,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 950	4 025	4 196	4 303	4 169	4 012	4 206	4 232	3 959
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,7	11,8	12,1	12,4	13,3	11,9	12,1	12,2	12,2
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	12	11	13	9	6	11	13	4	11
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,7	3,4	4,2	3,1	2,2	3,7	4,4	1,4	3,9
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-829	-888	-1 115	-1 432	-1 459	-1 057	-1 233	-1 358	-1 144
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,5	-2,6	-3,2	-4,1	-4,7	-3,1	-3,5	-3,9	-3,5

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 783	12 414	9 290	13 317	11 102	10 736	9 159	12 663	10 815
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 796	6 411	4 397	7 233	6 099	5 364	4 348	6 908	5 818
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 337	10 575	9 489	10 034	9 500	9 892	10 257	10 244	9 316
* darunter in das Ausland	Anzahl	4 472	4 702	5 024	4 488	4 558	4 607	5 329	4 833	4 520
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 446	1 839	-199	3 283	1 602	844	-1 098	2 419	1 499
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	14 309	13 982	12 616	14 851	12 871	12 361	12 783	13 792	11 749

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2016	2017	2018				2019		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 365	1 389	1 406	1 412	1 442	1 431	1 431	1 435	1 462
* Frauen	1 000	637	648	656	656	669	667	666	667	679

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.



noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1, 2, 3}

	Einheit	2016	2017	2018				2019		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Ausländer/-innen	1 000	128	141	148	155	163	158	164	170	177
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	386	400	406	410	415	416	417	422	427
* darunter Frauen	1 000	318	328	332	334	338	340	340	342	346
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	12	14	14	11	13	14	15
* produzierendes Gewerbe	1 000	424	430	432	434	445	441	442	442	449
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	299	304	309	312	320	319	316	319	325
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	216	221	225	227	228	225	225	225	230
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	413	420	428	425	434	436	435	435	443

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni		März	April	Mai	Juni
* Arbeitslose	Anzahl	98 764	97 717	96 055	95 893	96 163	102 628	117 371	125 057	126 446
* Frauen	Anzahl	44 729	43 707	42 843	43 033	43 350	44 420	51 272	54 714	55 439
* Männer	Anzahl	54 035	54 010	53 212	52 860	52 813	58 207	66 098	70 342	71 006
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	40 147	41 433	39 627	38 550	39 160	46 800	54 766	58 301	59 151
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	58 617	56 284	56 428	57 343	57 003	55 828	62 605	66 756	67 295
* Arbeitslosenquote ⁸	%	4,4	4,3	4,3	4,3	4,3	4,6	5,2	5,5	5,6
* Frauen	%	4,3	4,1	4,1	4,1	4,1	4,2	4,8	5,1	5,2
* Männer	%	4,6	4,5	4,5	4,4	4,4	4,9	5,5	5,9	5,9
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,1	4,0	3,9	3,8	4,1	4,1	5,0	5,5	5,5
* Jüngere von 15–20 Jahren	%	2,9	3,0	2,9	2,7	3,0	2,8	3,3	3,8	3,7
* Ältere von 50–65 Jahren	%	4,4	4,2	4,2	4,2	4,1	4,4	4,9	5,0	5,1
* Ältere von 55–65 Jahren	%	4,8	4,7	4,7	4,6	4,6	4,9	5,4	5,4	5,5
* Ausländer/-innen	%	11,7	11,3	11,5	10,9	10,9	12,1	13,8	13,9	14,1
* Deutsche	%	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,6	4,2	4,4	4,5
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	4 758	5 728	1 043	1 341	1 429
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	40 467	39 492	39 890	40 265	40 912	34 661	30 302	28 221	27 895

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹¹

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt	Febr.	März	April		Jan.	Febr.	März	April
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	240 488	227 968	234 596	234 196	232 436	221 260	222 277	226 238	...
* darunter Frauen	Anzahl	118 759	113 208	116 087	115 857	115 070	110 058	110 270	112 155	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	161 337	151 888	156 996	156 834	155 488	146 981	147 854	151 075	...
* nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	66 455	63 706	65 096	65 047	64 640	61 722	61 642	62 531	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	64 479	61 813	63 174	63 134	62 737	59 738	59 670	60 500	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

**Bautätigkeit****(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	510	515	468	552	590	484	533	594	523
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	446	453	410	491	539	426	476	524	458
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	5	4	2	4	7	4	1	8	-
Unternehmen	Anzahl	68	57	30	55	86	73	66	65	75
private Haushalte	Anzahl	437	454	436	493	497	407	466	521	448
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 174	1 119	1 096	1 034	1 058	978	967	1 472	1 375
* Umbauter Raum	1 000 m ³	701	702	703	679	696	607	636	865	818
* Wohnfläche	1 000 m ²	130	130	126	125	131	112	119	153	146
Wohnräume	Anzahl	5 171	5 113	4 878	5 017	5 236	4 280	4 728	6 060	5 746
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	230	237	233	220	234	210	221	296	264

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	122	113	114	111	110	90	105	115	109
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	14	12	16	15	12	10	14	16	8
Unternehmen	Anzahl	80	77	85	67	87	66	82	74	69
private Haushalte	Anzahl	27	24	13	29	11	14	9	25	32
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	23	18	15	15	15	54	3	11	7
* Umbauter Raum	1 000 m ³	892	675	826	571	683	668	1 075	654	668
* Nutzfläche	1 000 m ²	134	106	113	92	102	88	126	109	123
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	125	108	105	114	103	72	190	145	114

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 350	1 245	1 317	1 049	1 260	1 245	1 111	1 674	1 542
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 927	5 788	5 616	5 057	6 082	5 278	5 413	6 811	6 391



Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 625	11 591	11 179	11 682	11 738	12 637	11 470	12 081	10 663
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 859	1 636	1 650	1 696	1 810	1 968	1 578	1 912	1 419
darunter										
* Kälber	t	8	8	5	8	11	7	8	10	11
* Jungrinder	t	9	7	5	8	11	10	6	13	7
* Schweine	t	9 714	9 825	9 491	9 949	9 867	10 635	9 858	10 123	9 186
* Eierzeugung ²	1 000	16 822	18 991	18 175	20 675	19 271	19 909	19 750	21 345	19 297

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³

* Betriebe	Anzahl	1 041	1 037	1 031	1 035	1 041	1 022	1 040	1 039	1 049
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	260 572	262 937	261 819	261 960	262 661	260 175	260 639	259 579	258 612
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 905	32 881	33 183	34 012	33 081	34 024	32 567	33 090	28 464
* Entgelte	Mill. EUR	1 145	1 176	1 072	1 127	1 157	1 097	1 079	1 085	1 087
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	8 361	7 711	7 764	8 495	8 104	7 233	7 811	7 863	6 182
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	4 372	4 164	4 312	4 603	4 344	4 243	4 164	4 533	3 733
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 282	2 310	2 294	2 652	2 437	1 844	2 526	2 059	1 261
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	82	77	92	88	65	70	83	74
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 620	1 156	1 081	1 147	1 236	1 081	1 050	1 188	1 113
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 462	2 323	2 465	2 619	2 420	2 419	2 362	2 626	2 192
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 091	1 133	1 121	1 347	1 168	856	1 439	879	430
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 813	4 349	4 499	4 903	4 577	4 132	4 544	4 346	3 440
Exportquote ⁶	%	57,6	56,4	57,9	57,7	56,5	57,1	58,2	55,3	55,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	119,5	101,8	107,2	112,4	109,6	110,6	104,6	107,8	70,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	110,8	106,4	112,0	121,8	111,8	120,7	109,6	121,1	85,0
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	114,0	96,2	104,3	100,4	102,4	103,8	100,6	90,2	48,1

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

**noch: Produzierendes
Gewerbe****Verarbeitendes Gewerbe
sowie Bergbau und Ge-
winnung von Steinen und
Erden¹**

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	150,1	148,9	136,4	181,1	186,4	127,7	147,6	171,6	168,3
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	173,1	101,0	96,9	114,7	122,0	93,8	96,4	115,6	88,8
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	110,0	106,9	112,8	125,7	112,5	123,1	113,0	126,2	86,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	115,0	89,4	99,7	96,4	98,6	83,7	87,8	85,6	33,8

**Energie- und Wasserver-
sorgung, Abwasser- und
Abfallentsorgung, Beseiti-
gung von Umweltver-
schmutzungen²**

* Betriebe ³	Anzahl	173	172	173	172	173	174	171	171	171
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 807	9 898	9 852	9 858	9 821	10 051	10 030	10 027	9 997
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 186	1 195	1 194	1 210	1 195	1 312	1 191	1 315	1 217
* Entgelte ³	Mill. EUR	45	46	40	43	54	42	42	44	50

**Stromerzeugung der Kraftwerke
für die allgemeine Versorgung⁵**

* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	271	346	382	320	285	480	318	346	245
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	257	333	369	306	274	463	303	317	233

Baugewerbe**Bauhauptgewerbe⁶**

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	20 563	21 518	20 917	20 989	21 562	22 208	22 207	22 362	22 385
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 039	2 131	1 775	1 960	2 334	1 795	1 797	2 286	2 470
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	355	379	354	364	412	376	408	428	453
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	667	696	600	659	739	642	629	781	802
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 017	1 056	821	936	1 182	777	760	1 077	1 216
darunter Straßenbau	1 000 h	555	577	410	483	651	372	371	566	656
* Entgelte	Mill. EUR	71	76	62	67	77	71	65	72	79

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.



noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

Bauhauptgewerbe ¹		Einheit	2018	2019			2020				
			Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	321	339	228	276	340	222	236	343	364
davon											
*	Wohnungsbau	Mill. EUR	59	61	55	53	68	44	47	77	65
*	gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	107	120	86	107	121	75	96	118	140
*	öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	155	158	87	116	151	103	93	147	160
	darunter Straßenbau	Mill. EUR	81	83	38	54	77	47	40	68	82

Ausbaugewerbe

(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

Einheit		2018	2019	2018		2019				2020
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Betriebe ⁴	Anzahl	379	405	377	376	406	408	403	401	389
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	15 929	16 810	16 016	15 883	16 597	16 861	16 986	16 794	16 724
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 896	5 075	4 964	4 884	5 062	5 099	5 207	4 931	4 962
* Entgelte	Mill. EUR	136	148	134	146	138	146	148	161	145
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	473	527	478	595	414	469	559	667	433

Handel⁵Großhandel⁶

Großhandel ^{p. 6}	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Beschäftigte	2015=100	102,8	102,7	102,0	102,4	102,4	102,4	102,3	102,3	101,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	96,8	97,4	96,8	97,4	97,7	96,3	95,8	95,8	94,9
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	102,9	109,7	100,2	111,5	113,9	102,3	101,2	117,4	109,3
* Umsatz real ⁷	2015=100	99,4	105,8	96,7	107,4	109,1	99,0	98,1	114,0	106,8

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	103,0	103,5	102,4	102,6	102,8	104,1	103,5	103,4	103,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	103,6	104,5	103,2	103,8	103,9	105,2	104,8	104,2	104,3
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	107,6	110,4	97,4	109,1	113,6	103,5	103,6	113,5	110,3
* Umsatz real ⁷	2015=100	104,2	106,3	94,2	105,3	109,1	99,3	98,9	108,0	104,4

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

**noch: Handel¹****Kfz-Handel^{p, 2}**

noch. Handel

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Beschäftigte	2015=100	106,6	108,4	107,5	107,7	107,7	109,3	109,0	108,9	107,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	107,9	109,6	109,0	109,3	109,6	110,1	110,9	110,6	108,6
* Umsatz nominal ³	2015=100	113,7	119,0	106,1	124,0	129,8	105,4	106,6	111,5	81,8
* Umsatz real ³	2015=100	110,1	113,1	101,3	118,2	123,7	99,2	100,2	104,9	77,4

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2015=100	100,3	100,8	93,2	95,9	100,7	93,5	95,2	88,0	61,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	101,0	102,2	93,6	96,2	100,9	93,2	96,1	86,8	53,5
* Umsatz nominal ³	2015=100	112,9	115,5	84,1	103,3	112,4	88,2	90,4	58,1	24,9
* Umsatz real ³	2015=100	106,1	105,9	78,4	96,3	103,9	80,2	82,1	52,8	22,5

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	753	760	402	574	760	392	446	231	41
* darunter von Auslandsgästen	1 000	160	160	70	100	164	62	82	33	5
* Gästeübernachtungen	1 000	1 884	1 918	967	1 376	1 945	966	1 104	671	214
* darunter von Auslandsgästen	1 000	442	445	170	248	434	147	210	93	27

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2018	2019					2020		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 814	1 777	1 532	1 391	1 645	1 686	1 526	1 505	1 155
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 247	1 203	910	914	1 074	1 031	957	884	753
* Getötete Personen	Anzahl	14	13	9	23	10	7	13	14	9
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	6	4	13	3	5	6	9	4
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	-	4	3	-	2	-	3
Radfahrer	Anzahl	1	2	1	3	1	-	1	-	-
Fußgänger	Anzahl	2	1	4	1	2	2	3	4	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 616	1 546	1 187	1 197	1 390	1 349	1 287	1 152	970

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.



noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2018	2019					2020		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
schwer verletzte Personen	Anzahl	301	291	181	211	242	204	220	162	163
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	131	132	108	117	118	111	136	94	82
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	82	71	11	33	45	25	10	15	37
Radfahrer	Anzahl	47	49	13	23	36	25	27	17	24
Fußgänger	Anzahl	29	27	36	24	29	34	41	27	15

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 420	13 937	12 615	16 920	14 595	11 255	10 952
darunter										
Kraftträder	Anzahl	696	733	623	1 446	1 186	348	646
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	11 174	11 573	10 538	13 555	11 605	9 469	8 985
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 090	1 137	1 059	1 302	1 209	1 067	965
Zugmaschinen	Anzahl	357	394	332	520	501	310	284

Personenbeförderung

	Einheit	2018	2019	2018		2019				2020
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	67 851	58 509	66 784	63 859	60 704	58 733	55 869	58 730	...
Personenkilometer ³	Mill.	746	649	748	724	677	652	637	630	...

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Güterempfang	1 000 t	947	1 053	1 164	1 050	1 066	926	1 020	1 026	1 139
* Güterversand	1 000 t	713	858	786	777	978	680	811	846	814

Außenhandel⁴

Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	4 991	4 452	4 681	4 695	4 787	3 564	4 311	4 570	4 335
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	316	323	334	323	337	263	276	311	317
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 618	4 055	4 293	4 295	4 385	3 220	3 928	4 152	3 886

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

**noch: Außenhandel¹****Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2018	2019				2020			
			Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
*	Rohstoffe	Mill. EUR	26	26	24	23	29	17	27	23	23
*	Halbwaren	Mill. EUR	158	151	166	156	152	114	143	144	136
*	Fertigwaren	Mill. EUR	4 434	3 877	4 102	4 116	4 204	3 089	3 758	3 985	3 727
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 017	988	1 164	1 083	1 005	706	1 081	1 000	1 051
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	3 418	2 889	2 938	3 032	3 199	2 383	2 677	2 985	2 677
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	3 547	3 007	3 184	3 277	3 288	2 301	2 885	3 043	2 845
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	3 211	2 692	2 866	2 958	2 944	2 063	2 585	2 731	2 486
	Belgien	Mill. EUR	205	202	245	233	200	162	186	192	194
	Luxemburg	Mill. EUR	57	53	48	51	56	45	51	50	42
	Dänemark	Mill. EUR	49	50	50	54	54	39	47	48	48
	Finnland	Mill. EUR	33	32	29	33	34	21	28	32	34
	Frankreich	Mill. EUR	470	448	446	489	494	379	447	525	378
	Griechenland	Mill. EUR	34	44	38	44	27	23	90	74	69
	Großbritannien	Mill. EUR	286	272	308	353	384	190	267	258	227
	Irland	Mill. EUR	403	35	28	43	38	17	15	38	44
	Italien	Mill. EUR	273	252	277	270	251	191	241	255	224
	Niederlande	Mill. EUR	332	271	308	283	317	201	251	254	257
	Österreich	Mill. EUR	180	181	171	184	188	140	161	181	171
	Schweden	Mill. EUR	86	80	98	82	79	57	79	75	66
	Spanien	Mill. EUR	222	213	252	227	220	165	204	208	193
	Portugal	Mill. EUR	36	27	37	30	35	20	22	28	28
*	Afrika	Mill. EUR	119	126	103	108	148	109	100	133	99
*	Amerika	Mill. EUR	635	624	620	566	606	551	631	674	626
	darunter nach USA	Mill. EUR	443	431	443	384	421	394	452	515	428
*	Asien	Mill. EUR	635	652	732	704	706	566	661	687	722
	darunter nach China	Mill. EUR	187	201	243	242	201	185	197	211	197
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	55	42	42	41	39	36	33	33	43

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	3 793	3 281	3 646	3 315	3 600	2 652	3 286	3 092	3 116
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	275	282	279	274	270	287	284	281	296
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 326	2 744	3 134	2 814	3 101	2 104	2 770	2 565	2 534
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	38	42	39	39	27	36	33	31
* Halbwaren	Mill. EUR	288	254	271	292	320	203	266	268	267
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 001	2 452	2 821	2 484	2 741	1 875	2 468	2 265	2 236

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.



noch: Außenhandel¹

Einfuhr (Generalhandel)²

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2018	2019					2020		
			Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 015	577	634	652	715	424	565	494	603
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 986	1 875	2 188	1 832	2 026	1 452	1 903	1 771	1 633
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 879	2 429	2 628	2 465	2 702	1 894	2 262	2 284	2 259
*	darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	2 627	2 183	2 404	2 212	2 383	1 720	2 073	2 082	1 977
	Belgien	Mill. EUR	274	234	248	242	252	200	230	242	236
	Luxemburg	Mill. EUR	53	50	53	48	52	40	45	48	45
	Dänemark	Mill. EUR	22	23	22	20	21	29	33	36	32
	Finnland	Mill. EUR	14	14	16	12	14	9	11	17	12
	Frankreich	Mill. EUR	314	295	307	325	324	250	311	311	263
	Griechenland	Mill. EUR	10	17	10	9	19	27	12	15	15
	Großbritannien	Mill. EUR	129	104	142	116	115	79	102	100	100
	Irland	Mill. EUR	231	99	101	90	147	77	59	20	44
	Italien	Mill. EUR	415	221	206	244	222	198	181	222	220
	Niederlande	Mill. EUR	329	290	327	348	321	201	281	254	262
	Österreich	Mill. EUR	123	127	105	111	111	119	103	175	133
	Schweden	Mill. EUR	50	37	42	45	43	28	30	31	31
	Spanien	Mill. EUR	194	210	385	136	253	110	243	138	127
	Portugal	Mill. EUR	21	20	19	18	20	18	23	23	24
*	Afrika	Mill. EUR	47	56	55	50	65	65	99	65	67
*	Amerika	Mill. EUR	296	279	363	291	274	266	300	270	305
	darunter aus USA	Mill. EUR	238	214	292	240	216	226	243	219	234
*	Asien	Mill. EUR	561	507	591	500	551	417	611	462	473
	darunter aus China	Mill. EUR	230	240	282	224	237	221	291	230	208
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	6	5	5	6	8	6	5

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 664	2 614	2 633	2 808	2 760	3 448	2 668	2 146	1 734
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	461	467	433	475	497	611	445	413	307
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 725	1 702	1 755	1 891	1 823	2 205	1 771	1 362	1 086
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 671	2 496	2 407	2 627	2 475	3 461	2 243	2 218	1 526
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	394	382	392	392	423	615	390	386	267
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 791	1 650	1 551	1 747	1 560	2 197	1 441	1 407	906

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

**Insolvenzen**

Insolvenzen	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Insgesamt	Anzahl	404	390	382	371	418	382	364	358	315
davon										
* Unternehmen	Anzahl	60	58	59	60	63	57	61	61	59
* Verbraucher	Anzahl	238	229	220	216	250	219	207	186	166
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	88	86	86	83	91	87	83	97	75
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	18	17	17	12	14	19	13	14	15
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	59	57	45	78	87	81	80	66	61

Handwerk²

	Einheit	2018	2019	2018		2019				2020
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	99,6	99,7	101,2	99,8	99,3	99,1	101,1	99,3	98,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	115,2	121,3	118,9	131,1	103,4	122,7	125,8	132,9	106,5

Preise

Preise	Einheit	2018	2019			2020				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	103,4	104,7	104,7	104,9	105,1	105,2	105,7	105,5	106,1
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	102,8	104,5	104,3	104,4	104,5	105,7	105,8	105,8	105,9

Verdienste⁷

	Einheit	2018	2019	2018		2019				2020
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	4 118	4 213	3 782	3 823	3 800	3 850	3 895	3 900	3 865
* Frauen	EUR	3 593	3 704	3 352	3 379	3 402	3 432	3 474	3 484	3 517
* Männer	EUR	4 331	4 423	3 957	4 004	3 964	4 022	4 069	4 072	4 005
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 818	7 874	6 946	6 937	6 882	6 912	7 058	7 017	7 013
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 778	4 880	4 431	4 472	4 426	4 480	4 576	4 556	4 580
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 556	3 612	3 291	3 329	3 292	3 341	3 352	3 367	3 318
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 913	2 981	2 719	2 754	2 705	2 767	2 800	2 798	2 752
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 422	2 549	2 290	2 337	2 364	2 388	2 404	2 406	2 349

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

**noch: Verdienste¹**

	Einheit	2018	2019	2018		2019				2020
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 482	4 524	3 977	4 025	3 945	4 031	4 032	4 066	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 959	3 960	3 643	3 716	3 630	3 624	3 673	3 688	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 666	4 738	4 087	4 155	4 094	4 187	4 181	4 213	...
* Energieversorgung	EUR	5 585	5 801	4 912	4 935	5 037	5 161	5 144	5 185	...
* Wasserversorgung ²	EUR	3 481	3 619	3 295	3 261	3 329	3 387	3 431	3 466	...
* Baugewerbe	EUR	3 609	3 648	3 429	3 410	3 281	3 364	3 419	3 435	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 896	4 007	3 664	3 699	3 704	3 731	3 804	3 791	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 716	3 866	3 421	3 456	3 557	3 538	3 571	3 532	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 972	3 139	2 810	2 862	2 918	2 893	2 932	2 972	...
* Gastgewerbe	EUR	2 321	2 324	2 242	2 225	2 261	2 282	2 235	2 228	...
* Information und Kommunikation	EUR	5 610	5 385	5 185	5 276	5 043	4 991	5 032	5 057	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 252	5 564	4 555	4 481	4 698	4 779	4 810	4 860	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	4 258	4 382	3 825	3 846	3 824	3 781	(3 850)	(3 906)	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 126	5 067	4 526	4 609	4 548	4 540	4 533	4 567	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 685	2 774	(2 592)	(2 650)	2 618	2 636	2 667	2 711	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 920	4 048	3 826	3 861	3 810	3 903	4 042	3 957	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 422	4 556	4 318	4 308	4 272	4 338	4 608	4 456	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	4 024	4 087	3 845	3 863	3 774	3 846	3 886	3 925	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 862	3 432	3 590	3 705	3 214	3 277	3 249	3 299	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 571	3 818	3 361	3 438	3 444	3 598	3 656	3 650	...

Geld und Kredit³

Geld und Kredit ³	Einheit	2017	2018		2019				2020	
		Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	120 539	122 926	122 902	124 560	125 627	126 385	126 217	127 856	118 155
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 125	9 899	9 879	9 991	10 156	10 537	9 749	9 668	8 906

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

**noch: Geld und Kredit¹**

Einheit	2017	2018		2019				2020	
	Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 674	10 143	10 069	10 050	10 222	10 142	9 845	9 751	7 655
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	99 740	102 884	102 954	104 519	105 249	105 706	106 623	108 437	101 594
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	115 837	117 826	117 838	118 640	119 354	120 473	120 564	122 256	115 364
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	106 329	109 659	110 308	111 156	111 675	112 924	113 202	114 562	107 652
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	9 508	8 167	7 530	7 484	7 679	7 549	7 362	7 694	7 712
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	4 702	5 101	5 064	5 920	6 273	5 912	5 653	5 600	2 791

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Sichteinlagen	Mill. EUR	114 374	118 264	118 782	121 290	120 456	122 498	125 079	126 587	124 057
Termineinlagen	Mill. EUR	69 255	73 846	74 439	77 175	76 285	78 109	80 523	82 309	81 309
Sparbriefe	Mill. EUR	15 921	15 798	15 884	15 506	15 575	15 933	16 409	16 432	15 438
Spareinlagen	Mill. EUR	2 923	2 577	2 542	2 460	2 395	2 292	2 205	2 110	2 021
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	26 275	26 043	25 917	26 149	26 201	26 164	25 942	25 736	25 289
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	112 722	116 479	117 024	119 422	118 587	120 611	123 129	124 467	122 141
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	110 134	113 362	113 973	116 071	115 620	117 609	119 860	120 885	118 688
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 588	3 117	3 051	3 351	2 967	3 002	3 269	3 582	3 453
	Mill. EUR	1 652	1 785	1 758	1 868	1 869	1 887	1 950	2 120	1 916

Steuern

Einheit	2018	2019			2020			
	Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 573	4 731	4 707	4 110	4 891	4 548	4 466	3 610	4 336
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 374	1 470	1 759	897	1 605	1 522	1 846	713	1 320
Lohnsteuer	Mill. EUR	951	1 000	689	726	1 385	1 458	716	749	1 345
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	185	197	-	-	560	621	-	-	570
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	207	240	731	69	88	3	604	-158	-47
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	101	98	26	55	63	19	35	45	19

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).



noch: Steuern

Einheit	2018	2019				2020			
	Durchschnitt	März	April	Mai		Febr.	März	April	Mai

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	26	19	3	5	54	46	5	7	61
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	20	14	0	-	47	40	-	-	56
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	89	114	309	42	16	-4	486	69	-57
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-31	-2	-	-	-6	-32	-	-	-54
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 199	3 261	2 948	3 214	3 285	3 025	2 621	2 897	3 016
Umsatzsteuer	Mill. EUR	552	579	441	487	601	733	359	284	521
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 647	2 683	2 508	2 726	2 684	2 292	2 262	2 613	2 495

Zölle

Mill. EUR	226	231	237	213	214	260	196	211	244
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	89	91	120	72	79	64	121	61	59
-----------	----	----	-----	----	----	----	-----	----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	31	30	31	31	28	20	27	27	22
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	58	61	89	41	51	45	94	34	37

Landessteuern

Mill. EUR	87	95	93	89	97	89	118	87	114
-----------	----	----	----	----	----	----	-----	----	-----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	24	25	19	21	26	23	34	22	25
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	44	50	47	53	52	49	55	48	68
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	15	15	18	11	14	13	19	15	20
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	8	2	2	2	9	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	3	1	1	2	-

Einheit	2018	2019	2018		2019				2020
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	789	753	773	712	738	757	700	818	718
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	6	4	5	5	6	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	142	143	163	130	136	150	154	132	139
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	615	581	576	554	574	577	514	658	550
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	26	25	28	24	23	26	26	24	24

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

**noch: Steuern****Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2018	2019	2018		2019				2020
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Mill. EUR	1 206	1 229	1 159	1 559	748	1 214	1 188	1 766	721
Gewerbesteuer (netto) ¹	504	488	448	374	551	480	418	504	508
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	454	483	438	875	32	470	501	929	44
Anteil an der Umsatzsteuer	75	86	75	152	1	84	84	173	2

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2018	2019				2020			
	Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Mill. EUR	1 064	1 161	1 371	811	1 131	1 272	1 282	638	1 024
Landessteuern	87	95	93	89	97	89	118	87	114
Anteil an den Steuern vom Einkommen	529	565	700	317	561	578	749	237	429
Lohnsteuer	336	351	224	240	461	549	231	245	444
veranlagte Einkommensteuer	88	102	311	29	37	1	257	-67	-20
Kapitalertragsteuer	48	48	9	24	31	9	15	21	7
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	12	8	1	2	24	20	2	3	27
Körperschaftsteuer	44	57	155	21	8	-2	243	35	-29
Anteil an den Steuern vom Umsatz	418	478	577	356	464	588	415	286	481
Umsatzsteuer	296	358	408	273	337	474	226	184	337
Einfuhrumsatzsteuer	121	121	169	83	126	115	188	102	144
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	8	7	0	15	3	5	0	21	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	2	-0	0	-1	-	-	-	-	-
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	16	13	0	29	6	10	0	-	-
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	3	3	0	6	1	2	0	9	0

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	2 216	2 255	2 275	1 981	2 295	2 043	2 131	1 720	1 969
Bundessteuern	89	91	120	72	79	64	121	61	59
Anteil an den Steuern vom Einkommen	598	640	772	388	688	648	823	311	558
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 521	1 517	1 383	1 507	1 526	1 326	1 187	1 328	1 351
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	8	7	0	15	3	5	0	21	0

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Juni 2020

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Förderung nach dem Stipendienprogrammgesetz 2019
Kennziffer: B3083 201900

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten
und Grünland im April 2020
Kennziffer: C2013 202001

Weinmosternte 2019
Kennziffer: C2053 201900

Agrarstrukturserhebung 2016 – Ausgewählte
Ergebnisse für ökologisch wirtschaftende
landwirtschaftliche Betriebe
Kennziffer: C4663 201601

**Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeits-
stätten, Insolvenzen**

Gewerbeanzeigen im April 2020
Kennziffer: D1023 202004

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im April 2020 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit
50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 202004

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende
Gewerbe im April 2020
Kennziffer: E1033 202004

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe
im April 2020
Kennziffer: E1113 202004

Bauhauptgewerbe im April 2020 – Vorbereitende
Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: EE2023 202004

Ausbaugewerbe im 1. Vierteljahr 2020 (Bauinstallation
und sonstiges Baugewerbe) Ergebnisse der vierteljähr-
lichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von
Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E3023 202041

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk 2019
Kennziffer: E5013 201900

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im
1. Vierteljahr 2020
Kennziffer: E5023 202041

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Mai 2020
Kennziffer: F2033 202005

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im
Gastgewerbe im März 2020
Kennziffer: G1023 202003

Aus- und Einfuhr im April 2020
Kennziffer: G3023 202004

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im
April 2020
Kennziffer: G4023 202004

Dienstleistungen, Geld, Kredit

Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten
Dienstleistungsbereichen im 1. Quartal 2020
Kennziffer: J1033 202041

Sozialleistungen

Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2019
Kennziffer: K3013 201901



Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 1. Vierteljahr 2020 –
Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 202041

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im März 2020
Kennziffer: Z1013 202003

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik
Deutschland 1991 bis 2019 – Reihe 1, Band 1
(Berechnungsstand: Mai 2020)
Kennziffer: A6215 201900

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik
Deutschland 2008 bis 1. Vierteljahr 2020 – Reihe 1
Länderergebnisse, Band 3 (Berechnungsstand: Mai 2020)
Kennziffer: A6235 202041

Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder,
Indikatorenbericht, Ausgabe 2020
Kennziffer: P5165 202000

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Mai 2020
Kennziffer: Z2201 202005

Verzeichnis der Kommunalverwaltungen –
Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister
(Stand: Juni 2020)
Kennziffer: A5034E20200

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Dominik Ketz Fotografie / Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH
Motiv: Geysir Andernach

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte